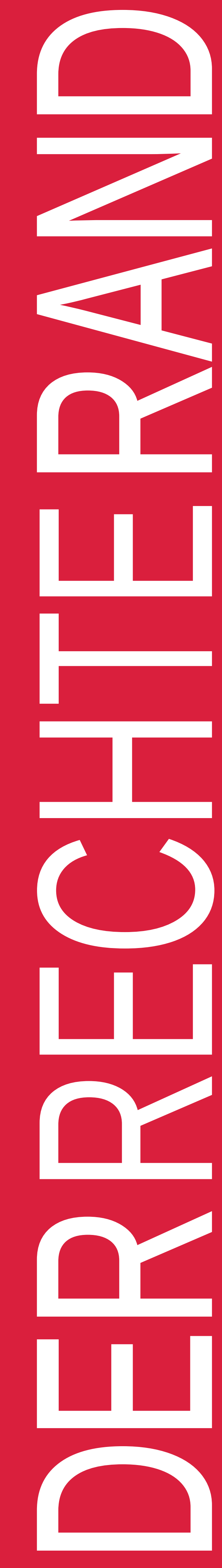
H 8040 F
ISSN 1619-1404
Nummer 131
Juli | August 2011
2,50 Euro

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN



DEUTSCHE »VERTRIEBENE«

NAZIS **ANGRIFFE IN BERLIN**

BRAUNZONE **»DEUTSCHE BURSCHENSCHAFT« VÖLKISCH**

KRIEGSVERBRECHEN **DEMJANJUK VERURTEILT**

INTERNATIONAL **WAHLEN IN DER TÜRKEI**

SEITE 3

NAZIS

SCHWERPUNKT

BRAUNZONE

KRIEGSVERBRECHEN

INTERNATIONAL

EDITORIAL

Das Selbstbewusstsein der extremen Rechten in Europa wächst. Großspurig verkündete die »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ) jüngst, bei den Wahlen 2013 den Kanzler stellen zu wollen. Und nach seinem Freispruch vor Gericht fühlte sich der niederländische »Rechtspopulist« und Moslem-Hasser Geert Wilders von der »Partij voor de Vrijheid« in seinem Tun bestärkt. Nun kann er ohne Sorgen um eine Verurteilung seine rassistische Hetze fortführen. Derweil knickte die niederländische Regierung vor ihm ein und verschärfte die Integrationsmaßnahmen. In Finnland fuhren derweil die »Wahren Finnen« bei den Wahlen im Februar ein Rekordergebnis ein, und in Ungarn kann die Rechtsaußen-Regierung befreit vom Einfluss der Opposition oder eines Koalitionspartners mit ihrer Mehrheit regieren und das Land im Sinne einer konservativen Revolution umbauen. DERRECHTERAND berichtet ausführlich über die internationalen Entwicklungen in der extremen Rechten und wie die hiesige Rechte darauf reagiert.

Dass Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und antidemokratische Einstellungen in ganz Europa virulent sind, verdeutlicht mit aktuellen Zahlen die Studie »Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung« von der »Friedrich-Ebert-Stiftung«. In Deutschland ist im Vergleich zu Westeuropa vor allem die Ablehnung von Muslimen verbreitet, schreiben die AutorInnen. Daran versucht auch die neue Partei »Die Freiheit« anzuknüpfen, die zurzeit neue Landesverbände aus dem Boden stampft und vor allem in Berlin auf einen Wahlerfolg im September hofft. Die NPD muss dagegen um ihren Wiedereinzug in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern bangen. Laut aktuellen Umfragen könnte sie im September an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern, auch »Dank« der Partei »Die Republikaner«, die konkurrierend antritt. Für die Neonazi-Partei, die sich vor allem durch Gelder des Staates finanziert, wäre das eine herbe Niederlage. Zahlreiche Mitarbeiterstellen und Fraktionsgelder in Millionenhöhe würden ihr verloren gehen. Für AntifaschistInnen sollte das Motivation genug sein, der Partei in dem ostdeutschen Bundesland ein Wahldesaster zu organisieren.

In der vorliegenden Ausgabe berichtet Der DERRECHTERAND ferner über die neue Qualität der Militanz Berliner Neonazis, das Scheitern der NPD in Bremen und die für den Szene-Zusammenhalt so wichtigen braunen Feste wie den »Thüringentag« oder den »Bayerntag«. Kurz vor Drucklegung veranstaltete die NPD-Postille »Deutsche Stimme« ihr alljährliches »Pressefest«. Mehr als tausend Neonazis reisten in den tiefen Osten Sachsens, um daran teilzunehmen. Erfreulicherweise begrüßt durch Protest, der deutlich zeigte, dass sie unerwünscht sind.

Der Schwerpunkt liegt indes auf den »Vertriebenen«-Verbänden, die im Mai/Juni ihre Deutschlandtreffen durchführten. Nicht nur dort zeigte sich, dass sie längst nicht so geläutert sind, wie die Vorsitzende des »Bund der Vertriebenen«, Erika Steinbach, gerne in der Öffentlichkeit Glauben machen möchte. Wichtig ist es daher immer wieder auch den Blick auf dieses Spektrum zu richten, dass ausgestattet mit politischer Lobby rechts außen Positionen bezieht. Dass diese Organisationen im Übrigen von Vertretern der »Extremismus«-Theorie rechts liegen gelassen werden, kommt nicht von ungefähr. Ein Porträt ihres Zentralorgans, dem »Jahrbuch Extremismus & Demokratie«, verdeutlicht das.

Wir wünschen derweil einen schönen Sommer, möchten abschließend aber nicht vergessen darauf hinzuweisen, dass gegen die vielfältigen neonazistischen Aktionen in den kommenden Wochen – »Trauermarsch« in Bad Nenndorf, »Anti-Kriegstag« in Dortmund, »Eichsfeldtag« in Leinefelde und leider noch einige mehr – Protestaktionen geplant sind, die es zu unterstützen gilt.

TERMINE

Nächste DERRECHTERAND-Ausgabe:
Anfang September 2011,
Redaktionsschluss: 10. August 2011

FOTOS

apabiz (S.4), Robert Andreasch (S. 12, 16, 20, 21), DRR-Bildarchiv (S.18), Parlement Europeen (S. 29), Nick Brauns (Mitte) (S. 30)

Rechte Realpolitik

Ungarns »konservative Revolution« als Vorbild

Für Teile der deutschen Rechten ist Ungarns Politik mustergültig. Auch die neue Verfassung des Landes findet Zustimmung. Deutschlands extreme Rechte debattiert nun rechte »Realpolitik«.

Von Ernst Kovahl

»Gegen linksliberalen EU-Zeitgeist« richte sich die neue Verfassung Ungarns, freute sich die »Junge Freiheit« (JF). Sie sei das »Zeugnis einer geschichtsbewussten Nation«. Fast eine ganze Seite war dieses Thema dem neu-rechten Blatt in seiner Ausgabe vom 6. Mai 2011 wert. Als Autoren hatte die JF den Politikwissenschaftler Klaus Hornung (CDU) gewonnen. Der ehemalige Hochschuldozent, Beisitzer im Präsidium des »Studienzentrums Weikersheim« und frühere Beirat der »Konrad-Adenauer-Stiftung« beurteilt die neue Verfassung positiv. Im Unterschied zum kritischen Urteil in Europas Medien und Politik sowie der sozialistischen und grünen Opposition in Budapest lobt er deren Stoßrichtung: »Dieses Volk und seine Verfassung wird von einem geschichtlichen Selbstbewusstsein geprägt, das sich in schweren geschichtlichen Erfahrungen gebildet hat, von dem Kampf gegen die Türkenherrschaft vor dreihundert Jahren bis hin zur Rebellion gegen das Sowjetimperium. Eine solche Nation kann nur als Gewinn für das heutige Europa verstanden und gewürdigt werden.« Und weiter: »Die nationalkonservative Tradition kommt […] darin zum Ausdruck, dass die Verfassungspräambel ausdrücklich Familie und Nation als den wichtigsten Rahmen des Zusammenlebens bezeichnet.« Auch die Einbeziehung der »deutschen« Nationalität in das ungarische Nationenverständnis und die strikt antikommunistische Ausrichtung wird von Klaus Hornung hervorgehoben. Das stoße »natürlich bei weiten Teilen der meinungsbildenden Schichten in Europa« auf Kritik. »Hier, wo man längst Homosexualität, Singletum und Alleinerziehung zum fortschrittlich-demokratischen Wertesystem rechnet«, so ekelt sich der Staatsdenker vor der Moderne, »ist man natürlich mit dem Vorwurf leicht bei der Hand, die neue ungarische Verfassung sei undemokratisch, wenn nicht gleich reaktionär oder antidemokratisch«.



^ Ungarn als Vorbild für deutsche Rechte

Mit ihrer Zweidrittel-Mehrheit im Parlament hatte die Regierung unter Viktor Orbán (»Fidesz«) im April 2011 die neue Verfassung durchgedrückt. Tausende demonstrierten gegen die Neuausrichtung des Staates, mit der nationalistische, ethnische und religiöse Aspekte in den Mittelpunkt rücken und Bürgerrechte abgebaut werden. Zudem verleiht die Regierung völkischer Politik Verfassungsrang und beschwört die »Idee der einheitlichen ungarischen Nation«, die die bestehenden Grenzen Ungarns sprenge und auch ungarisch-sprachige Minderheiten in den Nachbarstaaten umfasse. Ziel ist die Festschreibung einer national-konservativen, völkischen und autoritären Ausrichtung des Staates.

Auch die NPD feiert die Erfolge der ungarischen Rechten. 2010 erklärte Parteichef Udo Voigt: »Mit dem Wahlerfolg der rechten Konservativen und Jobbik zusammen, haben die Rechten in Ungarn [...] deutlich mehr als eine Zweidrittel-Mehrheit. Das ist die neue Sensation in Europa. Die Linken, Grünen und Linksbündnisse sind in Ungarn kaltgestellt und haben noch nicht einmal ein Vetorecht im Parlament.« Und das neofaschistische Magazin »Zuerst!« widmete ihre April-Ausgabe 2011 der ungarischen Regierung und druckte ein Foto von Ministerpräsident Orbán mit der Schlagzeile »Einer gegen alle. Ungarn macht Ernst mit der konservativen Revolution« auf den Titel. »Zuerst!«-Chef Manuel Ochsenreiter war extra nach Budapest gefahren, um Land und Regierung auf vierzehn launig geschriebenen Seiten in einem freundlichen Licht zu zeichnen. Interviews mit der Regierungssprecherin Anna Nagy und dem Staatssekretär für Regierungskommunikation Zoltan Kovács sowie ein Besuch bei der neofaschistischen Partei »Jobbik« rundeten das Werbeporträt ab. Mit der neuen Verfassung seien »keine postmodernen Gesellschaftsexperimente« mehr möglich, lobt Ochsenreiter: »Für homosexuelle Regenbogenfamilien ist […] kein Platz.« Ungarn könne Vorbild für Konservative sein: »(B)ereits jetzt führen Orbán und seine konservative Partei vor allem die deutschen Christdemokraten [...] ordentlich vor. Denn er zeigt: Sehr wohl kann man auch als Konservativer sein Land wieder umkrempeln, wenn man über eine Mehrheit verfügt. Linksliberale gesellschaftspolitische Experimente lassen sich rückgängig machen. Und es ist möglich, von einer Larifari-Politik auf einen Kurs umzuschwenken, der die eigenen nationalen Interessen wieder in den Mittelpunkt des politischen Handelns stellt.«

Aktuell denkt die extreme Rechte in Deutschland darüber nach, wie sie in Zukunft Politik machen kann. Angesichts der Stagnation der deutschen Rechtsparteien wollen die »politikfähigen« Kreise in der NPD einen Schritt weitergehen und NS-Nostalgie, »Protest« und das gewalttätige Image hinter sich lassen. Diese Diskussion, die unter anderem vom saarländischen NPD-Vorsitzenden Frank Franz in der Parteizeitung »Deutsche Stimme« angestoßen wurde, will die Frage beantworten, wie eine erfolgreiche neofaschistische »Realpolitik« aussehen könne, die nicht nur vom Umsturz träumt. Dafür muss die extreme Rechte genau jene Fragen beantworten, wie sie nun in der JF oder der »Zuerst!« angerissen werden: Wie kann eine rechte Staatsverfassung aussehen? Und: Wie gestaltet sich rechte Regierungspolitik, die sich auf formal-demokratischem Wege vollzieht? Die Erfolge extrem rechter Parteien in mehreren Staaten Europas, die auch zu Regierungsbeteiligungen oder Tolerierungen führten, beflügeln diese Vorstellungen. Ungarns »konservative Revolution« kann hier Vorbild sein. ■



Angriff auf den Kiez

Neonazis marschierten durch Berlin-Kreuzberg

Am 14. Mai 2011 marschierten rund 140 Neonazis aus Berlin, Nordrhein-Westfalen und den ostdeutschen Bundesländern in Berlin-Kreuzberg auf. Der Versuch endete für Polizei und Nazis in einem Fiasko.

Von Theo Schneider

Trotz klandestiner Vorbereitung waren die Pläne für den Neonazi-Aufmarsch am 14. Mai 2011 in Berlin-Kreuzberg zuvor bekannt geworden und es gelang 800 Menschen, die Strecke zu blockieren. Auch gezielte Falschinformationen der Polizei konnten das nicht verhindern. Nachdem eine erste Blockade erfolgreich war, wurden die Neonazis um Anmelder Sebastian Schmidtke von der Polizei eingekesselt durch die U-Bahn unter den GegendemonstrantInnen hindurch zu einem anderen Ausgang gebracht. Dort brachen die Neonazis aber aus dem Kessel aus und attackierten Menschen, die sie für MigrantInnen und GegendemonstrantInnen hielten. Die Polizei nahm keinen der rechten Schläger fest. Ihr gelang auch nicht, eine weitere Blockade zu verhindern oder zu räumen. Unverrichteter Dinge mussten die Nazis abziehen.

»Wahrheit mach frei«

Der Aufmarsch in Kreuzberg sollte den Höhepunkt einer von NPD und »Freien Kräften« durchgeführten rassistischen »Ausländer Raus-Kampagne« darstellen, die eine vermeintliche »Überfremdung« beklagt und versucht, eine Debatte um Jugendgewalt rassistisch aufzuladen. Das Motto des Aufmarsches »Wahrheit macht frei – Täter bei der Herkunft benennen!« unterstrich die Bemühungen. Der provokante Aufmarsch sollte für Publicity sorgen, denn »Kreuzberg gilt deutschlandweit nicht nur als Hochburg der roten Reaktion, sondern auch als von Überfremdung geprägter Stadtteil im Herzen von Berlin«, wie die Organisatoren des Aufmarsches verkündeten.

Das konspirative Vorgehen der Neonazis in Berlin ist nicht neu, sondern seit geraumer Zeit als Reaktion auf antifaschistischen Widerstand zu beobachten. Am 1. Mai 2010 plante die Neonaziszene einen bundesweiten Aufmarsch mit über 1.000 TeilnehmerInnen. Bis zuletzt wurden jedoch der Startpunkt und sogar der Bezirk des Aufzuges geheim gehalten. Da die schließlich 600 erschienenen Rechten dennoch blockiert wurden, zogen 300 weitere Neonazis nach einem internen »Plan B« in die City-West. Dort marschierten sie unangemeldet über den Kurfürstendamm. Der Großteil der Nazis wurde von der Polizei festgenommen.

Rückzug ins Geheime

Bezeichnend für den Rückzug ins Geheime war ein Anfang 2010 durch Neonazis betriebenes »nationales Jugendzentrum« in Pankow. Seit den Anfängen der »Autonomen Nationalisten« in Berlin war die Schaffung eines solchen Zentrums ein zentrales Ziel, um »nationalen Jugendlichen« einen Raum und Anlaufpunkt zu geben. Da aber in der kurzen Zeit der Existenz nie öffentlich wurde, wo sich der Raum befand, verfehlte es seinen Sinn völlig, junge Personen für die Szene zu gewinnen. Antifaschistische Kampagnen, wie »Hol dir den Kiez zurück« im Jahre 2006, zeigten den Nazis immer wieder die eigene Unfähigkeit auf, Ortsteile, die sie als Rückzugsräume nutzen und wie den Lichtenberger Weitlingkiez als eigenes Territorium deklarieren, zu verteidigen oder den Mythos eigener Hochburgen aufrecht zu halten. Ähnliches geschah auch im Süd-Neuköllner Stadtteil Rudow, der zeitweilig als Schwerpunkt extrem rechter Aktivitäten galt.



^ Nazis in Kreuzberg

Rechte Gewalt

Auf diese eigene Schwäche reagiert die Neonazi-Szene mit einer Verschiebung des Fokusses weg von öffentlichem Agieren hin zu geschlossenen Veranstaltungen und konspirativen Aktionen. Sie sollen identitätsstiftend auf die eigene Szene wirken und sie so auch seltener mit Misserfolgen konfrontieren. Erst während der Aktion, oder gar im Nachgang, wird nun versucht, über Flugblätter und das Internet Öffentlichkeit herzustellen. Der Teilnehmerkreis dieser Aktionen bleibt dabei überschaubar. Allerdings lässt sich nicht nur eine inhaltliche Radikalisierung beobachten, die sich in offener Verherrlichung des Nationalsozialismus und völkischem Rassismus manifestiert, sondern auch eine Radikalisierung der Aktionsformen, hin zu nächtlichen Anschlägen auf Parteibüros und linke Einrichtungen. So fanden in der jüngsten Vergangenheit kleine Aufmärsche mit jeweils rund 30 Teilnehmern statt, zu denen nur intern mobilisiert wurde, beispielsweise am 3. Dezember 2010 in Moabit und am 16. Februar 2011 in Lichtenberg. Sie zogen unangemeldet durch den Kiez, riefen verbotene Parolen und entzündeten ein Feuerwerk. Die Polizei konnte lediglich einzelne Personen im Nachhinein kontrollieren. Ähnlich verhält es sich mit sporadischen Anschlagserien auf zivilgesellschaftliche und linke Einrichtungen, die seit dem Winter 2009 in Berlin zu beobachten sind. Um für die Szene bedeutsame Daten herum, wie etwa den Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess, aber auch nach missglückten Aktionen, kam es zu Sachbeschädigungen, Farbanschlägen und am 27. Oktober 2010 sogar zu einem Brandanschlag auf den linken Infoladen »M99« im Erdgeschoss eines Kreuzberger Wohnhauses. Bisher kamen die Neonazis bei diesen Aktionen kaum mit Gegenwehr oder Repression in Berührung. Deswegen ersetzt dieses Vorgehen auch die Versuche aus früheren Jahren, Linke in den von Rechten beanspruchten Kiezen direkt körperlich anzugreifen. Bisher lässt sich aus diesem Vorgehen für die Berliner Neonaziszene jedoch kaum politisches Kapital schlagen. Auch die Rekrutierung neuer AnhängerInnen dürfte so schwieriger werden, fehlt ihnen so doch die Möglichkeiten der Partizipation. ■

Brandanschläge in Berlin

Am letzten Juni-Wochenende legten mutmaßlich Neonazis fünf Brände. Sie sind vorläufiger Höhepunkt einer Kette von Anschlägen in der Hauptstadt.

Von Jens Hackmann

Abgebrannt. In der Nacht vom 26. auf den 27. Juni 2011 wurde mit Brandbeschleuniger das Anton-Schmaus-Haus der sozialistischen Jugendorganisation »Die Falken« in Flammen gesetzt. Fassade und Dach wurden vernichtet. »Wären wir zehn Minuten später gekommen, dann wäre das Haus komplett abgebrannt«, betont ein Feuerwehrmann. Menschen kamen nicht zu Schaden. Wohl Zufall, denn in dem Heim übernachten regelmäßig Jugendgruppen. »Eine Nacht vorher übernachteten bei uns 15 Kinder im Alter zwischen 7 und 14 Jahren«, stellt Karsten Thiemann, Vorsitzender der Falken Neukölln gegenüber der »Berliner Zeitung« fest. Angezündet wurde in jener Nacht auch die Wohnungstür des Hausprojekts Lottumstraße, die Haustür des Hausprojekts Kastanienallee, die Jalousien des Antifa-Ladens »Red Stuff« und zwei vor dem Tommy-Weisbecker-Haus parkende Autos. Dass Neonazis die Brände gelegt haben könnten, folgt einerseits daraus, dass alle Ziele auf der Website des »Nationalen Widerstands Berlin« aufgelistet sind, zum Teil mit Fotos und detaillierten Beschreibungen. Dort war auch, wenige Stunden vor den Brandanschlägen, ein Aufruf zu lesen: »Brecht den Terror der Roten! Linke Lokalitäten sind auf der Berliner Widerstandsseite zu finden. Bewegt Euren Arsch ...!«. »Terror der Roten«? Im bisherigen Berliner Wahlkampf – am 18. September sind die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen – sind Wahlkämpfer der NPD von Unbekannten verprügelt worden. Eine Gewaltspirale, tönt die Hauptstadtpresse sogleich, damit habe man es hier zu tun. Verkannt wird dabei nicht nur, dass sich rund um den »Nationalen Widerstand Berlin« längst ein braunes Netzwerk entwickelt hat, das militante Aktionen gegen Menschen befürwortet, die sie als ihre Feinde markieren. Nachzulesen ist das auf ihren »Schwarzen Listen«. Die Wahl der Opfer ist willkürlich. Das betont auch Lars Laumeyer, Sprecher der Antifaschistischen Linken Berlin: »Opfer der Anschläge kann jeder sein, der sich gegen Neonazismus positioniert«. Die Webseite der Neonazis ist bereits im April 2011 von der »Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien« indiziert worden. Über Suchmaschinen ist sie nicht mehr zu finden, über die direkte Webadresse indes weiter abrufbar. Auf der Seite, begründet die Behörde ihre Entscheidung, sei der Nationalsozialismus verherrlicht worden und mit Gewalt gedroht worden: »Die Zeit wird kommen, wo wir zum Angriff übergehen. [...] Dann heißt es nicht Gesinnungshaft, dann heißt es Strick um den Hals oder Kugel in den Bauch«. Wen sie dabei im Visier haben, blieb da noch unausgesprochen.

Verkannt wird in der Rede von einer »Gewaltspirale« ferner, dass die vermutlich neonazistischen Täter den Tod von Menschen billigend in Kauf nahmen. »Es ist reines Glück«, betont Christian Berg, Landesvorsitzender der Berliner Jusos, »dass niemand durch die Anschläge verletzt oder getötet wurde«. 2.500 BerlinerInnen demonstrierten am 28. Juni gegen den Terror von Rechts. Die NPD, die versuchen wird, ihr letztes Wahlergebnis in Berlin zumindest zu halten, wird von den Negativschlagzeilen »ihrer« Kameraden kaum begeistert sein. ■



^ Haus der Falken nach dem Anschlag

Tagen in Kirchheim

Jahreskonferenz der GfP

Im 51. Jahr ihres Bestehens veranstaltete die Interessenvertretung für VerlegerInnen, PublizistInnen und JournalistInnen der extremen Rechten ihren Jahreskongress erneut in Thüringen.

Von Friedrich Bubik

Wieder einmal Kirchheim. Vom 20. bis 22. Mai versammelten sich Mitglieder und FreundInnen der «Gesellschaft für freie Publizistik« (s. DRR Nr. 125) zu ihrem Jahreskongress 2011 in der Erlebnisscheune in Kirchheim im Ilm-Kreis (Thüringen). 120 Besucherinnen und Besucher reisten auch dieses Jahr wieder an. Der Altersschnitt hoch, wie immer in den letzten Jahren. Dafür befand sich viel »Prominenz« unter den Gästen, beispielsweise Ursula Haverbeck, Herausgeberin der Zeitschrift »Stimme des Reichs«, Hemma Tiffner, Herausgeberin der österreichischen Zeitung »Umwelt« (s. DRR Nr. 127) wie auch Holger Apfel, NPD-Fraktionsvorsitzender im sächsischen Landtag. Das diesjährige Thema der Zusammenkunft in dem beschaulichen Örtchen lautete »Vom Tabubruch zur Systemkrise – Deutschland schafft sich nicht ab«. Franz W. Seidler schwadronierte dabei über »Falschaussagen in unserer Historie – Die Kanonisierung der deutschen Geschichte am Beispiel des Kriegsausbruchs 1939«, der Kassenwart der GfP, Heinz Flöter, versuchte sich als Klimawandelskeptiker: »Menschengemachter Klimawandel? Ein Tabubruch!« und Rechtsanwalt Rolf Krause, Mitglied des baden-württembergischen Landtags für die NPD in den 1960er Jahren sprach über das Thema Meinungsfreiheit. Schließlich durfte der einstige Friedensforscher Dr. Alfred Mechtersheimer seine Ergüsse unter dem Titel »Finanzkrise – Systemkrise« verbreiten. Erst kurzfristig stieß als Referent Richard Melisch zu dem Quartett. Aus gegebenem Anlass sprach er über die Proteste im arabischen Raum – dafür qualifiziert ihn wohl, dass er viele Jahre die Region bereiste.

Wie gewohnt, stets zum Abschluss, wurde die Auszeichnung der GfP, die »Ullrich-von-Hutten-Medaille«, verliehen. Unter dem neuen Vorsitz von Martin Pfeiffer (Österreich) verwundert es nicht, dass die Ehrung an einen seiner Landsleute ging. Dr. Walter Marinovic durfte die Laudatio halten auf Dr. Otto Scrinzi. Der 93-Jährige war vor 1945 unter anderem SA-Sturmführer, NSDAP-Mitglied und Assistent am »Institut für Erb- und Rassenbiologie« der Universität Innsbruck und nach der »Stunde Null« weiter im rechten Sinne unterwegs.

Wohl fühlten sich die BesucherInnen des Jahreskongresses im Übrigen in der Erlebnisscheune – das zeigten ihre zufriedenen Gesichter bei der Abreise. Auch 2012 dürften sie, die woanders keinen Raum mehr finden, dort wieder konferieren. ■

Thüringentag

Hunderte beim »Thüringentag der nationalen Jugend«

Der »10. Thüringentag der nationalen Jugend« fand am 4. Juni 2011 in Sondershausen statt. Hunderte kamen in die Thüringer Kleinstadt, um Rechtsrock zu hören. Der NPD dürfte die Veranstaltung viel Geld in die leeren Kassen gespült haben.

Von Madlen Warskow und Lea Stein

Der »Thüringentag der nationalen Jugend« fand dieses Jahr am 4. Juni in Sondershausen statt. Bei gutem Wetter kamen bis zu 800 Neonazis auf einem Gelände am Stadtrand zusammen. Vom klassischen Neonazi über NPD-Mitglieder und Anhänger von »NS-Hardcore« und »NS-BlackMetal« war die gesamte Breite der Szene im Publikum vertreten. Die TeilnehmerInnen kamen nicht nur aus Thüringen, sondern auch aus den benachbarten Bundesländern Niedersachsen und Sachsen-Anhalt sowie aus Baden-Württemberg und anderen Teilen Deutschlands. Angemeldet war das Nazi-Event ursprünglich in Nordhausen, doch aufgrund des engagierten Agierens des Landratsamtes und gerichtlich bestätigten Verboten musste die NPD kurzfristig in das benachbarte Sondershausen ausweichen. Dort fand bereits 2008 ungehindert ein »Thüringentag« statt. Anmelder der Veranstaltung war der NPD-Kreisvorsitzende von Nordhausen und Mitglied des Stadtrates Marco Kreutzer. Kurz nach der Veranstaltung trat er jedoch aus der Partei aus und legte auch sein Kommunalmandat nieder.

Als Redner traten neben Kreutzer unter anderem der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt und der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Andreas Storr auf. Wichtiger und vor allem gewinnbringender Bestandteil der Veranstaltung waren die Bands und Liedermacher. Die Organisatoren hatten ein bunt-braunes Programm aus bekannten Rechtsrock-Bands wie »Sleipnir«, »Words of Anger«, »Kinderzimmer-Terroristen«, »Nordglanz« und dem obligatorischen Nazi-Barden Frank Rennicke zusammengestellt. Die kurzfristige Absage von »Kraftschlag« löste zwar wilde Spekulationen in der Szene und in Internetforen aus, schien aber nicht demobilisierend gewirkt zu haben. Für die Thüringer NPD muss die Veranstaltung ein enormer finanzieller Erfolg gewesen sein, zumal im Vergleich zum Vorjahr auch die TeilnehmerInnenzahl deutlich gesteigert werden konnte: 15 Euro Eintritt und der Erlös aus Getränke- und Essensverkauf scheinen einige tausend Euro in die leeren Kassen gespült zu haben. Die Veranstaltung dürfte daher die regionalen Strukturen und Finanzen der extremen Rechten gestärkt haben. ■

Flaute beim NPD-»Bayerntag«

Nur rund sechzig BesucherInnen kamen in diesem Jahr zum »Bayerntag« des bayerischen NPD-Landesverbands.

Von Robert Andreasch

Die AktivistInnen der bayerischen NPD hatten auf einer Wiese am Rande des oberfränkischen Dorfes Mainleus-Schwarzach einen Holz- und Reisigstapel sowie drei Pavillons und ein kleines Festzelt aufgebaut. Das Grundstück, auf dem schon früher »Sonnwendfeuer« der lokalen NPD stattgefunden haben, soll ihnen der mit der Gemeinde im Clinch liegende Besitzer für 200 Euro für den NPD-Bayerntag am 18. Juni 2011 überlassen haben. Ob sich der Aufwand gelohnt hat?

Nur rund sechzig BesucherInnen kamen zum »Bayerntag«, darunter Landesgeschäftsführer Axel Michaelis (Wachenroth), der neue niederbayerische NPD-Bezirksvorsitzende Alfred Steinleitner (Deggendorf), NPD-Landesorganisationsleiter Patrick Schröder (Mantel) sowie die NPD-Aktivisten Winfried Breu (Lichtenfels), Heidrich Klenhart (Postbauer-Heng), Johannes Hühnlein (Kronach) und Andreas Wölfel (»Burschenschaft Thessalia Prag zu Bayreuth«, NPD-Wunsiedel). Der NPD-Landesvorsitzende Ralf Ollert, sein Stellvertreter Sascha Roßmüller und Andreas Storr aus der sächsischen NPD-Landtagsfraktion sprachen zum Teil von einem alten landwirtschaftlichen Anhänger zu ihnen. Der angekündigte NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt ist nicht erschienen.

Der schwache Zuspruch dürfte dem kläglichen Programm geschuldet gewesen sein, das lediglich aus dem Auftritt eines nicht namentlich benannten »Liedermachers« und einer »Feuerrede« des früheren Aktivisten der »Heimattreuen Deutschen Jugend« (HDJ) Ulrich Pätzold (Schöllnach) bestand. Geboten wurde ansonsten nur ein mit einem Transparent (»Stoppt die Zeit- und Leiharbeit«) behängter Grillstand (»Steaksemmel 3 Euro«), eine kleine Kinder-Hüpfburg, ein Infostand des Coburger NPD-Kreisverbands sowie ein Stand des neonazistischen Versands »Final Resistance« (Wackersdorf), der vom Versandinhaber Daniel Weigl (der in Personalunion auch NPD-Kreisvorsitzender in Schwandorf ist) betreut wurde.

Das Fehlen fast des gesamten Kameradschaftsspektrums und vieler derjenigen NPD-Funktionäre, die dem neonazistischen Kameradschaftsdachverband »Freies Netz Süd« (FNS) nahe stehen, verweist aber auch auf die nach wie vor bestehenden Spannungen im NPD-Landesverband. Der für den 13. August 2011 angekündigte »4. Nationale Frankentag« des FNS dürfte schon deshalb mehr Neonazis nach Oberfranken mobilisieren als der »Bayerntag« der NPD. An noch unbekanntem Ort soll dazu unter anderem die Berliner Kultband »Die Lunikoff-Verschwörung« um »Landser«-Sänger Michael Regener auftreten. ■

»Tag der deutschen Zukunft«

Bald festes Neonazi-Event in Norddeutschland?

Zum »Tag der deutschen Zukunft« haben Anfang Juni rund 600 Neonazis an einer Kundgebung in Braunschweig teilgenommen, anschließend marschierten sie durch Peine. Obwohl die TeilnehmerInnenzahl im Vorjahresvergleich nicht gesteigert werden konnte, etabliert sich der so genannte »TddZ« als festes Neonazi-Event im norddeutschen Raum.

Von Kai Budler

Bei der Premiere der extrem rechten Veranstaltung im Jahr 2009 in Pinneberg hatten nur etwa 200 Neonazis rund 3.000 GegendemonstrantInnen gegenübergestanden. Im Folgejahr gelang es dem mehrfach vorbestraften Neonazi Dieter Riefling aus Coppengrave, die TeilnehmerInnenzahl in Hildesheim um mehr als zwei Drittel zu steigern. Am Rand des Aufmarschs war es wiederholt gezielt zu gewalttätigen Übergriffen auf JournalistInnen gekommen, im Anschluss wurden GegendemonstrantInnen bei ihrer Abreise von Neonazis angegriffen.

»Kampf um die Straße«

Im Vorfeld des diesjährigen Aufzuges kam es zu dem mittlerweile obligatorischen juristischen Tauziehen: Nachdem die Stadt Braunschweig den von Riefling angemeldeten Aufmarsch verboten hatte und vom Verwaltungsgericht bestätigt wurde, kassierte das Oberverwaltungsgericht Lüneburg den Beschluss und genehmigte stattdessen eine stationäre Kundgebung vor dem Bahnhof. Um den selbst propagierten »Kampf um die Straße« umzusetzen, marschierten die Neonazis im Anschluss an die Kundgebung durch das etwa 30 km entfernte Peine. Bei der Rückreise kam es in mehreren Städten erneut zu gewalttätigen Übergriffen, in Minden kam es zu regelrechten Jagdszenen auf vermeintlich Andersdenkende. Auch die in Braunschweig und Peine anwesenden JournalistInnen gerieten in das Visier der Neonazis: Unterlegt mit der Melodie des Films »Spiel mir das Lied vom Tod« tauchten im Netz in einem Video Porträtfotos der Medienvertreter auf. Am Ende ist ein Galgen zu sehen, die Unterzeile: »Noch rollt für euch der Rubel, bald rollen eure ...«.

DrahtzieherInnen: Die Rieflings

Mit dem »Tag der deutschen Zukunft« haben Ricarda und Dieter Riefling ihre Rolle in der norddeutschen Neonazi-Szene weiter ausbauen können. Mit der Steigerung der TeilnehmerInnenzahl in Hildesheim konnte das Neonazi-Paar bereits im vergangenen Jahr in der Szene punkten. Durch die kurzfristige Anmeldung des Aufmarschs in Peine sorgten sie für die Umsetzung der in der Neonazi-Szene geführten Diskussion über flexible Konzepte, um Verbote und Blockaden zu umgehen. Der gerade mal 90-minütige Aufmarsch durch Peine gab den Neonazis die Gelegenheit, mit aggressiven Parolen und martialischem Auftreten den »Kampf um die Straße« zu realisieren. Mit dem voran gegangenen Programm in Braunschweig präsentierte sich der »Tag der deutschen Zukunft« als gut organisiertes erlebnisorientiertes Angebot, um die unterschiedlichen Interessen der Neonazis zu bedienen. Doch es sind nicht allein diese Voraussetzungen, die befürchten lassen, dass der extrem rechte »TddZ« neben dem »Trauermarsch« in Bad Nenndorf zu einem weiteren großen Neonazi-Event in Norddeutschland mit einer Ausstrahlung über die Landesgrenzen hinaus werden könnte. Zusätzlich können die Organisatoren und Anmelder um Dieter Riefling auf das Ansehen und den Respekt bauen, den sich der mehrfach vorbestrafte Neonazi Riefling durch seine lange Karriere in der extrem rechten Szene verschafft hat. Durch sie kann er auch auf alte Kontakte aus den Zeiten der 1995 verbotenen »Freiheitliche(n) Deutsche(n) Arbeiterpartei« (FAP) oder aus dem Umfeld der ebenfalls verbotenen »Blood & Honour«-Bewegung bauen. Seine Distanz zur NPD und sein offen taktischer Umgang mit der Partei lassen ihn vor allem in der Kameradschaftsszene als glaubwürdigen Verfechter der extrem rechten Ideologie erscheinen. Dementsprechend spielte die NPD bei den Veranstaltungen des »Tag der deutschen Zukunft« eine äußerst marginale Rolle. Für die Verbindung zur Partei ist die extrem rechte Multifunktionärin Ricarda Riefling zuständig, die unter anderem sowohl Mitglied im Landesvorstand der niedersächsischen NPD als auch im Bundesvorstand der NPD-Frauenorganisation »Ring Nationaler Frauen« (RNF) ist. Denn auch die NPD ist sich des vermeintlichen Wählerpotenzials bewusst und lässt Riefling auf Parteiveranstaltungen bereitwillig Werbung machen. Bilder zeigen Riefling beispielsweise auf NPD-Veranstaltungen in Berlin, Hildesheim und Braunschweig. Der Neonazi Sören Högel von der extrem rechten »Burschenschaft Thormania« aus Braunschweig reiste zu Werbezwecken auf das Fest der NPD-Zeitung »Deutsche Stimme«.



^ … in Peine können sie marschieren

Gut organisierte Kampagne

Mit der Werbung hatte die selbsternannte »Initiative Zukunft statt Überfremdung« bereits im September 2010 begonnen, als Högel nur knapp drei Monate nach dem Aufmarsch in Hildesheim die Planungen im südniedersächsischen Einbeck vorstellte. Neben der Werbung auf NPD-Veranstaltungen wurde in der Kameradschaftsszene unter anderem in Berlin, Friesland, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen und in der Schweiz mobilisiert. Diese kampagnenartige Werbung wurde mit »T-Hemden« und »Gesinnungsknöpfen« (Buttons) mit dem entsprechenden Logo ergänzt, zur Unterstützung bot der »Materialdienst« außerdem Taschenkalender und Bauchtaschen mit dem Motiv sowie »fein-lieblichen Met« zum Kauf an.

Im Rückblick eröffnet sich eine für Neonazi-Kreise außergewöhnlich gut organisierte Kampagne, die bei ihrer Klientel den Eindruck von Beständigkeit und Nachhaltigkeit erweckt. Ob sich diese Stabilität in der Mobilisierung wirklich fortsetzt, wird sich im kommenden Jahr zeigen: Schon jetzt kündigen Ricarda und Dieter Riefling den nächsten »Tag der deutschen Zukunft« für den 2. Juni 2012 in Hamburg an. ■

Führungswechsel

NPD wählt neuen Landesvorstand in Niedersachsen

Die NPD schwächelt. Auch der niedersächsische Landesverband mit seinen rund 550 Mitgliedern kann sich an der politischen Spitze der nationalistischen Bewegung kaum halten. Längst haben Freie Kräfte und »Junge Nationaldemokraten« die Aufgabe übernommen, Freizeit, politische Schulung und Kulturprogramm ihrer Anhänger zu gestalten.

Von Andrea Röpke

Mit einem verjüngten Landesvorstand könnte die Neonazi-Partei einen Versuch gestartet haben, sich wieder ins Geschehen einzureihen. Beim 47. ordentlichen Landesparteitag in Northeim wurde der beliebte, doch kränkelnde Landeschef Adolf Dammann aus Buxtehude durch den 44-jährigen Christian Berisha aus Lüneburg ersetzt. Dammann, der seine politische Karriere in jungen Jahren als Reisekader der NPD begann, hatte seinen niedersächsischen Landesverband einerseits für Anführer aus den Reihen der radikalen Kameradschaften geöffnet, andererseits an einer bürgerlich anmutenden Imageverbesserung gebastelt. Um den Landesparteitag hatte es zuvor einigen Wirbel gegeben. Schließlich war es der Neonazi-Partei gelungen in der Northeimer Stadthalle zu tagen, nachdem der ehemalige Bankfilialleiter Dammann eine Sicherheitsleistung in Höhe von 50.000,- Euro in bar hinterlegt hatte. MedienvertreterInnen wurden im Vorfeld von der Veranstaltung ausgeschlossen. Über 100 Delegierte wählten den neunköpfigen Vorstand, zu dem neben Berisha noch Manfred Börm (Chef des NPD-Bundesordnungsdienstes) und Matthias Behrens (Anführer der Snevern Jungs) als Stellvertreter, Friedrich Preuß, Ricarda Riefling, Malte Holzer, Marco Borrmann, Stefan Klingbeil sowie Denny Naterski vom Unterbezirk Stade gehören. Die große Überraschung blieb aus. Der 68-jährige Preuß aus Helmstedt gilt als äußerst umstritten innerhalb der Szene, doch er hält seit Jahren als einer der Wenigen sowohl sein Stadtrats- als auch Gemeinderatsmandat für die NPD. Zudem spendete der Rentner der klammen Partei im Jahr 2009 laut Rechenschaftsbericht 1.209,- Euro. Marco Borrmann hat nach dem Tod von Carsten Steckel die Führung im Kreisverband Osterode übernommen. Ricarda Riefling ist für den Unterbezirk Oberweser zuständig und muss sich dort wohl fortwährend mit interner Kritik aus den Reihen des Freien Widerstandes auseinandersetzen, dem sie auch angehört. Der bisher unbekannte Denny Naterski aus Schwerin hat in kürzester Zeit führende Posten im Zuständigkeitsbereich von Dammann übernommen.

Hardliner als Landesvorstand

Die mächtigste Truppe innerhalb der niedersächsischen NPD gruppiert sich seit Jahren um Manfred Börm in Lüneburg. Christian Berisha wie auch Matthias Behrens zählen zu dessen politischen Zöglingen. Behrens berufliche Laufbahn begann ebenso wie die von Börm als Elitesoldat bei der Bundeswehr. Beide gelten als autoritär und sind selbstständige mittelständische Unternehmer. Politisch stärkt der Unterbezirk Lüneburg gemeinsam mit den Kameradschaften »Snevern Jungs« und »Düütsche Deerns« nationales Brauchtum und die kommunale Verankerung in der Region. Auch Neu-Vorstand Stefan Klingbeil, von Beruf Kfz-Mechaniker, stammt aus diesem Umfeld. Der neue niedersächsische NPD-Landesvorsitzende Christian Berisha gehörte ebenso wie Börm zum engen Umfeld der 2009 verbotenen »Heimattreuen Deutschen Jugend«. Als »Spendenbeauftragter« der verfassungsfeindlichen Kindererzieher-Truppe geriet der Hardliner frühzeitig ins Visier der Fahnder. Nachdem sein Computer beschlagnahmt worden war, kettete sich Projektmanager Berisha aus Protest öffentlich in der Lüneburger Innenstadt an. Auch wird der umtriebige Neonazi seit Jahren dem Pseudonym »Christian von der Heide« beim Neonazi-Internetprojekt »Netzradio Germania« zugeordnet. Seit etwa zwei Jahren erhebt Berisha verstärkt Führungsansprüche. Er beteiligt sich an NPD-Aufmärschen wie zuletzt im April in Bremen, veröffentlichte einen »Leitfaden« für NPD-Kommunalpolitiker und Mandatsträger mit Tipps und Tricks, wie sie sich in der Öffentlichkeit besser darstellen können und plädiert als NPD-Mitglied im Lüneburger Kreistag für die Offenlegung von Diäten. Immer bemüht um eine möglichst positive Außendarstellung gibt er an, von den insgesamt 3.384,55 Euro Abgeordnetenzulagen 2.205,40 Euro an die NPD gespendet zu haben. Der wandelbare Hohnstorfer, der mal in Trachtenkleidung, mal in Flecktarn, dann im lässigen Lederlook mit buntem Halstuch auftritt, scheint gern mit der Öffentlichkeit zu spielen. Als Moderator des »Netzradio Germania« gaukelt er – mehr schlecht als recht – den neutralen Interviewer von Neonazianführern vor, mit der Hervorhebung als »Mitglied der Europäischen Handelskammer« geriert sich der Unternehmer gern als wirtschaftlich kompetent und distanziert.

^ Christian Berisha

NPD als »Deutsche Leuchtturmpartei«

Doch das völkische Ideal sitzt tief. Nach seiner Wahl verkündete Berisha sogleich einen »Arbeitskreis« ins Leben rufen zu wollen, »besetzt mit ehrenwerten Personen, die sich mit der Frage des Deutschen Leitbildes beschäftigen«. Auch wolle er die Kampagne »ohne NPD« starten, um aufzuzeigen, dass mit dem Verlust der Partei auch Deutschland verschwände. Der Lüneburger Neonazi strebt Großes an, seiner Vorstellung nach solle die NPD für alle BürgerInnen in Niedersachsen zur einzigen »Deutschen Leuchtturmpartei« werden. In den umtriebigen Neonazi-Foren wurde dessen Auftritt sogleich unterschiedlich diskutiert. Weniger beschäftigte die einschlägigen User die politische Ansage des neuen Landeschefs, umso mehr nahmen sie Anstoß am »wenig deutsch« klingenden Namen des niedersächsischen NPD-Protagonisten. Einer der anonymen Schreiber übernahm Berishas Verteidigung und schrieb: »Ich kenne den Berisha schon jahrelang – der ist genauso wenig Albaner wie Hess ein Ägypter war oder Rösler ein Deutscher ist.« ■

NPD scheitert in Bremen

Nach der Landtags- und Kommunalwahl in Bremen und Bremerhaven

1,6 Prozent der Bremer WählerInnen stimmten am 22. Mai 2011 bei der Bürgerschaftswahl für die NPD. Im Wahlbereich Bremerhaven kam die Neonazi-Partei auf 2,3 Prozent der Stimmen und konnte auch dort die 5 Prozent-Sperrklausel nicht überschreiten. Der angekündigte Einzug ins Landesparlament blieb aus.

Von Otto Belina

Unterstützt von auswärtigen Kameraden hatte sich die NPD vor der Wahl ordentlich ins Zeug gelegt. Sie war aus ihrer jahrelangen parteipolitischen Starre erwacht und hatte nach eigenen Angaben 41 Infostände in sechs Wochen aufgestellt. Es wurden drei kleine Kundgebungen abgehalten und zahlreiche Wahlplakate aufgehängt. Das wenige Tage vor dem Wahltermin veröffentlichte Online-Spiel »Faust räumt auf« sorgte für behördlichen Ärger. In dem rassistischen Spiel sollte der Spieler möglichst viele »kriminelle Ausländer« per Zug »zurück in ihre Heimat schicken«. Nachdem die Staatsanwaltschaft wegen Volksverhetzung ermittelte, war das Spiel schnell wieder offline. Die für den 1. Mai 2011 angekündigte Demonstration durch die Bremer Innenstadt fand am 30. April 2011 in der Neustadt statt. Anstelle der anfangs geplanten 1000 Kameraden folgten nur rund 300 dem Aufruf. Der für diesen Tag angekündigte Sozialkongress fand nicht statt. Er war offenbar nur Getöse im Wahlkampf, um überregional mit minimalem Aufwand in die Medien zu kommen. Dies gelang der Partei zudem auch mit dem Beitritt Jens Pühses, der als Spitzenkandidat und Wahlkampfleiter auftrat, in den Sportverein »Werder Bremen«. Der Fußballclub hat den NPD-Mann nun nach der Wahl aus dem Verein ausgeschlossen. »Wir machen damit von unserem satzungsmäßigen Recht Gebrauch, Mitglieder ausschließen zu können, die das Ansehen unseres Vereins schädigen, insbesondere eine rassistische Gesinnung vertreten«, sagte ein Sprecher des SV »Werder Bremen«.

Gereicht hat das alles am Ende nicht, um wie angekündigt »in Fraktionsstärke in die Bremer Bürgerschaft und die Stadtverordnetenversammlung von Bremerhaven einzuziehen«. Kleine Erfolge gab es für die Partei dennoch zu verzeichnen: In der Bremerhavener Stadtvertretung erhielt der NPD-Landesvorsitzende, Horst Görmann, ein Mandat; Gabriele Yardim wird die Partei künftig im Stadtteilbeirat von Gröpelingen und Sascha Humpe im Beirat von Blumenthal vertreten.

Spenden für die NPD

Wenige Wochen vor der Wahl war bekannt geworden, dass Jan-Hinnerk Cappelmann, der geschäftsführende Inhaber der Bremer Firma »Meyerdircks«, im Jahre 2009 der NPD 500 Euro gespendet hatte. Aus internen Mails geht weiter hervor, dass Cappelmann seit 2009 in Kontakt mit der NPD steht und Texte für die Internetseite der »Freien Nationalisten Bremen« verfasste. Mails unterschrieb er mit »mit deutschem Gruß« oder »GruSS Jan«. Öffentlich wurden seine Sympathien für die NPD Ende April durch die Presse. Zu einem geheimen Treffen der NPD in der Vereinsgaststätte »Blüh' auf« am Rande eines Schrebergartengebiets in Bremen Gröpelingen, kam neben dem Bundesparteivorsitzenden Udo Voigt auch der Geschäftsmann Cappelmann.

^ Horst Görmann

Bürgerliche Hetze

Bremens einzige Lokalzeitung, der »Weser Kurier«, sah die Gründe des NPD-Wahlerfolgs in Blumenthal in den »Problemen mit schlecht integrierten Zuwanderern« sowie den dort lebenden Roma. »Die Gegend ist vermüllt, die Kriminalität im Umfeld hoch, häufig gibt es Polizeieinsätze. Die meisten Voten für die NPD, so darf man mutmaßen, sind Proteststimmen von Bürgern, denen diese Zustände zum Hals heraushängen«, schrieb das Blatt. Das antifaschistische Bündnis »Keinen Meter« kommentierte die »höchst widerliche Art« der Berichterstattung zum Wahlerfolg der Rechten in Blumenthal: »Erneut bietet der ›Weser-Kurier‹ dem deutschen Unmut ein Forum. Die Tatsache, dass Blumenthals EinwohnerInnen deutlich rassistisch gewählt haben, ist keine Erwähnung wert. Es ist die Logik: Verantwortlich für den Erfolg der Rechtsextremen sind nicht die, die ihn vertreten und wählen, sondern die, gegen die er sich richtet, allen voran natürlich die Roma.« Der zuständige Ortsamtsleiter, Peter Nowack, macht sich laut »Weser Kurier« nun Sorgen, dass sich der sowieso schon schlechte Ruf des Stadtteils noch verschlimmern könnte, wenn künftig ein Nazi im Beirat sitzt. Die Zeitung zitiert ihn: »Mit den Bürgern in Wut hätte ich noch leben können.«

Rechtspopulisten im Aufwind

Ein Grund für das schlechte Abschneiden der NPD in der Hansestadt war – neben der eigenen Schwäche – auch die Konkurrenz am rechten Rand, die mit ähnlichen Themen auf Stimmenfang ging. Die rechtspopulistische Wählervereinigung »Bürger in Wut« (BIW) schaffte es landesweit auf 3,7 Prozent der Stimmen und erhielt damit einem Sitz in der Bürgerschaft. Der ehemalige Landesvorsitzende der »Schill-Partei«, Jan Timke, kann sein 2007 gewonnenes Mandat im Landesparlament also behalten. Er ist zudem zusammen mit Malte Grotheer und Heinrich Grotstück in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung vertreten. Die BIW fordern unter anderem »deutschfeindliche Beschimpfungen« als Volksverhetzung zu bestrafen, ein »Burka-Verbot«, um »das Tragen der Ganzkörperverschleierung muslimischer Frauen in der Öffentlichkeit zu verbieten«, und sprechen sich »gegen unkontrollierte Zuwanderung und Multikulti« aus.

Ausblick

Ob die NPD nach ihrer Wahlschlappe wieder in der Bedeutungslosigkeit verschwindet, wird sich bald in den ersten Sitzungen der Beiräte und der Stadtverordnetenversammlung zeigen. Horst Görmann ist kein großer Redner und die NPD-MandatsträgerInnen Gabriele Yardim und Sascha Humpe sind alles andere als Politik-Profis. Daher könnte es umso wichtiger sein, die bislang wenig beachteten Rechtspopulisten von »Bürger in Wut« zu beobachten, die bei der Wahl auch weit erfolgreicher waren als die NPD. ■

Unter der Elchschaufel

Das »Deutschlandtreffen« der »Landsmannschaft Ostpreußen«

Am 28. und 29. Mai 2011 fand in der Erfurter Messe das »Deutschlandtreffen« der »Landsmannschaft Ostpreußen« statt. Mehrere Tausend Menschen nahmen daran teil. Der Vorsitzende der »Landsmannschaft« dankte in seiner Rede den deutschen Wehrmachtssoldaten.

Von Lucius Teidelbaum und Ernst Kovahl



Unter dem Motto »Erbe und Verpflichtung« kamen am letzten Mai-Wochenende mehrere Tausend Menschen in der Erfurter Messehalle zum »Deutschlandtreffen« der »Landsmannschaft Ostpreußen« (LMO) zusammen, laut LMO angeblich 15.000. Höhepunkt war die »Großkundgebung« der LMO am 29. Mai, für die zuvor sogar in den regionalen Anzeigenblättern Thüringens geworben worden war. Nach dem »Flaggeneinzug«, bei dem feierlich die Fahnen der heutigen Bundesländer und der ehemaligen deutschen Provinzen und Besatzungsgebiete (»Sudetenland«) von jungen gescheitelten Männern und Frauen mit Röcken im Marschschritt in den Saal getragen wurden, gab es eine gespenstische Totenehrung. Danach hielt LMO-Sprecher Stephan Grigat die Begrüßungsansprache. Er verkündete unter Applaus: »Ostpreußen lebt!« In seiner Rede dankte er auch den deutschen Wehrmachtssoldaten: »Ich begrüße besonders herzlich die Angehörigen der früheren deutschen Wehrmacht. Dies ist mir ein besonderes Anliegen. Deutsche Soldaten haben unter Einsatz ihres Lebens die Flucht hunderttausender Ostpreußen ermöglicht und dafür tausendfach ihr eigenes Leben hingegeben. Deutschland schuldet Ihnen Dank, Ostpreußen steht in Ihrer Schuld. Sie sind uns herzlich willkommen!« Keiner der anwesenden Ehrengäste protestierte dagegen. Weder die Bundestagsabgeordnete Antje Tillmann (CDU), die Thüringer CDU-Landtagsabgeordneten Christina Tasch und Manfred Grob, noch der Ministerialdirigent Paul Hansel aus dem Bayerischen Sozialministerium oder der Vorsitzende der Erfurter CDU-Stadtratsfraktion, Michael Panse. Die Ortsnamen Kaliningrad, Klaipeda oder Warminsko-Mazurskie kamen Grigat in seiner Rede nicht über die Lippen, stattdessen sprach er von einem »dreigeteilten Ostpreußen«. Er geißelte vermeintliches »Vertreibungsunrecht« und behauptete, der »Deutsche Osten« würde heute »zielgerichtet totgeschwiegen«. Aus Sicht Grigats sei es zudem skandalös, dass der amtierende deutsche Außenminister Guido Westerwelle (FDP) erst kürzlich in Kaliningrad die toten Soldaten der Roten Armee geehrt habe.

Forderung nach Entschädigung

Dann kündigte Grigat die politischen Pläne der LMO an. Die Organisation strebe einen Normalisierungsprozess an und wolle Rentenansprüche für »Vertreibungsopfer« und für »deutsche Zwangsarbeiter« geltend machen. Darüber hinaus seien Entschädigungs- und Eigentumsfragen zu klären, behauptete Grigat: »Die Landsmannschaft Ostpreußen wird sich dafür einsetzen, dass die Eigentumsfrage in zufriedenstellender Form gelöst werden kann.« Es müsse »ein Ende haben«, dass den »vertriebenen Deutschen« nichts gegeben würde und ihre »Ansprüche« als »nicht existent, unbegründet, ja friedensgefährdend« gälten, erklärte Grigat die materiellen Forderungen der LMO. Da er weiß, dass Forderungen gegenüber dem heutigen deutschen Nachbarstaat im Osten durch seine Organisation einen politischen Eklat auslösen würden, will er von der Bundesregierung Geld: »Unser Gegenüber in dieser Frage ist die deutsche Bundesregierung!« Darüber hinaus wolle die LMO sich verstärkt der Nachwuchsarbeit in Deutschland und der Unterstützung »deutscher« Minderheiten in den ehemaligen deutschen Gebieten widmen. »Der Bestand der deutschen Volksgruppe in Ostpreußen ist zu sichern«, rief Grigat. Das, was Grigat beschrieb, hieß früher einmal »Volkstumskampf«. Dazu würde die LMO in Kürze unter anderem ein Verbindungsbüro im polnischen Olsztyn (»Allenstein«) eröffnen.

Nach dem gemeinsamen Singen des »Ostpreußenliedes« (»Land der dunklen Wälder«) sprach Stefan Hein, Vorsitzender des »Bundes junges Ostpreußen« (BJO). Er forderte, »Ostpreußen muss wie eine Flamme in der deutschen Seele leuchten«. Zu diesem völkischen Pathos passt auch das, was Hein in der BJO-Verbandsschrift »Fritz«, die am Infotisch des Verbandes verkauft wurde, im Vorwort der Ausgabe 1/2011 schrieb: »In Ostpreußen und den anderen tatsächlich ostdeutschen Regionen, die von Polen regiert werden, gilt es, so viele Deutsche wie nur möglich davon zu überzeugen, sich zu ihrer Nationalität zu bekennen.« An anderer Stelle wird in dem Blatt vom »Herbstseminar« 2010 des Verbandes mit dem neu-rechten Götz Kubitschek (»Edition Antaios«/»Sezession«) als Referenten berichtet oder in rassistischen Tönen über einen stattfindenden »Bevölkerungsaustausch« schwadroniert, »bei dem die Gefahr droht, dass wir Deutschen zur Minderheit im eigenen Land werden« (Nr. 1/2011).

Nach Heins Rede folgte der »Kurfürsten-Reitermarsch« und schließlich der Höhepunkt der Kundgebung, die Festansprache von Erika Steinbach, der Bundesvorsitzenden des »Bundes der Vertriebenen« (BdV). Sie forderte in ihrer Rede, man solle die »Sprache nicht dem linken Zeitgeist unterwerfen«. Besonders wichtig war ihr, dem Publikum aus der »Erlebnis-Generation« das Er-

gebnis der Auseinandersetzungen um die »Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung« als politischen Erfolg des BdV zu verkaufen. Es sei ja immerhin das Vetorecht der Bundesregierung im Entscheidungsgremium abgeschafft worden und statt drei säßen nun sechs BdV-Mitglieder im Stiftungsrat.

Stabswechsel

Personell stellt sich die LMO auf eine Zukunft ohne »Erlebnisgeneration« ein. So wurde der jahrelange LMO-Sprecher Wilhelm von Gottberg (CDU) 2010 durch den deutlich jüngeren Stephan Grigat, einen Angehörigen der so genannten »Bekenntnisgeneration«, ersetzt. Und auch bei der Wochenzeitung »Preußische Allgemeine Zeitung« (PAZ), die Mitorganisatorin des Treffens war und aus der ehemaligen LMO-Verbandspublikation »Ostpreußenblatt« hervorgegangen ist, dreht sich das Personalkarussel. Zum 1. Juli 2011 wird der bisherige PAZ-Chefredakteur Konrad Badenheuer (ehemals »Bayernkurier«) nach dem Interims-Chef von Gottberg durch Jan Heitmann ersetzt. Der Fregattenkapitän der Reserve und ehemalige Vorsitzende des »Reservistenverbandes Hamburg«, Heitmann, hatte bereits sein Volontariat beim »Ostpreußenblatt« absolviert. Das Blatt unterhielt auch in Erfurt einen großen Stand. Neben Plastikbeuteln und Schlüsselanhängern mit dem Symbol der »Ostpreußen« schlechthin, der Elchschaufel, gab es hier auch einen Sonderdruck zum 60-jährigen Bestehen des Blattes. Prominent auf die Titelseite druckte die Redaktion einen Artikel »Preisgabe des deutschen Ostens«, der sich gegen die Anerkennung der Oder-Neiße von 1990 als gültige Grenze zwischen Deutschland und Polen richtete.

Extreme Rechte

Neben zahlreichen »Kreisgemeinschaften« der LMO präsentierten sich auch politische, kommerzielle und kulturelle Aussteller in den Hallen des »Deutschlandtreffens«, wie zum Beispiel die »Agnes-Miegel-Gesellschaft«, die sich der Verteidigung der Hitler-Verehrerin und ostpreußischen Dichterin widmete. Auch die extrem rechte Konkurrenz zum BdV, der »Zentralrat der vertriebenen Deutschen«, war vor Ort und teilte sich einen Stand mit dem »Grundeigentümerverband der Vertriebenen e. V.«. Und die »Kreisgemeinschaft Tilsit« verkaufte an ihrem Tisch Bücher des geschichtsrevisionistischen Historikers Walter Post und die Schrift »Jüdischer Bolschewismus« von Johannes Rogalla von Bieberstein. Beim »Preußischen Mediendienst« aus Leipzig konnte man nicht nur »Ostpreußen«-Aufkleber kaufen, sondern auch Exemplare des rassistischen Buches »Vorsicht Bürgerkrieg« von Udo Ulfkotte aus dem verschwörungstheoretischen »Kopp Verlag«.

Auch das »Ostpreußische Landesmuseum« in Lüneburg und das »Kulturzentrum Ostpreußen« in Ellingen, beide getragen von der »Ostpreußischen Kulturstiftung«, präsentierten ihre Arbeit beim »Deutschlandtreffen«. LMO-Sprecher Grigat hob deren politische Bedeutung für den Verband in seiner Rede ausdrücklich hervor. Die Museen seien »die Eckpfeiler der Bewahrung des historischen Ostpreußens im Bewusstsein des deutschen Volkes und der Welt«. Außerhalb der Messehallen verteilten zwei Männer am ersten Tag des »Deutschlandtreffens« Werbung für »Die frohe Botschaft vom Deutschen Reich«, ein Buch von Markus Noack aus dem extrem rechten »Klosterhaus-Verlag«. Einzelne Besucher des Treffens flanierten mit der neu-rechten »Jungen Freiheit« unter dem Arm durch die Hallen, ein anderer Besucher trug Kleidung der bei Neonazis beliebten Modemarke »Thor Steinar«. Schriftliche Grußworte, unter anderem von Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU), dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Bundestag, Volker Kauder, Niedersachsens Ministerpräsidenten David McAllister (CDU), dem FDP-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Rainer Brüderle (FDP), und Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) an das »Deutschlandtreffen« wurden von der PAZ vorab veröffentlicht.

Zukunft

Der LMO und dem BdV ist klar, dass die so genannte »Erlebnisgeneration« ausstirbt und die nachfolgende »Bekenntnisgeneration« kleiner ist. Deswegen versuchen die Organisationen der deutschen Umgesiedelten, neben verstärkter Nachwuchsarbeit, ihr Anliegen auch anderweitig am Leben zu erhalten. Dies geschieht vor allem durch eine Musealisierung ihrer politischen Vorstellungen. Zudem versucht der BdV über die ihm nahestehenden Bundestagsabgeordneten, vor allem in der Union, einen eigenen Gedenktag zu etablieren. Sein Wunschdatum ist der 5. August, an dem 1950 ihr bis heute gültiges »Grundgesetz«, die »Charta der Heimatvertriebenen«, verkündet wurde. Neben den Museen und zahllosen »Heimatstuben« der »Landsmannschaften« sollen vor allem zwei Stiftungen das »Erbe« erhalten, die »Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung« sowie die BdV-Stiftung »Zentrum gegen Vertreibungen«. Als Lobbyorganisation versucht die LMO in Polen und der russischen Exklave Kaliningrad verstärkt, die deutschsprachige Minderheit – laut Sprecher Grigat die »heimatverbliebenen deutschen Landsleute« – zu instrumentalisieren. Sie tritt dabei als deren »Schutzmacht« auf. Die LMO benötigt aber diese »Minderheiten«, um eine eigene Neben-Außenpolitik zu betreiben und sich in die inneren Angelegenheiten der Nachbarländer einzumischen. Zunehmend findet auch eine »Europäisierung« der Lobbyarbeit von BdV und LMO statt. Dazu gehört auch die europäische Zusammenarbeit im Dachverband »Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen« (EUFV), der sich die LMO angeschlossen hat. Ihr Präsident, Massimiliano Lacota, und ihr Präsident der Generalversammlung, der ehemalige LMO-Chef Wilhelm von Gottberg, waren in Erfurt anwesend. Auch bei der Entschädigungsfrage versuchten Teile der »Vertriebenen« auf der EU-Ebene ihr Glück, scheiterten bisher aber vor dem europäischen Gerichtshof. Steinbach hat sich bisher von diesen Forderungen und dem EUVF fern gehalten. Wenn aber nun beim »Deutschlandtag« der LMO ihr Vorredner Grigat explizit darauf pocht, dann kann das nur als politische Arbeitsteilung verstanden werden. ■



∧ Erika Steinbach beim Signieren

Menschenwürde und Rassenkunde

Offener Revanchismus

In Augsburg fand am zweiten Juniwochenende der 62. »Sudetendeutsche Tag« statt. Während die CSU ihre Klientel bedient, macht dieses Stimmung gegen Tschechien.

Von Robert Andreasch

Augsburg, 11. Juni 2011: Der Bundesvorsitzende der »Sudetendeutschen Landsmannschaft« (SL), Franz Pany (München), tritt zur Eröffnung des 62. »Sudetendeutschen Tags« ans Mikrofon: Bezugnehmend auf den Besuch der britischen Königin in Irland stellt er eine rhetorische Frage in Richtung des tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Klaus: »Königin Elisabeth sprach davon, sie sähe ‹viele Dinge, von denen wir wünschten, wir hätten sie anders oder gar nicht gemacht›. Was hindert ein republikanisches Staatsoberhaupt wie den Präsidenten der Tschechischen Republik, solches oder ähnliches in Richtung der vertriebenen und entrechteten Sudetendeutschen zu äußern?« Das Publikum in der Augsburger Messehalle ist begeistert. Pany bekommt heftigen Zwischenapplaus, unter anderem vom früheren bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, dem Bundesobmann der Sudetendeutschen in Österreich Gerhard Zeihsel (FPÖ) und von Edda Schmidt, der Bundesvorsitzenden des »Ring Nationaler Frauen« (RNF).

Der angesprochene Vaclav Klaus steht zu diesem Zeitpunkt an der Gedenkstätte für das mittelböhmische Dorf Lidice. 2.000 Menschen sind zusammengekommen, um den Opfern des nationalsozialistischen Massakers vor genau 69 Jahren zu gedenken. Deutsche Polizisten und SS-Offiziere hatten die BewohnerInnen zusammengetrieben und alle 181 Männer, die älter als 15 Jahre waren, erschossen. 195 Frauen wurden in das Konzentrationslager Ravensbrück deportiert, wo 52 von ihnen ermordet wurden. Mitglieder des deutschen Reichsarbeitsdienstes ebneten das Dorf schließlich ein. Klaus reagiert mit einer Erklärung auf die Forderung Panys: »Eine Entschuldigung in den Tagen des Jahrestags der grauenhaften Tragödie von Lidice zu fordern, ist Ausdruck von außerordentlicher Gefühllosigkeit und Unbelehrbarkeit.«

In Augsburg treibt die bayerische Arbeits- und Sozialministerin Christine Hadertauer (CSU) die recht aggressive Stimmung voran: Die Koalitionsverträge in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz enthielten »keine Silbe mehr über die Heimatvertriebenen«, was »ein äußerst gestörtes Verhältnis zu unserer Geschichte« zeige. Die Bundesregierung habe die Verpflichtung zur Einrichtung des »Sudetendeutschen Museums« in München dagegen im Koalitionsvertrag geregelt. Es sei »völlig klar und zweifelsfrei«, dass sie, Hadertauer, die »Benes-Dekrete und das Straffreistellungsgesetz auf der Tagungsordnung halten« würde: »Diese Dinge passen nicht in eine europäische Werteordnung«. Die »Schirmherrschaftsministerin der Sudetendeutschen« fordert zudem einen »nationalen Gedenktag für die Opfer der Vertreibung« und raunt, sie »kenne Geschehnisse mit weit weniger Folgen«, an die in Deutschland mit »umfangreichen Gedenkanlässen und Gedenktagen« erinnert würden.



∧ Franz Pany bei seiner Rede in Augsburg

Beim Internationalen Symposium »Volksgruppenrecht im Europa des 21. Jahrhunderts« der SL empfiehlt der Sprecher der »Sudetendeutschen Volksgruppe«, Bernd Posselt (CSU), das antiziganistisch-rechtsregierte Ungarn als »Vorbild« in Sachen Minderheitenschutz. Der ungarische Botschafter in Deutschland, József Czukor, verweist auf die neue ungarische Verfassung, weil sie die im Ausland lebenden Ungarn (die derzeit durch die Regierung einzeln registriert werden) diese bei der Wahrung ihrer »ungarischen Identität unterstützen« würde. Der Europaabgeordnete Herbert Dorfmann von der »Südtiroler Volkspartei« hat noch ganz andere Tipps: Die »Feuernacht« vom 11. auf den 12. Juni 1961, während der Südtiroler Separatisten 42 Strommasten sprengten, habe sicher »dazu beigetragen, der italienischen Regierung auf die Sprünge zu helfen.«

Die »AG sudetendeutscher Lehrer und Erzieher« um Hans Mirtes (Frontenhausen) will sich Anregungen gar aus dem Nahost-Konflikt holen und hat für ihre diesbezügliche Veranstaltung den extrem rechten Österreicher Richard Melisch nach Augsburg eingeladen. Die SL verbietet den Melisch-Auftritt jedoch kurzfristig, sein Vortrag wird unter Protest der weit über einhundert InteressentInnen durch ein Referat über Tomáš Masaryk ersetzt. Richard Grill, der frühere Leiter des »Sudetendeutschen Archivs« (München), versucht darin detailliert zu »beweisen«, dass der erste tschechoslowakische Präsident nicht nur »mosaischen Glaubens«, also Jude, sondern auch »Freimaurer« gewesen sei.

Beim revanchistischen »Witikobund« liegen auf dem Infotisch zahlreiche neonazistische Bücher aus, unter anderem der Band »Rassenkunde des deutschen Volkes« des nationalsozialistischen »Rasseforschers« Hans F. K. Günther. Rechtsanwalt Thomas Gertner (Bad Ems) erläutert 200 »Witikobund«-SympathisantInnen die neue Strategie, beim »Europäischen Menschenrechtsgerichtshof« und bei der UNO Entschädigungen einzuklagen: Statt bloßen Rückgabeforderungen solle von nun an der Kampf um die Wiederherstellung von »Ehre« und »Menschenwürde« die Argumentation dominieren – womit sich anschließend wiederum Entschädigungsforderungen leichter durchsetzen ließen.

Offener Revanchismus, doch bei der sonntäglichen Kundgebung auf dem »Sudetendeutschen Tag« stellen am nächsten Tag Bernd Posselt und der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) wieder den tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Klaus als unbelehrbaren Betonkopf dar. Posselt fordert die Ausrufung eines »Tags der Sudetendeutschen« in Tschechien und Seehofer assistiert: »Wir haben die Hand ausgestreckt, wir lassen sie ausgestreckt und wir versuchen, zum Nutzen der Menschen auf beiden Seiten vorwärts zu kommen.« ■

»Mit Revanchismus nichts zu tun«

Das Schlesiertreffen in Hannover

Staatlich alimentiert rief die »Schlesische Landsmannschaft« zum »Deutschlandtreffen« nach Hannover. Insgesamt kamen am letzten Juniwochenende an die 50.000 Besucher.

Von Andreas Speit

Auf dem »Deutschlandtreffen« betonte der Präsident der Schlesischen Landvertretung, Michael Pietsch die Verbundenheit mit der niedersächsischen Landesregierung. »Das war ja lange Zeit nicht möglich, mit der niedersächsischen Landsregierung sind wir freundschaftlich verbunden«, sagte er bei der Eröffnung. Später durfte sich Niedersachsens Ministerpräsident, David McAllister (CDU) von dem Vorsitzenden der Landsmannschaft Rudi Pawelka anhören, dass Polen sich entschuldigen müsste und am Holocaust beteiligt war. Er ging. Sein Innenminister, Uwe Schüneman, hatte von Pawelka zuvor schon die Forderung gehört und eine eigene Ehrung dankend entgegengenommen.

Mit einer »festlichen Stunde« begann am 25. Juni das Treffen »Für Schlesiens Zukunft!« auf dem Hannoverschen Messegelände. Unter großem Applaus empfingen in der Münchner Halle die »Schlesier« den Minister. »Wie sind wir Ihnen, Herr Schünemann sehr dankbar, seit acht Jahren sind Sie Berater und Freund. Wir hoffen, das Sie das Amt auch noch lange bekleiden«, sagte Pietsch bevor Schünemann bewegt die höchste Auszeichnung der Vereinigung, das Schlesierschild annahm. Pia Zimmermann, innenpolitische Sprecherin der Fraktion »Die Linke«, wies vor dem Treffen darauf hin, dass das Land diese »dubiose Veranstaltung« mit 50.000 Euro unterstütze, obwohl es »immer wieder bei dem Schlesier-Treff zu revanchistischen Äußerungen kommt«.

Nach der Auszeichnung des Ministers am Samstag führt denn auch Pawelka aus: »Ich warte auf eine Geste aus Polen«. Die Ungarn hätten sich offiziell für die Vertreibung der Deutschen entschuldigt, die USA bei den Indianern, die Kanadier bei den Eskimos und die Australier bei den Aborigines, sagte er unter starken Applaus. Vor den Gästen, die wenigsten in Trachten, versicherte er das sie als Schlesier Brückenbauer zwischen Polen und Deutschland seien, um aber gleich von Polen weitere Anstrengungen zur Aussöhnung zu fordern, sowie die Rückgabe von Beutekunst und die Förderung der deutschen Kultur. Kurz zuvor hatte unter nicht minder starkem Zuspruch Schünemann gesagt: »Ich weiß, dass Sie mit Revanchismus nichts zu tun haben«. Die Vertriebenen hätten gar schon kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs Zeichen der Versöhnung gegeben, in dem sie auf »Rache und Vergeltung« verzichteten. »Wenn Neonazis die Vertriebenen - wie jüngst in Thüringen - für eigene Zwecke missbrauchen wollten, stellen sie sie in eine Ecke, wo sie nicht hingehörten«, sagte Schünemann. »Sie haben sich als demokratische Patrioten bewährt« lobte er unter weniger Applaus die Trennung von der »Schlesischen Jugend« (SJ). Im April hatte die Landsmannschaft die Zusammenarbeit mit der SJ um den Bundesvorsitzenden Fabian Rimbach beendet. Die Entscheidung scheint aber auch dem öffentlichen Druck geschuldet zu sein.



^ Rudi Pawelka singt beim Heimatabend in Hannover

In einer Halle, dem »Schlesischen Dorf«, wechselten sich Infostände, Naschangebote und Büchertische ab. Der Duft von Brühwürsten, Fleisch und Braten hing in der Halle. Den traditionellen Zuckerkuchen aß auf dem Treffen einer nicht. Von klein auf war Gernod Kresse immer mit dabei. 2011, das weiß er, ist er aber unerwünscht. Von 2006 bis 2009 war er SJ-Bundesvorsitzender – bis ihn extrem rechte Kräfte aus dem Amt drängten. Schon 2009, vor der Machtenthebung, hatte der Niedersachse mit schlesischen Wurzeln den Vorstand der Landsmannschaft, die Polizei und auch das Innenministerium über den wachsenden Einfluss von Rechtsextremen im SJ informiert. Bis heute hätten in der Landsmannschaft ihm das einige nicht verziehen. Sagte er doch, bevor es opportun schien, dass »Nazis« die Führung übernommen haben. »Die waren bei der HDJ« [»Heimattreue Deutsche Jugend«]«, weiß er. Kresse selbst sagt, dass er nicht gerade ein Linker sei, doch dieses »NS- und Hass-Getöse geht zu weit, wenn ich da nur an die Kinder denke, die dem ausgesetzt sind«. Selbstkritisch sagt er auch: »Ich muss mir eingestehen, das selbst zu spät gemerkt zu haben, und eben auch zu spät gehandelt zu haben.« Noch später, erst als im April 2011 erste Presseberichte zur SJ folgten, reagierte die Landsmannschaft.

Vor der Messehalle verteilte die SJ den »Schlesier«, inklusive ihres Infoblattes, in dem sie betonte, dass die »Führung der Landsmannschaft« vor einer Medienkampagne »rückgratlos« eingeknickt sei. In einem Infozelt versuchte Rimbach sich gänzlich unpolitisch zu geben. Fahrten, Wanderungen und Volkstanz würden sie ausrichten, sagte er. Dass »Der Schlesier«, den die SJ mitgestaltet, von einer Verlagsgruppe herausgegeben wird, die der Verfassungsschutz Schleswig-Holstein in seinem Bericht aufführt, wird verschwiegen. Am Eingang zum Schlesier-Treff wurde die Zeitung gern genommen. In der Halle fand sich auf Büchertischen auch andere einschlägige Literatur – über die »wirklichen Kriegsursachen« des Zweiten Weltkriegs und die »verschwiegenen Verbrechen« an den Deutschen.

Am Sonntag hatte McAllister in dieser Halle vor den Gästen gesagt, dass die Vertreibung als Unrecht gebrandmarkt werden müsse, aber auch vor dem von Deutschen geführten Krieg gesehen werde sollte. War das zuviel für Pawelka? Der Vorsitzende verlangte außer der Entschuldigung auch, dass die Verantwortlichen für den massenhaften Tod deutscher Gefangener vor Gericht gehörten und die vermeintliche polnische Beteiligung am Holocaust nicht verdrängt werde. Nicht nur die Linke im Landtag fordert, dass endlich die staatliche Subventionierung von Revanchismus beendet werden muss. ■

Blumen gegen das Vergessen

Die »Schlesische Jugend« in Ostsachsen

Nicht nur geografisch liegt der Landkreis Görlitz rechts außen. Zwischen Neonazis, Völkischen, Konservativen bis hin zur CDU bestehen hier Verbindungen. Das verbindende Moment ist dabei Schlesien und das Bekenntnis zur »alten Heimat«.

Von Peter Conrady

»Mir scheint die Bezeichnung Nazi nicht unangemessen.« Gemeint ist Jürgen Hösl-Daum. Der ehemalige Bundesvorsitzende der »Schlesischen Jugend« (SJ) hatte den ostsächsischen Kreisrat der LINKEN, Jens Thöricht, auf Unterlassung verklagt, nachdem dieser in einem Artikel Hösl-Daum als Nazi bezeichnet haben soll. Gleich zu Beginn der Güteverhandlung am Landgericht Görlitz Mitte Juni machte der Vorsitzende Richter seine Auffassung deutlich. Er begründete dies nicht nur mit den Aktivitäten Hösl-Daums im Bereich der »Vertriebenen«, sondern auch mit seinem früheren Engagement für die DSU und insbesondere im Bezug auf die Nazidemonstrationen im Februar 2011 in Dresden. Anwaltlich vertreten ließ sich Hösl-Daum von einem Anwalt aus Erlangen, der häufig Klientel aus dem extrem rechten Spektrum vertritt. Er schimpfte, dass die Verwendung des Begriffs Nazi heute in der BRD quasi gleichbedeutend sei mit dem Teufel und stünde auf gleicher Stufe wie Kinderschänder. Die politische Linke verwende den Begriff inflationär. Zudem legte er eine eidesstattliche Erklärung Hösl-Daums vor, wonach keine von ihm angemeldete Veranstaltung in Dresden stattgefunden habe. Allein es nutzte nichts.

Aktivitäten

Unter Hösl-Daums Bundesvorsitz der »Schlesischen Jugend« (SJ) in der Mitte des letzten Jahrzehnts kam es zu einer Radikalisierung der Positionen. Laut Erika Steinbach, der Vorsitzenden des »Bundes der Vertriebenen« (BdV) sei der BdV »bereits vor Jahren« »auch gegen den damaligen Vorsitzenden – das war ein Herr Hösl – gerichtlich vorgegangen» und habe ihm untersagt, »überhaupt nur den Namen zu verwenden, denn die haben auch unseren Namen missbraucht. Und wir haben diesen Prozess auch gewonnen.» Unter Hösl-Daums Regie wurde die Bundesgeschäftsstelle der SJ nach Görlitz verlegt, um hier direkt im Zentrum des »deutschen Schlesiens« zu sein. Die entstandene Struktur vor Ort wurde dann genutzt als Ausgangspunkt diverser Aktivitäten wie den so genannten »Ostfahrten« gemeinsam mit der »Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland« (JLO). Mit Stephan Roth aus Oybin im Zittauer Gebirge initiierte Hösl 2004 die »Aktion gegen das Vergessen«. In diesem Rahmen wurden in verschiedenen polnischen Ortschaften des ehemaligen Schlesiens Plakate geklebt, die vermeintliche Vertreibungsverbrechen von Polen und Tschechen an Deutschen anprangerten. Dies führte zu Verurteilungen durch die polnische Justiz. Dagegen gehen die Neonazis vor dem EU-Menschenrechtsgerichtshof vor.

Stephan Roth, der für die mittlerweile verbotene »Heimattreue Deutsche Jugend« (HDJ) genauso aktiv war wie für die »Ludendorffer«, ist aktuell Bundesvorsitzender der JLO. Deren wichtigste Aktivität ist die Durchführung des Trauermarsches wegen der Bombardierung Dresdens. 2001 trat die »Landsmannschaft Schlesien Landesverband Sachsen- Schlesische Lausitz e. V.« selbst als Anmelderin des Aufmarsches in Erscheinung. 2011 meldete Hösl-Daum in Dresden eine Kundgebung zum Thema »Gedenken an die in Dresden den Bombenangriffen zum Opfer gefallenen Flüchtlinge aus Ostdeutschland« an.

Aktuell engagiert sich Hösl-Daum stark für sein seit Ende 2010 quartalsweise erscheinendes Blatt »vergißmeinnicht«. Darin kündigte er für den 8. Mai 2011 die Eröffnung einer »nationalen Bibliothek« an. Obgleich er wegen terminlicher Schwierigkeiten (die Nachbereitung von Dresden) diese auf das Jahresende verschob, ist die Wahl seiner Partner interessant. Die Bibliothek soll in den Räumen des »Nationalen Jugendblocks« Zittau entstehen. Dieser ist seit bald 20 Jahren die wichtigste Nazistruktur in der Region Zittau.

Gesellschaftlicher Konsens

Nicht grundlos wählte Hösl-Daum Ostsachsen zu seinem Aktionsgebiet. Das Dreiländereck zwischen Deutschland, Polen und Tschechien ist historisch eng mit der Vertreibung der Deutschen im Zuge des 2. Weltkrieges verbunden. Teile der Region zählten bis 1945 zu Schlesien und in der Region Zittau gab es Verbindungen zum Sudetenland. Dies mag teilweise erklären, dass nach der politischen Wende 1989 Stimmen laut wurden, neben dem Bundesland Sachsen auch ein Bundesland Schlesien zu gründen. Mittlerweile gehört das Bekenntnis zu einer schlesischen Vergangenheit nicht nur aus touristischen Gründen zum guten Ton in Ostsachsen. In der Hauptsatzung der Kreisstadt Görlitz heißt es beispielsweise, die Stadt »fühlt sich der Kultur und dem Brauchtum Schlesiens besonders verpflichtet.«, bei offiziellen Anlässen weht zuweilen die gelbweiße Schlesienfahne vor dem Rathaus und bis zur Verwaltungsreform trug der nördliche Teil des neuen Landkreis Görlitz den Titel »Niederschlesischer Oberlausitzkreis«. Vor dem Hintergrund der schon etablierten schlesischen »Identität« finden Neonazis und extrem Rechte zwangsläufig niedrigschwellig Anknüpfungspunkte und Schnittmengen. Kritik oder gar Widerspruch hingegen erleben sie kaum. Schließlich bekennen sich auch etablierte LokalpolitikerInnen zu ihrer »schlesischen Identität«.

Überschneidungen mit der NPD

Im Zuge der Veröffentlichung interner Unterlagen des neonazistischen »Freien Freunde Forums« (FFF) wurden die engen ideologischen und personellen Überschneidungen zwischen SJ, JLO und NPD einmal mehr deutlich.Tagesschau.de berief sich unter anderem auf den »Unternehmer S.« aus Görlitz, welcher nach eigenen Angaben mittlerweile in der CDU tätig ist. S. habe Informationen aus dem FFF bestätigt.

In Görlitz ist S. als Thorsten Schlotz bekannt. Der Betreiber eines Autoglasreparatur-Services ist seit Jahren in der Vertriebenenszene verankert. Der 38-Jährige ist Vorstandsmitglied der »Schlesischen Jugend Landesgruppe Sachsen, Nieder- und Oberschlesien e. V.« und wurde im Juni 2005 Beisitzer im Bundesvorstand. Neben Schlotz war auch Sven Schuhmann im Vorstand der sächsischen SJ. Als Administrator des FFF und Betreiber einer Reihe weiterer, vorrangig revisionistischer, neonazistischer Homepages stand Schuhmann für die Abdeckung der strukturellen Voraussetzungen der SJ.

Auch Schlotzs dritte Vorstandskollegin in der sächsischen SJ, Marion Kelz aus Zittau, verfügt über enge Kontakte in die Szene. Als ehemalige NPD-Aktivistin ist sie mittlerweile als Kreisverbandsvorsitzende für die »Sächsische Volkspartei« (SVP), des ehemaligen NPDler Mirko Schmidt, aktiv. Und auch das ehemalige Vorstandsmitglied Dirk Bredack ist kein Unbekannter. Der aus München nach Görlitz gezogene war sowohl im NPD-»Bildungswerk für Heimat und nationale Identität« als auch im Geflecht zwischen SJ und »Junger Landsmannschaft Ostpreußen« (JLO) aktiv.

Vor dem Hintergrund dieser personellen Verflechtungen ist zumindest in Ostsachsen festzustellen, dass hier die SJ seit Jahren Teil der extremen Rechten ist. ■

Patriotisch, gesamtdeutsch, volkstreu

Die Wochenzeitung »Der Schlesier«

Die Wochenzeitung »Der Schlesier« ist – vom neuen Besitzer Dietmar Munier etwas aufgepeppt – seit einigen Monaten im Zeitschriftenhandel erhältlich.

Von Jörg Kronauer



»Patriotisch, gesamtdeutsch, volkstreu«: Mit völkischer Parole wirbt der »Der Schlesier« um neue Leserinnen und Leser. »Eine Vertreibung war genug«, heißt es in der Werbeanzeige für die Wochenzeitung, die im Frühjahr ein neues Layout erhalten hat: »Damit Deutschland eine sichere Heimat der Deutschen bleibt, wendet Der Schlesier sich gegen Überfremdung und Umvolkung.« Doch damit nicht genug. »Unbeirrt«, heißt es weiter, richte das Blatt seinen Blick »auch auf Schlesien, Ostpreußen, Pommern und das Sudetenland«. Der historischen Aufklärung ist »Der Schlesier« ebenfalls schonungslos verpflichtet. Wie man in der Kolumne auf Seite 3 erfährt, hämmerten »Massenmedien, Schulen usw.« dem »deutschen Volk die Propagandalügen der Sieger« des Zweiten Weltkriegs, vor allem »die Falschbehauptung von der deutschen Alleinkriegsschuld, unablässig ein«. Man wolle, schreibt ein gewisser Maximilian Sobota, das »Nationalgefühl« der Deutschen zerstören und sie damit »aufnahmefähig für allen Unsinn« machen.

Mit »Dem Schlesier« ging es in den letzten Jahren konsequent bergab. Als Hans-Joachim Ilgner aus Recklinghausen im Jahr 1973 den Posten des Chefredakteurs antrat, war die Zeitung noch das stolze offizielle Organ der »Landsmannschaft Schlesien« – eines der größten Verbände der deutschen Umgesiedelten.

Der Knick kam in den 1980ern. Zwei Artikel veranlassten damals die »Landsmannschaft Schlesien«, das am rechten Rand etwas zügellose Blatt abzustoßen: Es ging darin um Erwägungen, die Bundeswehr könne womöglich in Richtung Moskau vorstoßen und um die 1988 zum Jahrestag der Reichspogromnacht geäußerte Meinung, bundesdeutsche Politiker »verkleide(te)n sich als Juden und dreschen einmütig auf ihr Volk herunter«. Die Landsmannschaft legte sich eine neue Verbandszeitung zu, »Der Schlesier« muss sich seitdem mit dem rechtesten Flügel des Milieus zufrieden geben, der jedoch altersbedingt schrumpft. Als Ilgner im September 2010 starb, hatte er die Auflage des Blattes erfolgreich laut Eigenangabe auf 3.500 Exemplare gedrückt. Die Restredaktion sah keine Perspektive mehr. Sie hätte den Laden wohl dicht gemacht, wäre da nicht Dietmar Munier aus Martensrade bei Kiel gewesen.

Munier ist mit seiner Verlags- und Versandgruppe »Lesen & Schenken« (»Arndt«, »Pour le Mérite«, »Orion-Heimreiter«) nicht nur einer der bekanntesten Verleger der extremen Rechten. Er versucht zudem seit einigen Jahren, auf den Zeitschriftenmarkt zu expandieren. Anfang 2004 übernahm er die »Deutsche Militärzeitschrift«, mit der er die Militaristenszene enger an die extreme Rechte anzubinden sucht. 2009 übernahm er außerdem das Traditionsblatt »Nation & Europa« und ersetzte es durch »Zuerst!«, eine Monatszeitschrift, die als ultrarechtes Gegenstück zu Nachrichtenmagazinen wie »Spiegel« und »Focus« konzipiert ist. Zu Jahresbeginn ging nun auch »Der Schlesier« an Munier, der sich damit ein Standbein im Milieu der »Vertriebenen« verschaffen will. Alle drei Blätter sind im gewöhnlichen Zeitschriftenhandel zu erwerben, was zum Konzept gehört: Munier versucht nicht nur, extrem rechte Positionen in der Öffentlichkeit zu etablieren, er strebt durchaus auch nach materiellem Gewinn – und den verheißen nun einmal nur verkaufsstarke, populäre Zeitschriften.

Der Mann, der die Zeitschrift »Der Schlesier« für Munier zum Erfolg führen soll, ist Olaf Haselhorst. Haselhorst ist politisch bei der Hamburger »Burschenschaft Germania« sozialisiert worden, einer Verbindung vom rechten Rand der ohnehin schon äußerst rechten »Deutschen Burschenschaft«. Er ist Historiker, hat zwölf Jahre bei der deutschen Kriegsmarine gedient und über Militärgeschichte geforscht; im ultrarechten »Ares-Verlag« ist sein Buch »Der deutsch-französische Krieg 1870/71« erschienen. Als Autor kennt man ihn sonst auch aus der extrem rechten Zeitschrift »Sezession«. Haselhorst greift beim »Schlesier« gelegentlich auf die Autorinnen und Autoren seines Vorgängers Ilgner zurück, etwa auf die 1934 in Breslau geborene ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende der Partei »Die Republikaner« (REP) Johanna Grund. Interviewt werden Personen aus unterschiedlichen Milieus der extremen Rechten, darunter der ehemalige NPD'ler Jürgen Schwab, Sigrid Schüßler aus dem Vorstand des bayerischen NPD-Landesverbandes oder Linda Fuchs aus dem Bundesvorstand der »Gemeinschaft Deutscher Frauen«.

Wie schon zuvor bemüht sich »Der Schlesier«, Organisationen aus dem extrem rechten »Vertriebenen«-Flügel einzubinden. Regelmäßiger Autor ist Herbert Jeschioro, erster Vorsitzender des »Zentralrats der Vertriebenen Deutschen«, eines Splitterverbandes, der sich als ultrarechte Konkurrenz zum »Bund der Vertriebenen« (BdV) begreift. Das »Freundschafts- und Hilfswerk Ost« aus Bad Bevensen bei Lüneburg, das sich der Unterstützung des »Deutschtums« östlich von Oder und Neiße verschrieben hat, stellt dem »Schlesier« immer wieder Berichte zur Verfügung. Vor allem aber ist Chefredakteur Haselhorst bemüht, den aktuellen Streit in der »Landsmannschaft Schlesien« zu nutzen und deren suspendierte Untergliederungen – Teile der »Schlesischen Jugend« sowie den Landesverband der Landsmannschaft in Thüringen um Paul Latussek – um seine Wochenzeitung zu scharen. Dabei hat er durchaus Erfolg: Inzwischen kann die »Mitwirkung« der »Schlesischen Jugend« (SJ) an der Herausgabe des Blattes im Impressum vermeldet werden. Der extrem rechte Rand der »Vertriebenen«-Verbände bleibt der Zeitschrift auch unter dem neuen Chefredakteur treu. Ob das Blatt darüber hinaus genug Leserinnen und Leser findet, um auf Dauer rentabel betrieben werden zu können, muss sich allerdings erst noch zeigen. ■

»Europaweit führend«

»Vertriebene« loben die neue völkische Verfassung Ungarns

In den deutschen »Vertriebenen«-Verbänden wird die neue völkische Verfassung Ungarns gelobt. Von den »Volksgruppen«-Rechten, die sie enthält, profitieren indirekt auch die Umgesiedelten.

Von Jörg Kronauer

Bernd Posselt ist zufrieden. Die neue ungarische Verfassung, weithin als völkisches Produkt einer immer autoritärer auftretenden Rechtsregierung kritisiert, gefällt dem CSU-Europaabgeordneten, Präsidenten der »Paneuropa-Union Deutschland« und Sprecher der »Sudetendeutschen Volksgruppe« ausnehmend gut. »Modern und gleichzeitig geschichtsbewusst« sei sie, »wertvoll für Europa«, lobt Posselt und hebt besonders die Passagen hervor, die sich ausdrücklich völkischer Politik widmen – den sogenannten Auslandsungarn und den »Volksgruppen« innerhalb Ungarns. Mit dem Anspruch, blutlich definierten Abstammungsgemeinschaften, »Volksgruppen«, im eigenen Land Sonderrechte zu gewähren und gleichzeitig als legitime »Schutzmacht« der ungarischsprachigen Minderheiten in den Nachbarstaaten Einfluss zu nehmen, sei die Verfassung »europaweit führend«, schreibt Posselt. Nicht zuletzt die deutschsprachige Minderheit Ungarns habe mit ihr »eine feste Rechtsgrundlage«, auf die sie sich jederzeit berufen könne. Vergleichbares gebe es nur in wenigen Staaten Europas.

Dass völkische Sonderrechte, »Volksgruppen«-Rechte, im heutigen Ungarn eine solch bedeutende Rolle spielen, ist nicht zuletzt den Verbänden der deutschen Umgesiedelten geschuldet, die – wie der Sudetendeutschen-Sprecher Posselt – deutliche Sympathie für die im April in Kraft gesetzte neue Verfassung empfinden. Deutsche »Vertriebenen«-Funktionäre stoßen mit ihren Anliegen schon seit den 1980er Jahren in Budapest auf offene Ohren. Hintergrund war damals eine Neuorientierung der ungarischen Politik, die sich wieder – ganz wie in der Zwischenkriegszeit – der ungarischsprachigen Minderheiten in den Nachbarstaaten als Einflussinstrument zu bedienen begann. Budapest hatte vor allem die 1,5 Millionen Menschen starke ungarischsprachige Minderheit in Rumänien im Blick, die es für seine politischen Pläne nutzen wollte. Weil dies unter realsozialistischen Staaten aber nicht angesagt war, sprach die ungarische Regierung zunächst den »Volksgruppen« im eigenen Land Sonderrechte zu, in der Hoffnung, diese dann später auch für die »ungarische Volksgruppe« in Rumänien geltend machen zu können. Die erste »Volksgruppe«, die von dieser Idee profitierte, war die deutschsprachige Minderheit Ungarns: Im Jahr 1985 gründete sich mit Hilfe des »Vereins für das Deutschtum im Ausland« der »Nikolaus-Lenau-Kulturverein« im südungarischen Pécs; 1987 einigten sich Bonn und Budapest auf eine »Gemeinsame Erklärung«, die ein Programm »zur Förderung der deutschen Minderheit und der deutschen Sprache in der Republik Ungarn« enthielt.

∧ Bernd Posselt

Diese Entwicklung kam – schließlich waren ja entsprechend den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens nach dem Zweiten Weltkrieg größere Teile der »deutschen Volksgruppe« aus Ungarn ausgesiedelt worden – auch den deutschen »Vertriebenen«-Verbänden zugute. Bereits im Jahr 1984 stellte der damalige Vorsitzende der »Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn« verblüfft fest, die »Kommunisten in Ungarn« begännen, »das Unrecht der Vertreibung zu artikulieren«. Das lag in der Logik der Sache: Wer die »deutsche Volksgruppe« privilegieren wollte, kam kaum umhin, der Umsiedlung zahlreicher »Ungarndeutscher« die Legitimität abzusprechen. Tatsächlich schloss sich Budapest nach dem Umbruch von 1989 der bundesdeutschen Auffassung in vollem Umfang an, es habe sich bei der »Vertreibung« der Deutschen um klares Unrecht gehandelt. Am 28. März 1990 behauptete das ungarische Parlament, die »Vertreibung« sei unter klarem Bruch der allgemeinen Menschenrechte vollzogen worden und daher illegal. 1992 verabschiedete es ein Gesetz, das den »Ungarndeutschen« sogar eine Entschädigung zusprach. Immerhin elf Millionen Euro wurden an die »Ungarndeutschen« ausgezahlt. Die Summe war für Budapest zwar überschaubar, aber für die »Vertriebenen«-Verbände wichtig – als Präzedenzfall.

Auf offene Ohren stoßen die deutschen Umgesiedelten in Budapest insbesondere mit ihrer Forderung, die tschechisch-slowakischen Beneš-Gesetze müssten aufgehoben werden. Ungarn hat ein eigenes Interesse daran: Schließlich richten sich diese Gesetze nicht nur gegen deutsche, sondern auch gegen ungarische Kollaborateure und Profiteure der NS-Herrschaft. Bereits während seiner ersten Amtszeit verlangte der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán offiziell, Prag und Bratislava müssten die Beneš-Gesetze annullieren, und er erntete dafür lauten Beifall von den deutschen »Vertriebenen«. Noch im Jahr 2007 sagte die damalige ungarische Parlamentspräsidentin Katalin Szili aus Protest gegen die Gesetze einen Besuch in der Slowakei ab – und leitete wenig später eine Gedenkfeier im ungarischen Parlament, bei der die Umsiedlung im Beisein der Präsidenten von Bundestag und Europaparlament als »Entrechtung und Vertreibung der Ungarndeutschen« bezeichnet wurde. Die Umsiedlungsbeschlüsse seien »Dokumente der Schande«, erklärte die Sozialdemokratin Szili. Sie hatte unmittelbar vor der Gedenkfeier aus den Händen von Erika Steinbach die Ehrenplakette des »Bundes der Vertriebenen« (BdV) erhalten.

Mit der »Volksgruppen«-Politik, die die ungarische Politik seit den 1980er Jahren prägt und die nun in der neuen Verfassung verankert ist, ist das alles aufs Engste verflochten. Dass die »Vertriebenen« dafür Sympathie empfinden – die Stellungnahme des Sudetendeutschen-Sprechers Posselt zeigt es deutlich –, versteht sich von selbst. ■

Ägyptische Verhältnisse?

Bei den Rechten nichts Neues

Auf vielfältige Art und Weise beschäftigen die seit einem halben Jahr andauernden Unruhen und Umwälzungen in der arabischen Welt den Westen. Die Reaktionen reichen von Mahnungen zur Einhaltung der Menschenrechte bis zum militärischen Eingreifen. In den Publikationen der extremen Rechten nimmt hingegen die »Flüchtlingsfrage« einen zentralen Platz ein.

Von Toni Brandes

Ende 2010 nahmen die sozialen Proteste in Tunesien ihren Ausgang. Von da weiteten sie sich auf nahezu alle arabischen Staaten aus. Doch das Internet-Portal der Islam-/Moslemhasser in Deutschland, »PI-News«, das tagtäglich mehrere Hetz-»Meldungen« verbreitet, reagierte erst am 11. Januar 2011. Kurz vermeldete das Portal zunächst neutral, dass bei den Unruhen bereits mehr als 30 Menschen ums Leben gekommen seien. Dann folgt ein Bericht von »PI-Leser WiM […] aus Tunesien«. Er berichtet, was die LeserInnen der Seite wohl auch hören wollen: »Unter die Demonstranten haben sich inzwischen – wie ich bereits befürchtet habe – vermummte Al Qaida-Mitglieder gemengt, die Molotow-Cocktails werfen und die Stimmung auf den Siedepunkt bringen.« In den nächsten Wochen und Monaten wird, neben verhaltener Sympathie für die AktivistInnen, vor allem der Islam als das zentrale Hindernis auf dem Weg zu demokratischen Reformen dargestellt und eine Machtübernahme durch fundamentalistische Islamisten als unvermeidbar angesehen. Die offizielle Politik der Bundesregierung erfährt scharfe Kritik, da sie sich nicht auf diese »vorhersehbare« Entwicklung einstelle. In den Mittelpunkt rückt »PI-News« im Rahmen seiner »Berichterstattung« auch die Übergriffe auf Christen (Kopten) in Ägypten. Sie resultierten direkt aus dem Islam, heißt es, der eben ausschließlich fundamentalistisch und gewalttätig sei. Eine Differenzierung zwischen frommen, gläubigen oder fundamentalistischen Anhängern unterbleibt, würde das doch der selbst gestellten Mission widersprechen.

»Junge Freiheit«

Einen anderen Schwerpunkt wählt die »Junge Freiheit« (JF). Zwar verweist auch sie auf die Gefahr der »islamistischen Machtübernahme«, doch treibt sie vor allem die »Flüchtlingsfrage« und die demographische Entwicklung in Deutschland um. Am 4. März 2011 sowie in der darauf folgenden Woche beschwört das »neu-rechte« Zeitschriftenprojekt aus Berlin auf der Titelseite die Gefahr: »Biologisch ermattet öffnen die Europäer ihre Tore und der Bevölkerungsüberschuss Afrikas und Vorderasiens ergießt sich widerstandslos in die sich leerenden Räume des Kontinents«, hetzt Chefredakteur Dieter Stein im Kommentar am 11. März 2011. Die europäische(n) Identität(en) würde(n)



JUNGE FREIHEIT

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT, KULTUR, WISSEN UND DEBATTE

25 Jahre Der Freiheit eine Gasse.

Afrikas Exodus

Die Dämme brechen: Europa droht ein Flüchtlingsansturm von biblischen Ausmaßen

Seiten 1, 9 und 12

E10

CSU -1

Das Auge wählt mit



Glanz und Elend des deutschen Films. Wie es nun weitergeht Seite 8

Wie ein Land entrechtet wird. Die Heuchelei des Westens Seite 5

Neues zum Vertreibungsverbrechen: Täter, Opfer, Kritiker Seite 14

Nr. 6 | 4.2.2011 | B 2295 | € 1,90

National ✱ Zeitung

DEUTSCHE WOCHENZEITUNG | 61. JAHRGANG

Wird Arabien eins?

Wie stehen wir zu Nahost?

Streitpunkt Israel

Stadtkewitz' Welt

kapitulieren und verschwinden angesichts der »junge(n), kraftvolle(n) Männer aus patriarchalischen Gesellschaften«. Stein beneidet diese indes um den »Willen, sich und ihre Sippe fortdauern zu lassen.« Und damit schlägt er einen Bogen zur Debatte um eine »Frauenquote« in Deutschland, die er als ein Symptom für sich auflösende Familienstrukturen erachtet. Abhilfe leiste die Rückbesinnung auf traditionelle Werte und Institutionen, folgt dann in gängiger Diktion der Zeitung. Fluchtursachen sind ihm indes sekundär, die gesellschaftlichen Umstände sowieso. Stein argumentiert so, wie es die JF seit 25 Jahren macht: Hauptsache, die Fremden, die Anderen – in diesem Fall Moslems – bleiben da, wo sie hingehören und kommen nicht nach (Nord-)Europa. Schuld sind entweder die »68er« oder der Liberalismus, dessen »Eliten« den Kampf um die kulturelle und nationale Identität bereits aufgegeben hätten.

»National Zeitung«

Der Relevanz der Ereignisse in der arabischen Welt ist sich selbst die »National Zeitung« bewusst. Sie sind am 11. Februar 2011 ein Aufmacher. Der Tenor unterscheidet sich jedoch deutlich von »PI-News« und JF. Herausgeber Dr. Gerhard Frey, der seinem Artikel eine autobiographische Note verpasst mit dem Hinweis, er habe den Nahen Osten Mitte der 1960er Jahre besucht, bleibt seiner alten antiamerikanischen und antiisraelischen Position treu. Er begrüßt die sich abzeichnenden Veränderungen. Böten diese den arabischen Völkern doch die Gelegenheit, sich gegen die ihm verhassten USA und Israel zu erheben. Auch sieht er in einem politischen Islam keine Gefahr, sondern vielmehr eine Chance für die Region, denn die »Vielfalt der Religionen [sei] für die Menschheit belebend«.

»Deutsche Stimme«

Die monatlich erscheinende NPD-Postille »Deutsche Stimme« (DS) widmet sich erst in ihrer April-Ausgabe 2011 dem Thema, wobei es nur am Rande um die sozialen Unruhen geht. Für die DS scheint es nicht vorstellbar, dass Menschen südlich des Mittelmeeres die Initiative ergreifen und für die Veränderung der herrschenden Missstände eintreten. Stattdessen werden – in verschwörungstheoretischer Manier – die Unruhen als Vorbereitungen für einen von den USA geplanten Krieg gewertet. Als vermeintlicher Beleg dafür werden deren ökonomische Probleme sowie geostrategische Interessen herangeführt. Dennoch sieht die DS eine »Zeitenwende« heraufziehen, an deren Ende »die Flammen des Aufruhrs wohl auch schon bald in deutschen Großstädten lodern«.

Beliebig

Letztendlich bleibt der Eindruck, dass bei der deutschen Rechten ihr enger, auf die eigene Nation fixierter Blickwinkel zwingend zu den skizzierten Bewertungen führt. Und er verstellt ihr auch den Blick auf die Komplexität der Situation in diesen Ländern, der nötig wäre, um die daraus folgenden Probleme auch nur annähernd zu erfassen. Vielmehr ist die Argumentation der deutschen Rechten in vielen Fällen austauschbar und beliebig. ■

Plastik macht keinen Deutschen

»Deutsche Burschenschaft« stramm völkisch

Eine Minderheit, eine Minderheitsmeinung: Auf dem »Deutschen Burschentag« war der Pressesprecher Michael Schmidt sehr bemüht, die Auseinandersetzung darüber, ob ein Deutscher ohne »deutsches Blut« Burschenschafter werden dürfte, herunterzuspielen. Die erhofften Beschlüsse fürs Image, dass die Abstammung nicht mehr so entscheidend sei, folgten auch. »Die Kontroverse ist beendet«, sagte Schmidt. In Eisenach kam es dennoch zum Eklat.

Von Andreas Speit

Vom 6. bis 19. Juni nahmen an die 1.000 Mitglieder des Korporationsverbands »Deutsche Burschenschaft« (DB) im thüringischen Eisenach an der Vollversammlung teil. Bis auf wenige Ausnahmen verweigerten die Mitgliedsbünde jedoch am Samstag auf dem Kommers das Chargieren. Denn an diesem Abend saß Kai Min Au als Sprecher der »Burschenschaft Hansea zu Mannheim« im Präsidium. Per Beschluss war eigentlich entschieden, dass die Abstammung nicht mehr für eine Mitgliedschaft in einer Burschenschaft der DB bedeutend sein soll. Assimilierte Einwanderungskinder seien willkommen, mit diesen Worten wollte Schmidt jetzt gerne die liberale Einstellung vermitteln. An diesem Abend zeigte jedoch die Mehrheit – so schreibt die »neurechte« »Junge Freiheit« (JF) –, dass trotz Beschluss Au wegen seiner chinesischen Eltern nicht ein Gleicher unter Gleichen ist. Das feierliche Auftreten der Chargierten wurde auf dem Burschentag des ältesten und mitgliederstärksten Dachverbands von rund 120 Burschenschaften zu ihrer symbolischen Ablehnung. Zuvor hatte Au auf der Jahresversammlung erklärt, aus der Burschenschaft viel Unterstützung erfahren zu haben: »Meine Burschenschaft und der Verband sind für mich korporative Heimat [...] Ich bin stolz, Teil dieser Gemeinschaft zu sein, ich bin stolz, als Wehrdienstleistender meinem Vaterland gedient zu haben, und ich bin stolz, Deutscher zu sein«, sagte Au, der längst auch das männerbündische Ritual der Fechtmensuren vollzog. Da waren gerade die Anträge gegen ihn auf der Versammlung zurückgezogen worden.

Die Veranstaltungen des Burschenschaftstages fanden zwischen Wartburg und Werner-Aßmann-Halle statt. Auf dem Festkommers trat der einschlägige Historiker Arnulf Baring als Hauptredner auf. Sein Thema: »Die Deutschen und das Europa der Vaterländer«. Seine Botschaft: Die Deutschen müssten als »größtes Volk in der Mitte Europas ein positives Selbstbild entwickeln«. Zum einundzwanzigsten Mal hielt die DB, der über 1.300 Aktive und rund 10.000 Alte Herren angehören, hier ihre Versammlung ab. Dort, wo seit Jahren die Stadtverwaltung und Kommunalpolitik den Burschentag vor allem als touristisch-traditionelle Veranstaltung begrüßt, überraschte denn auch manche Schlagzeile in bundesweiten Medien: »Burschenschaften streiten über ‹Ariernachweis›« oder »Deutsch, wer deutsches Blut hat«. Zu Beginn des Burschentags war bekannt, dass die »Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn« einen Antrag stellte, die »Burschenschaft Hansea zu Mannheim« auszuschließen, da Au ihr angehöre, der ihnen nicht bloß vom Namen her zu wenig deutsch war, er hatte ihnen zudem zu wenig deutsches Blut. Sie stellte zudem einen weiteren Antrag, dass die »deutsche Abstammung« verbindlich für eine Mitgliedschaft sei. Schnell versuchte der Sprecher der DB, Stefan Dobner von der Münchner Burschenschaft »Arminia-Rhenania«, zu beschwichtigen und sagte, Mitglied habe zu »jedem Zeitpunkt [...] jeder deutsche Staatsbürger« werden können und die Anträge seien nicht satzungsgemäß. In der Broschüre für den Burschentag finden sich jedoch beide Anträge. Dobner und Schmidt verschwiegen auch, dass die Anträge sich auf ein Gutachten ihres Rechtsausschusses bezogen.



^ »Raczeks« in Aufstellung

Im Februar dieses Jahres hatte der Verband das Gutachten veröffentlicht, das feststellt, dass die Abstammung maßgeblich entscheidend sei: »Personen mit mehrheitlich außereuropäischen Vorfahren sind unter Hinweis auf die Abstammungsgemeinschaft eines Volkes dementsprechend keine Angehörigen des deutschen Volkes.« Co-Autor des Gutachtens war Hans Merkel, Mitglied der CSU und Alter Herr der Münchener »Arminia-Rhenania«. Der 77-Jährige, einst Büroleiter des früheren Bundestagspräsidenten Richard Stücklen, benannte die Überprüfungskriterien aber nicht en détail. Hier wollten nicht bloß die Raczeks Klarheit.

Am Sonntag, dem Ende des Burschentags, ließ Schmidt wissen, die Anträge und auch das Gutachten seien hinfällig. Nach einer »eineinhalbstündigen Generaldebatte« hätten die Burschenschaften ein neues Gutachten hingenommen, das männlichen Einwandererkindern mit deutschem Pass eine Mitgliedschaft zubilligt. Die Debatte sei »sehr emotional« geführt worden, räumt Schmidt ein – und verschweigt den Eklat nach den Beschlüssen. Nach vier Tagen Verbandstagung will Dobner ebenso ein liberaleres Image vermitteln: »Der Burschentag war ein großer Erfolg trotz der scharfen Kritik im Vorfeld«, sagte er und betonte: »Es ist unfair und sachlich falsch, wenn einige Medien diesen umstrittenen Antrag als Meinung der Deutschen Burschenschaft darstellen. Entscheidend sind Beschlüsse, nicht Anträge.« Beschlüsse, die aber in der DB weiterhin massiv umstritten sind. Schon vor dem Burschentag fürchteten Verbandsmitglieder eine Spaltung. Eine Sorge, die Franz Glaser in der JF am 24. Juni weiterhin nicht für unbegründet hält. Sehr deutlich wird Hans-Jochen Voss in einem JF-Leserbrief: »Eigentlich dürfte es über eine Mitgliedschaft in der Deutschen Burschenschaft keinerlei Diskussion geben. [...] Denn nicht das Stück Plastik [Ausweis] macht den Deutschen, sondern die Abstammung.« ■

Burschi-Leaks

Daten-Leck bei der »Deutschen Burschenschaft«

Zeitgleich zum »Burschentag« der völkischen »Deutschen Burschenschaft« Ende Juni 2011 in Eisenach wurden im Internet Protokolle und interne Dokumente des Verbandes veröffentlicht. Das Daten-Leck gewährt einen tiefen Einblick in die Verfasstheit des Akademikerbundes.

Von Johannes Brumme

»Interne Burschentag-Dokumente geleaked!«, hieß es am 15. Juni 2011 auf der Website »linksunten.indymedia.org«. Pünktlich zum Beginn des jährlichen »Burschentages« der »Deutschen Burschenschaft« (DB) in Eisenach gingen die Daten online. Veröffentlicht wurden beispielsweise die Tagungsprotokolle der »Burschentage« aus den Jahren 2005 bis 2010, Tagungsunterlagen des »Altherren-Tages« der DB, interne »Nachrichtenblätter« und zehn Jahrgänge der internen »Schnellinformationen«. Bisher gab es von der DB keine Stellungnahme zu dem Leck, an der Echtheit der Dokumente besteht jedoch bisher kein Zweifel.

Einblicke

Die umfangreichen Dokumente gewähren einen tiefen Einblick in die Arbeit, die Strukturen und Debatten in der DB. Aufschlussreich sind vor allem die Berichte der angeschlossenen Vereine und Strukturen der DB, über die ansonsten wenig zu erfahren ist, beispielsweise des »Burschenschaftlichen Vereins für nationale Minderheiten- und Volksgruppenrechte in Europa«, des »Burschenschaftsdenkmalvereins Eisenach« oder der »Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung«. Aber schon allein die in den DB-Dokumenten übliche Wortwahl enthüllt den Geist des Verbandes. So wird die deutsche Vereinigung von 1990 als »Teilwiedervereinigung« bezeichnet, MigrantInnen gelten als »Scheinasylanten« und Jazz-Musik heißt »Negermusik«.

Krise der DB

Dass die DB seit Jahren von heftigen Verwerfungen sowie organisatorischen und finanziellen Schwierigkeiten gekennzeichnet ist, zeigen die Unterlagen für den »Altherrentag« 2011 des »Verbands der Vereinigungen Alter Burschenschafter« (VVAB). Hintergrund sind vor allem finanzielle Fragen. Denn seit Mitte der 1990er Jahre hatten eine Reihe von Burschenschaften die DB verlassen, ihnen war der Verband zu rechts. Aufgabe der VVAB war es in den folgenden Jahren, erneut »eine Klammer zwischen beiden Teilen [zu] bilden und auf eine Rück- und Zusammenführung unter dem gemeinsamen Dach der Burschenschaft hinzuwirken.« Dafür wurden den Abtrünnigen offenbar »weitgehende« finanzielle Zugeständnisse« gemacht und die »Verfassung« des VVAB geändert, um sie im Verband zu halten. Doch das habe nicht zu »irgendeiner positiven Reaktion« geführt. »Es wurde nur noch mehr Sonderrechte gefordert und dem Verband die Mitgliedsbeiträge verweigert«, klagt Jens-Markus Sanker (»Normannia-Leipzig zu Marburg« / »Cimbria München«) in den Unterlagen. Für das Geschäftsjahr 2011 rechnet die DB übrigens mit Einnahmen von 367.600,- Euro. Sankers Urteil über seinen Verband: Der VVAB sei »schlicht nicht mehr führbar«. Und auch Norbert Weidner (»Burschenschaft der Raczeks zu Bonn« / »Akademische Burschenschaft Carolina Prag in München«; Foto: Seite 18, mitte), früher Funktionär der verbotenen neonazistischen »Freiheitlichen deutschen Arbeiterpartei« (FAP) und heute »Schriftleiter« der »Burschenschaftlichen Blätter«, klagt über den Verfall der guten Sitten im Verband. Zugesagte Artikel für das Blättchen der DB würden verspätet oder gar nicht eingereicht: »Daß ein solches Verhalten auch von Burschenschaftern an den Tag gelegt wird, ist bedauerlich.«

In der »Generaldebatte« beim »Burschentag« 2010 wurden politische Differenzen deutlich. Während »Verbandsbruder Schlüsselberger« von der Burschenschaft »Olympia Wien« die Burschenschafter zu mehr politischem Engagement (»Das Volk benötige Kämpfer«) und der Zeugung von mehr Kinder aufforderte, wies »Bundesbruder Engelke« von der »Obotritia Rostock« auf Probleme hin. Die DB habe »keine politische Bedeutung« mehr und verliere Mitglieder, konstatierte er. Grund für den Zerfall des Bundes sei der »seit den 70-er Jahren« schwelende »Dauerstreit über die Ausrichtung des Verbandes«. Die »liberalen« Bünde in der DB »seien […] auf Dauer nicht dazu bereit die bestehenden Probleme am rechten Rand zu akzeptieren«, so Engelke. Auf das Agieren des völkischen Flügels in der DB zielend, kritisierte er die Debatte um den »volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriff« als »abwegig«. Die heutigen Grenzen Europas seien zu akzeptieren, zumal die europäische Einigung »dem deutschen Volk« genug »Entfaltungsmöglichkeiten in Europa (Beispiel Südtirol)« böte. Er stellte der DB zudem die entlarvende Frage, ob dem Bund eine »überzeugenden inhaltliche Distanzierung von der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands und von Parteien wie der NPD und DVU möglich sei«.

Elitär

Dass die DB ein elitärer Kreis von Akademikern bleiben will, geht aus einem »Leitfaden zur Nachwuchsarbeit auf Internetplattformen« hervor. Darin heißt es: »Die Auffassung, daß jeder Student geeignet ist Burschenschafter zu werden, kann [...] als widerlegt angesehen werden. Ziel einer ordentlichen Nachwuchsarbeit muß es daher sein, Kontakt zu solchen Studenten aufzubauen, welche fähig und willens sind, die Identität einer Burschenschaft zu wahren und weiterzugeben.« Gerade die »Social Networks« böten die Möglichkeit, Studenten »nach bestimmten Kriterien […] zu filtern«. Bei »StudiVZ« könne man beispielsweise gezielt »nach der gewünschten politischen Richtung« suchen. Welche Richtung das ist, verriet die dazugehörige Bebilderung. Gezeigt wird die »StudiVZ«-Gruppe der neu-rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit«.

Anträge 2011

Neben dem Antrag zu rassistischen Auswahlkriterien für eine Mitgliedschaft in der DB lagen dem »Burschentag« 2011 weitere Anträge vor, die den politischen Charakter des Verbandes deutlich machen. So beantragte die »Akademische Burschenschaft Olympia Wien«, die Regierungen von Deutschland und Österreich sollten »die Diskriminierung der ansässigen deutschen Mehrheitsbevölkerung durch Zuwanderer aus fremden Kulturen in allen Lebensbereichen […] unterbinden«. Immer öfter würden, so glauben die Burschen, würden »Angehörige der deutschen Mehrheitsbevölkerung durch Zuwanderer [...] durch Beschimpfung, Mobben, Anwendung von körperlicher Gewalt in unerträglicher Weise behandelt […]. Dieser Zustand muß durch eine grundlegende Änderung der Gesetzeslage beseitigt werden.« ■

Immer noch aktuell: Spengler
Verehrung in der deutschen Rechten

Oswald Spengler, obwohl vor 75 Jahren verstorben, ist in der extremen Rechten, nicht nur in Deutschland, noch aktuell.

Von Volker Weiß

»Oswald Spengler, wir gedenken Deiner als einer der großen deutschen Denker«, mit diesen Worten würdigte Max Otte am 7. Mai 2011 auf dem Münchner Nordfriedhof den 1936 verstorbenen deutschen Populärphilosophen, der vor allem als Autor des »Untergangs des Abendlands« (1918/1922) und glühender Gegner der Weimarer Republik bekannt wurde. Vielleicht dreißig Personen waren auf Einladung des »Instituts für Staatspolitik« (IfS) am Grab Spenglers für eine kurze Gedenkfeier zusammengekommen. Die kurzfristig verschickten Einladungen zu der Zusammenkunft hatte Erik Lehnert unterzeichnet, seit 2008 gemeinsam mit Karlheinz Weißmann Leiter des derzeit umtriebigsten Think Tanks der extremen Rechten in Deutschland. Entsprechend erlesen präsentierte sich die Runde. Als Höhepunkt der Veranstaltung legte Erik Lehnert gemeinsam mit Martin Böcker (siehe S. 22 in vorliegender Ausgabe) einen Kranz an Spenglers Grab nieder: »Optimismus ist Feigheit«, verkündete die Schrift auf der Schleife.



^ Weißmann spricht, Börsianer lauscht: Max Otte (Bildmitte mit Einstecktuch)

Spengler-Verehrer Otte

Max Otte war wohl der prominenteste Teilnehmer dieses klandestin vorbereiteten und durchgeführten Treffens. Der Wirtschaftsprofessor, Unternehmer und »Börsianer des Jahres« 2009 und 2010 (»Börse Online«) wird von der so genannten Neuen Rechten als Krisentheoretiker geschätzt. Anfang Mai hatte er einen ausführlichen Nachruf auf Spengler in der »Jungen Freiheit« (JF, Nr. 19 v. 6.5.2011) publiziert. 2010 sprach er bei der »Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg« über das »Erfolgsmodell Schweiz«, der Verein führt ihn mittlerweile als Beirat. Politisch oszilliert Otte also zwischen den verschiedenen Spektren des Revisionismus. Der Öffentlichkeit ist der Euro-Gegner Otte vor allem als häufiger Gast in Rundfunk und Fernsehen bekannt. Ebenfalls im Mai diskutierte der Ökonom bei Anne Will die Frage »Riskiert die Regierung unser Geld?«. Auf dem Friedhof trat Otte als Grabredner auf, beim anschließenden Beisammensein in einem Restaurant in der Münchner Innenstadt waren er, Karlheinz Weißmann und Frank Lisson als Referenten für den inhaltlichen Teil zuständig. Noch am Grab betonte Karlheinz Weißmann den aktuellen Charakter von Spenglers Denken. Die Rede verdeutlichte, warum sein Werk bis heute von jenen herangezogen wird, die sich als letztes intellektuelles Bollwerk der deutschen Schicksalsgemeinschaft sehen: »Spengler ging es gerade nicht um Resignation, sondern es ging ihm um ein Standhalten. Es ging ihm darum, dass man in der entscheidenden Situation, in die man historisch gestellt ist, das tut, was notwendig ist. In dieser Hinsicht ist er, mit der Klarsichtigkeit seines Denkens und der Entschiedenheit, mit der er auch das formuliert hat, was unangenehm, was nicht gerne gehört wird, uns allen ein Vorbild.«

Den gleichen Tonfall vom Durchhalten in heroischer Pflichterfüllung schlug auch Max Otte an, der eines der wohl am meisten verbreiteten Spengler-Zitate bemühte: »Die Zeit lässt sich nicht umkehren. Es gibt keine weise Umkehr, keinen klugen Verzicht. Nur Träumer glauben an Auswege, Optimismus ist Feigheit. Wir sind in diese Zeit geboren und müssen tapfer den Weg zu Ende gehen, der uns bestimmt ist. Auf dem verlorenen Posten ausharren ohne Hoffnung, ohne Rettung, ist Pflicht. Ausharren wie jener römische Soldat, dessen Gebeine man vor einem Tor in Pompeji fand, weil man vergessen hatte ihn abzulösen. Das ist Größe, dieses ehrliche Ende ist das einzige, das man den Menschen nicht nehmen kann.« Das Gleichnis vom römischen Soldaten ist, wie auch die Losung »Optimismus ist Feigheit«, Spenglers Essay »Der Mensch und die Technik« (1932) entnommen. Es liefert eine der markantesten Selbstbeschreibungen des Lebensgefühls seiner heutigen Epigonen. Handelt es doch von der Unabdingbarkeit des Schicksals, das mannhaft zu tragen sei und gibt damit einem zentralen Motiv des »konservativ-revolutionären« Denkens Ausdruck. Allerdings hat Otte ein nicht unwesentliches Detail ausgelassen. Im Original endet das Zitat: »Das ist Größe, das heißt Rasse haben. Dieses ehrliche Ende ist das einzige, das man dem Menschen nicht nehmen kann.« Bereits im »Untergang des Abendlandes« hatte Spengler seinen Rassenbegriff als »Dauer der kosmisch-pflanzenhaften Lebensseite des Daseins« definiert, als »Zeugungen in einer engeren oder weiteren Landschaft fortkreisenden Blutes«. Spengler lebte im Glauben, dass sich das »Rassenschicksal« in der Geschichte offenbare. Seine Furcht galt der »farbigen Weltrevolution«, die gemeinsam mit der nivellierenden Kraft des Welthandels und den europäischen Unterschichten der weißen Elite ihre historische Führungsrolle rauben könnte. Da die rassistischen Züge von Spenglers Werk gerne von jenen unterschlagen werden, die ihn lediglich als bedeutenden Kulturphilosophen erinnern wollen, passt Ottes Auslassung ins Konzept der »Rettung« Spenglers.

Spengler-Verehrer Lisson

Wie ungebrochen die Spengler-Verehrung der deutschen Rechten bis heute ist, zeigen Veröffentlichungen aus den letzten Jahren. Vor allem das IfS ist bemüht, den Autor in die Gegenwart zurückzuholen: Im Mai 2005 erschien ein Sonderheft der »Sezession« zu Speng-

ler. Im gleichen Jahr publizierte der an der Feier beteiligte Frank Lisson das Büchlein »Oswald Spengler, Philosoph des Schicksals« in der Reihe »Perspektiven« der auf Schnellroda, Sitz des IfS, erscheinenden »Edition Antaios«. 2007 gab er Spenglers »Jahre der Entscheidung« mit einem Vorwort aus eigener Feder neu heraus. Auch Lisson zählt zu den Protagonisten der Szene, die Außenwirkung zu entfalten vermögen. Er war nicht nur Referent des IfS, sondern auch Autor mehrerer Features für den Deutschlandfunk und publizierte 2004 eine Nietzsche-Monographie bei dtv.

Spengler-Verehrer Bigalke

2009 wurde Spenglers Schrift über den »Neubau des Reiches« (1924) im thüringischen »Arnshaugk-Verlag« nachgedruckt. Als Herausgeber fungierte Daniel Bigalke, der ebenfalls als Autor von »Sezession« und der ähnlich gestrickten Schülerzeitung »Blaue Narzisse« in Erscheinung getreten ist. In »Neubau des Reiches« zeigt sich die besondere Anschlussfähigkeit Spenglers für die heutigen Attacken auf den Sozialstaat, greift doch Spenglers These vom »Steuerbolschewismus« heutigen Autoren wie Peter Sloterdijk oder Karl Heinz Bohrer vor. Ganz im Geiste Spenglers beklagt auch Bigalke, dass nichts anderes als die Demokratisierung Deutschlands zum Verlust der staatstragenden Tugenden geführt habe: »Harter Dienst, karge Bezahlung, sparsame Anerkennung – die gewissenhafte Leistung bei sparsamer Belohung, im Vertrauen, daß die ideelle Belohnung im Wirken für das Ganze liege, diese Haltung ist höchst schätzenswert. Revolution und Parlamentarismus haben auch diese Haltung des Deutschen vernichtet und den Staat zur Versorgungsanstalt werden lassen.« Den LeserInnen trägt Bigalke nicht ohne Pathos auf, sie mögen »aus dem Buch Anregungen für die Gegenwart entnehmen und dies mit tragischer Seele und rebellischem Herzen tun.«

Spengler-Verehrer Benoist

Dass nach diesem publizistischen Vorlauf 2011 für die »Neue Rechte« zum Spengler-Jahr wurde, ist ein grenzübergreifendes Phänomen. Die »Nouvelle Ecole«, ein Traditionsformat der französischen »Nouvelle Droite« unter der Ägide von Alain de Benoist, widmete ihre Doppelausgabe 2010/11 dem Denker der »Konservativen Revolution«. Auch Benoist, seit Jahrzehnten Spiritus Rector der intellektuellen Rechten, empfiehlt seinen französischen LeserInnen die Lektüre Spenglers zum Verständnis der Gegenwart. Neben den heroischen Inhalten birgt auch Spenglers Habitus Identifikationspotential. Den Notizen aus seinem Nachlass, die kürzlich von dem seriösen französischen Spengler-Forscher Gilbert Merlio herausgegeben wurden, lässt sich entnehmen, wie sehr Spengler von einem heute adoleszent erscheinenden Weltschmerz und Weltekel getragen wurde. Die autobiographischen Aufzeichnungen zeichnen einen schwer leidenden, zwanghaft distanzierten Mann, vereinsamt, todessüchtig und mit Angst vor Frauen, geflohen in sein eigenes geistiges Universum; ein wenig wie Nietzsche, dem er Zeit seines Lebens nacheiferte, ohne je an ihn heranzureichen.



Vorbild Spengler

Ohnehin traditionell im Kanon der deutschen Rechten beheimatet, ist Spengler also der passende Stichwortgeber für das Milieu um das IfS und die JF. Durch sein Hauptwerk »Der Untergang des Abendlandes« hatte er international Beachtung gefunden, schien es doch den Zeitgeist der Epoche nach dem Ersten Weltkrieg zu bannen. 1919 versuchte er zudem mit der Schrift »Preußentum und Sozialismus« das Konzept des autoritären Staates mit dem besonderen Auftrag Preußens in der Geschichte zu verschweißen. Die Attraktivität Spenglers für den theorieinteressierten Flügel der äußersten deutschen Rechten beruht aber vor allem auf einer Legende um seine letzte Publikation »Jahre der Entscheidung«. Dieser Text erschien Anfang des Jahres 1933 und gilt als Positionsbestimmung des Autors gegenüber dem Nationalsozialismus. Spengler schreibt im Vorwort, dass das Buch am 30. Januar, zum Zeitpunkt der Machtübergabe an Hitlers Kabinett, bereits bis Seite 106 gedruckt gewesen sei – das waren fast zwei Drittel des gesamten Textes. Eine Änderung sei aber nicht notwendig geworden, er schreibe »nicht für Monate oder das nächste Jahr, sondern für die Zukunft. Was richtig ist, kann durch ein Ereignis nicht aufgehoben werden.« Mit dieser Diagnose verweigerte er sich der Tendenz seiner Zeitgenossen, in Hitlers Kanzlerschaft bereits die nationale Erlösung zu sehen. Diese Zurückhaltung und der Umstand, dass Spengler sich dem lärmenden Siegestaumel des Januar 1933 entzog und mahnte, man könne die Regierung Hitlers erst an ihren Leistungen vor der Geschichte messen, haben eine Legende von einer Ablehnung des Nationalsozialismus durch Spengler begründet, die in den einschlägigen Kreisen bis heute gepflegt wird. Auch Max Otte behauptet in der JF, die »Jahre der Entscheidung« seien »zu Recht als ein Manifest des konservativen Widerstands« gelesen worden. Diese Auslegung entspringt jedoch einem gewollten Missverständnis. Spengler war viel zu sehr dem Gedanken einer völkergeschichtlichen Tiefenzeit verpflichtet, als dass ihn ein Regierungswechsel alleine umzustimmen vermochte. Er wollte warten, dass sich die neue Regierung vor der Zukunft beweise, vor allem außenpolitische Fakten geschaffen sehen, die dem Reich wieder zu seinem imperialen Glanz verhelfen sollten. Spengler verdächtigte Hitler schlicht der mangelnden Radikalität. Seine Freude über die Abschaffung der Weimarer Republik hatte er bereits in den ersten Sätzen des Buches deutlich zum Ausdruck gebracht: »Niemand konnte die nationale Umwälzung dieses Jahres mehr herbeigesehnt haben als ich. Ich habe die schmutzige Revolution von 1918 vom ersten Tage an gehasst, als den Verrat des minderwertigen Volkes an dem starken, unverbrauchten, der 1914 aufgestanden war, weil es eine Zukunft haben konnte und wollte. Alles, was ich seitdem über Politik schrieb, war gegen die Mächte gerichtet, die sich auf dem Berg unseres Elends und Unglücks mit Hilfe unserer Feinde verschanzt hatten, um diese Zukunft unmöglich zu machen. Jede Zeile sollte zu ihrem Sturz beitragen und ich hoffe, daß das der Fall gewesen ist.« Sicher gehörte Spengler zu den zentralen nationalistischen Autoren, die zum Fall Weimars beigetragen haben. Richtig ist auch, dass Spengler kein Parteigänger Hitlers war und Avancen der Nationalsozialisten ablehnend beschied. Stattdessen setzte er schon sehr lange auf den italienischen Faschismus, sah in Mussolini die Verkörperung des von ihm erhofften »Cäsaren«. So bleibt von der Widerstands-Legende um Spengler nichts übrig.

Alte »Neue Rechte«

Vor allem die JF hat sich in den letzten Jahren viel Mühe gegeben, der Öffentlichkeit ihren Abschied vom radikalen Erbe des völkischen Nationalismus zu verkaufen. Erfolgreich klagte sie sich aus dem »Verfassungsschutzbericht« Nordrhein-Westfalens. Mithilfe ihr gewogener Publizisten und breiter Werbekampagnen gelang es ihr, sich der Öffentlichkeit als »nur konservativ« darzustellen. Der Aufmarsch namhafter Protagonisten von IfS und JF an Spenglers Grab zeugt jedoch von einer anderen Realität. Denn wer sich auf Spengler bezieht, hat diesen Rahmen längst verlassen. Der vorgeblich harmlose Konservatismus des »neu rechten« Milieus ist nach wie vor eine Täuschung. Noch immer orientiert man sich dort an den Schlüsseltheoretikern des deutschen Nationalismus und Hauptfeinden der Weimarer Republik. ■

Rechtsum im »Institut für Staatspolitik«

Der Münchener Martin Böcker

Der Münchener »Institut für Staatspolitik«-Autor Martin Böcker ist in »neu rechten« Netzwerken aktiv. Seiner Bundeswehr-Karriere hat es bisher nicht geschadet.

Von Robert Andreasch

Ob beim Sommerfest der »neu rechten« Wochenzeitschrift »Junge Freiheit« (JF) im Berliner Wasserwerk am Hohenzollerndamm, ob in Ausgaben der Zeitschrift »Sezession«, des »Instituts für Staatspolitik« (IfS), in Print- und Online-Kolumnen für die JF oder in e-Mails an AntifaschistInnen: Der Münchener Martin Böcker versucht sich derzeit als »neu rechter« Aktivist in die Öffentlichkeit zu drängen. Im Mai 2011 auf dem Münchner Nordfriedhof war es ebenfalls Böcker, der neben IfS-Geschäftsführer Erik Lehnert den Aufmarsch extrem rechter Aktivisten am Grab von Oswald Spengler anführte (Foto: Seite 20 Kranzträger, links).

In einer von ihm verantworteten »Sezession«-Interviewausgabe im Dezember 2009 hatte der aus dem Ruhrgebiet stammende Martin Böcker noch geschrieben, es sei »erst zwei, drei Jahre her, dass ich Wind von den Neurechten bekommen habe«. Wenig kreativ war damals die Auswahl seiner Gesprächspartner: Götz Kubitschek, Erik Lehnert, Martin Lichtmesz und Karlheinz Weißmann. Auf seinem eigenen Online-Portal »Das Gespräch« ergänzte Böcker diese Interviews noch durch reichlich belangloses Geplauder mit unter anderem Dieter Stein, Matthias Brodkorb und einigen anderen sich wichtig ausnehmenden Zeitgenossen. Böckers eigene Artikel sind rassistisch oder homophob grundiert: »Der allem Schwulen entgegengebrachte Ekel resultiert schließlich aus dem instinktiven Wissen, dass die Umkehrung des Normalen nicht mehr bloß Verfallserscheinung, sondern bereits Untergang bedeutet«, schreibt er auf seiner Homepage.

Die Inszenierung als eine Art zweiter Götz Kubitschek mag Böckers Selbstwahrnehmung entsprechen. Tatsächlich bleibt er jedoch selbst noch neben Kubitschek und dem kleinen, selbstreferenziellen Aktivistenkarussell aus den Kreisen von IfS, »Sezession«, »Blaue Narzisse« und JF erstaunlich blass. Eines hat Böcker freilich mit Kubitschek gemeinsam: Jener war, was Böcker noch ist: Soldat, das heißt genauer studierender Offizier an der Universität der Bundeswehr (Fachbereich Staats- und Sozialwissenschaften) in Neubiberg bei München. Zusammen mit Leutnant zur See Felix Springer (Autor für »Sezession« und JF) und Leutnant zur See Larsen Kempf (Autor in JF und »Blaue Narzisse«) bildet Böcker den Kern der Münchner IfS-Aktivisten. Das rechte Trio stellt keine Ausnahme auf dem Bundeswehr-Campus dar: Ein größerer Trupp von Soldaten/Studierenden der Bundeswehruniversität besucht zusammen mit Burschenschaftern regelmäßig rechte Veranstaltungen in München, ob von der »Bürgerbewegung Pax Europa« oder beispielsweise von »Politically Incorrect«. ■

»Fremde Täter«

Projekt »Deutsche als Opfer«

Unter dem Titel »Deutsche Opfer, Fremde Täter« haben Vertreter der »Neuen Rechten« ein rassistisches Buch und eine Website veröffentlicht, mit denen Gewalt gegen »Deutsche« dokumentiert werden soll. Vom Staat fordern sie die »Rückführung« von MigrantInnen.

Von Ernst Kovahl

»Heute, 10.00 Uhr, haben wir ein neues Internet-Projekt ins Netz gestellt: deutscheopfer.de ist die Online-Chronik zum Buch ›Deutsche Opfer, fremde Täter‹, das am Vormittag aus der Druckerei bei uns angeliefert wurde« schreibt Verleger Götz Kubitschek am 29. Juni 2011 auf der Website der «neu-rechten« Zeitschrift »Sezession«. Das Buch hat er mit Michael Paulwitz geschrieben und im eigenen Verlag, der »Edition Antaios«, veröffentlicht. Redakteur der Web-Chronik ist Felix Menzel vom »neu-rechten« Zeitungsprojekt »Blaue Narzisse«.

Auf 272 Seiten geht es um »die Alltagsaggressivität von Ausländern und Neudeutschen mit Migrationshintergrund, um die Eskalation der Gewalt bei nichtigem Anlass, um die selbstbewusst vorgetragene Deutschenfeindlichkeit vor allem muslimischer Einwanderer, kurz: um unverdaute Zuwanderung, die in ihrer Konsequenz aus Deutschen Opfer im eigenen Land macht«, wie Kubitschek schreibt. Eine langatmige Abrechnung mit »Multikulturalismus« sowie furchtgetränkte Zeilen über einen »Bürgerkrieg gegen das eigene Volk« werden von den beiden Autoren als »Theorieteil« angepriesen. In einer »Auswahlchronik« werden »mehrere hundert Fälle« von Gewalt gegen »Deutsche« gesammelt und auf der Website die »Opfer« auf einer Karte mit bunten Stecknadeln markiert.

»15 Thesen für den Beginn einer Debatte« schließen das Buch ab. Offen rassistisch warnen die Autoren vor »Massenzustrom«, »Überfremdung«, »Landnahme« durch MigrantInnen und den »Dekadenzverlockungen der modernen, liberalen Massengesellschaft«: »Deutschland steht, städtisch punktuell sowie in manchen Westregionen flächendeckend, vor der Gefahr, keine deutsche Zukunft mehr zu haben.« Ebenso gehe es »den anderen weißen Völkern und Nationen«. Doch Deutschland sei »aufgrund seiner Niederlage und eines zunächst implementierten, dann übernommenen Schuldstolzes in einer extrem schwachen Verteidigungsposition«. Kubitschek und Paulwitz schlagen Maßnahmen vor, die den Forderungen der NPD nicht nachstehen: »Rückführung nichtintegrierter Einwanderer staatlicherseits ist machbar […]. Das kann über Rückreiseanreize, staatlichen Druck, harte Kriterien wie Sozialhilfeabhängigkeit oder Spracherwerb und so weiter betrieben werden. […] Wir oder Nicht-Wir, das ist […] der Maßstab.« Im Juli gehen Kubitschek und Paulwitz auf Lesereise. Am 15. Juli in Hamburg bei der »Landsmannschaft Mecklenburgia« und am 16. Juli beim »Berliner Kolleg« des »Instituts für Staatspolitik«. ■

Frischer Wind?

Das »Studienzentrum Weikersheim« mit neuem Vorsitz

Am einstigen Feiertag, dem 17. Juni, wählte das »Studienzentrum Weikersheim« Harald Seubert zum neuen Vorsitzenden. Er soll dem konservativen Think-Tank zu neuem Glanz verhelfen.

Von Jana Bleibrecht

Vor 32 Jahren, im Jahre 1979, wurde das »Studienzentrum Weikersheim e. V.« (SZW) auf Schloss Weikersheim gegründet. Der Akt geht auf die Initiative des ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Prof. Dr. Hans Filbinger zurück, der dem Verein bis 1997 vorstand. Ihm folgten Prof. Dr. Freiherr von Stetten, 2001 Prof. Dr. Klaus Hornung, 2005 Prof. Dr. Bernhard Friedmann und 2008 Bernhard von Diemer – alle Mitglied der CDU, versteht sich das SZW doch als konservative Denkfabrik, die von rechts auf die Union einwirken will. Immer wieder wurden auch Referenten geladen, die politisch jenseits der C-Parteien zu verorten sind. Das trug dem Zentrum den Ruf ein, Scharnier zwischen dem konservativen und extrem rechten Spektrum zu sein. Doch spätestens nach dem Tod des ehemaligen NS-Marinerichters Filbinger 2007 verlor das Studienzentrum an Bedeutung. Nahmen in früheren Zeiten noch mehrere hundert TeilnehmerInnen am Jahreskongress teil, waren es 2011 gerade noch um die 50, die sich zum Thema »Freiheitlich-konservative Politik in Deutschland heute« versammelten.

Jung …

Bereits durch sein Alter sticht Harald Seubert aus der Runde der bisherigen Vorsitzenden heraus. Bei seiner Wahl zum neuen Vorsitzenden des Studienzentrums am 17. Juni 2011 im Rahmen der Mitgliederversammlung zu Beginn des Jahreskongresses, war er gerade mal 44 Jahre alt. Ob der gebürtige Franke Mitglied in einer C-Partei ist, darüber kann spekuliert werden, öffentlich bekannt ist es nicht. Seubert ist studierter Philosoph und lehrt an verschiedenen Universitäten. Bereits im letzten Jahr, am 6. März 2010 wurde er zum neuen Präsidenten des »Preußeninstituts« gewählt als Nachfolger von Wolfgang Stribrny.

… und gut vernetzt

Was Seubert für das SZW prädestiniert ist wohl seine weitreichende Vernetzung im rechten bis extrem rechten Milieu, davon zeugt beispielsweise seine rege Vortragstätigkeit: Auf der 60-Jahr-Feier der »Preußischen Allgemeinen« letztes



Jahr in Berlin hielt er den Festvortrag und auch auf dem Sommerfest der »Jungen Freiheit« (JF) oblag ihm die Ehre der Rede. Gleichwohl referierte er schon bei »Jung Weikersheim«, der »Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft« (SWG), bei »Die Wende. Aktion zur geistig-kulturellen Erneuerung Deutschlands aus seinen christlichen Wurzeln«, dem »Institut für Staatspolitik« (IfS) und bei Burschenschaften wie »Berliner Burschenschaft der Märker« (Berlin), »Frankonia« (Erlangen) und »Normannia-Nibelungen« (Bielefeld). Ergänzend kann dabei seine publizistische Arbeit angeführt werden, insbesondere die Mitherausgeberschaft von Festschriften für Michael Stürmer zu dessen 65. Geburtstag und für Günter Rohrmoser zu dessen 80. Geburtstag. Für sie konnten politische Schwergewichte wie Wolfgang Schäuble, Edmund Stoiber, Günther Beckstein, Kurt Biedenkopf und Klaus von Dohnanyi gewonnen werden. Dazwischen aber auch Autoren wie Wjatscheslaw Daschitschew, Autor der »National-zeitung« und Vorstandsmitglied der rechtsradikalen »Stiftung Kontinent Europa«.

Konservatives Schwergewicht

Doch nicht Stürmer, einst politischer Berater von Bundeskanzler Kohl, sondern Rohrmoser verdankt Seubert wohl am meisten. Der Sozialphilosoph, der 2008 im Alter von 80 Jahren verstarb, galt ihm als »aufrechter Konservativer«. Sein Erbe tritt Seubert an. Der Klappentext des im »Resch«-Verlag veröffentlichten jüngsten Werks Seuberts, »Jenseits von Sozialismus und Liberalismus«, weist selbigen als einen der »maßgeblichen liberal konservativen Denker der jüngeren Generation« aus. Doch dem folgen wohl nur jene, für die Merkel, Blüm, Geißler und Süssmuth keine Konservativen mehr sind. Wie auch Rohrmoser beklagt er den zersetzenden »Geist von 1968«, verantwortlich für den Niedergang der Universitäten, Sexualmoral, das Totschweigen ‹unerwünschter Meinungen› und die mangelnde historische Unterscheidung zwischen Konservativismus und Faschismus. Doch im Mittelpunkt seines Buches steht die Rückkehr beziehungsweise das Werben für eine stärkere christliche Ausrichtung. Wie schon sein Mentor: »Günter Rohrmoser hielt es […] für die entscheidende Überlebensfrage zur Erneuerung unserer Kultur im 21. Jahrhundert, dass wir die christliche Frage wieder wachrufen«. Das gelte nach innen, aber auch nach außen, »als öffentliche Macht, muss dieser Glaube wieder zutage treten«. Davon ausgehend eröffnet Seubert neue Horizonte: »Man kann sich ausmalen, was dies bedeuten würde für Integrationspolitik, Familien-Gender-Politik, für den Gemeinsinn, für die Substanz der politischen Auseinandersetzung aber auch für das universitäre, kulturelle geistige Leben, welche Regeneration davon ausginge.« Diese christliche Positionierung erklärt, warum er in verschiedenen Publikationen des christlich-fundamentalistischen Spektrums mitwirkt.

Neubeginn?

Die nächsten Monate, spätestens der SZW-Jahreskongress 2012, werden zeigen, ob und gegebenenfalls wie Seubert zur Profilbildung des Studienzentrum beiträgt. Interessant wird dabei auch, wie er mit »neu-rechten« Kräften umzugehen gedenkt. Denn in seinem neuen Buch schreibt er auch, dass »das hoch gefährliche Gemisch der ‹konservativen Revolution› der Zwischenkriegszeit, das Hitler teilweise noch überbieten wollte, […] als Zukunftspotenz kaum noch zu retten« sei. Die JF als auch das IfS dürfte das wohl kaum goutieren, versuchen sie doch eben dies. Gleichwohl hat Seubert das bisher nicht daran gehindert, bei beiden zu referieren beziehungsweise zu schreiben. ■

Homosexualität im Visier des Rechtspopulismus

Kampf gegen Homophobie?

Bis auf weiteres ungeklärt. So könnte man das Verhältnis des Rechtspopulismus zu Homosexualität umschreiben. Im Kampf gegen den Islam werden Homosexuelle zwar als Opfer von Gewalt instrumentalisiert, doch bleibt Homophobie zentraler Bestandteil rechtspopulistischer Ideologie.

Von Yves Müller

Die bisher bekannte Haltung: Wer sich die homophoben Verlautbarungen der fundamentalistischen Gruppe »Christen pro Köln« ansieht, findet die Bestätigung. Anlässlich des Welt-AIDS-Tages 2008 mutmaßte man über den »möglichen Zusammenhang« einer hohen Infektionsrate in Köln mit der angeblich ausufernden Förderung von Homosexuellen in der Domstadt. Derlei Angriffe auf Homosexuelle sind keine Ausrutscher, sondern gehören vor jedem Christopher Street Day (CSD) zum politischen Programm, garniert mit antimuslimischer Hetze.

Umso mehr wundert, dass mit Michael Gabel ein Vertreter von »Pro Köln« in der Stadtarbeitsgemeinschaft »Lesben, Schwule und Transgender« sitzt und in dieser Funktion den rechtspopulistischen »Marsch für die Freiheit« vom 7. Mai 2011 unterstützt hat.

Rechtspopulistische Kräfte versuchen immer wieder – das Beispiel zeigt es –, sich als Sprachrohr von Schwulen und Lesben in Szene zu setzen. Homosexuelle werden zu bloßen Opfern migrantischer Jugendlicher degradiert und einzig in dieser Rolle wahrgenommen. Dass es RechtspopulistInnen nicht um die Rechte Homosexueller geht, wird klar, wenn sie sich über Moral und Werte äußern und ihrem konservativen Weltbild frönen. Der Konflikt ist vorprogrammiert.

»Pro Berlin« zerlegt sich

Welche Spaltungskraft das Thema Homosexualität für den Rechtspopulismus hat, zeigt das Personalkarussell beim Berliner Ableger von »Pro«: Nach nur einmonatiger Amtszeit trat der millionenschwere und ebenso egozentrische Patrik Brinkmann vom Amt des Landesvorsitzenden zurück, weil er die Kandidatur Alexander Schlesingers für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Herbst 2011 nicht akzeptieren wollte. Der Grund: Schlesinger sei ein Antisemit – und schwul. Während die erste Begründung vorgeschoben zu sein scheint – auch andere »Pro«-Kader äußerten sich noch vor nicht allzu langer Zeit antisemitisch –, stellt die homosexuelle Lebensweise Schlesingers für den moralisierenden Christen Brinkmann ein weittragendes Problem dar, denn »jede Art von Dekadenz« sei abzulehnen. Schlesinger selbst hielt sich nur wenige Wochen länger und trat Mitte Mai bei »Pro« aus. Er begründete dies mit dem »kleinstädtisch beschränkten Erlebnishorizont« des Brinkmann-Nachfolgers und neuen Landesvorsitzenden Lars Seidensticker und bedauerte, dass sich »Pro« damit die Gunst vieler Homosexueller in Berlin verspielt habe.

Dabei mag Schlesinger gar nicht das rechte Bild des »verweiblichten« Schwulen erfüllen. In dem Dokumentarfilm »Männer, Helden, schwule Nazis« erklärte er einst: »Ich persönlich bin ein sehr intoleranter Schwuler. Ich kann mit diesen Tatütata-Huschen überhaupt nichts anfangen. [...] Ich bin ja nicht schwul geworden, um auf so was Feminines abzufahren. Ich bin schwul geworden, um auf Kerle zu stehen.« Zuletzt wandte sich Schlesinger gegen die Mobilisierung schwul-lesbischer Organisationen anlässlich des Papst-Besuches im September 2011. Er wolle »allen Schwulen und Lesben ans Herz legen, sich nicht an dieser Frechheit zu beteiligen« und sich nicht »für die rotgrünen Gutmenschenträume« missbrauchen zu lassen. Statt gegen den Katholizismus müsse gegen den Islam – »die größte Bedrohung für unsere tolerante und freie Lebensweise seit dem Nationalsozialismus« – vorgegangen werden.



^ Patrik Brinkmann und seine Bibel

»Die Freiheit« gegen »Schwulenhass«

Den Kampf gegen Homophobie hat sich auch »Die Freiheit« auf die Fahnen geschrieben und den Gegner ausgemacht: Angriffe auf Schwule und Lesben würden nämlich ausschließlich von Muslimen verübt, bestimmte Gegenden seien »No-Go-Areas«. Diese Exklusion von Homophobie auf den »Anderen« ist rassistisch und homophob zugleich, wird doch der gesellschaftliche Normalzustand auf ganz bestimmte ethnisch und religiös definierte Gruppen ausgelagert. Die »Arbeitsgruppe ‹Schwul/Lesbische Bürgerrechte›« der Stadtkewitz-Partei stellt dabei klar, dass es ihr nicht um die Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben geht: »Man muss nicht für eine Gleichstellung homosexueller Partnerschaften mit der Ehe sein oder die Adoption von Kindern durch homosexuelle Paare befürworten, um dafür zu kämpfen, dass niemandem Gewalt wegen seiner sexuellen Orientierung angetan werden darf.« Auch »an dem frivolen Christopher Street Day« beteilige sich »Die Freiheit« nicht, dürfe doch öffentlicher Raum nicht sexualisiert werden. Trotzdem wolle die Gruppe »besonders in der schwulen Community« für ihre Ziele werben und trete für »ständige Polizeipräsenz« und »harte Bestrafung« homophob motivierter Gewalt ein.

Schwul und stark

Wie in der Neonaziszene gibt es auch im Rechtspopulismus schwule Männer. Die Abgrenzungen zu empfundener Unmännlichkeit, Schwäche und femininen Attitüden bei rechten Schwulen sind zentral in der Reflexion ihres eigenen Begehrens. Homosexualität wird mit Hilfe von Hypermaskulinität legitimiert. Eigenes mann-männliches Begehren oder Praxis nehmen so nicht den eigenen Standpunkt zu Homosexualität vorweg. Die vermeintliche »Toleranz« rechtspopulistischer Akteure gegenüber Schwulen und Lesben sollte jedoch nicht mit Akzeptanz gegenüber Homosexualität an sich verwechselt werden. Gerade männliche Homosexualität scheint das Ideal einer hegemonialen Männlichkeit, die heteronormativ, stark und erfolgreich ist, zu unterlaufen und bleibt ans unterste Ende der männlichen Hierarchie verbannt. Wer schwul ist und in rechtspopulistischen Kreisen bestehen möchte, muss ideologische Widersprüche ausgleichen, darf die heterosexuelle Matrix nicht infrage stellen und hat seine Stärke und Männlichkeit stets aufs Neue unter Beweis zu stellen. ■

Pfingsten in Leipzig

Das »Wave-Gotik-Treffen« 2011



Zum 20. Mal fand an Pfingsten in Leipzig das »Wave-Gotik-Treffen« als populärstes Treffen der »Schwarzen Szene« statt. Die Geschichte des WGT geht jedoch einher mit der Normalisierung eines rechten und neofaschistischen Flügels in einer Subkultur, die sich vehement abseits des Mainstream verortet und die in weiten Teilen ebenso vehement darauf beharrt, unpolitisch zu sein.

Von Sandra Herold

Rechte Fans, Symbole und Bands sind seit Jahren fester Bestandteil des »Wave-Gotik-Treffens« (WGT). Zwei Vorfälle sorgten in der Vergangenheit für größere Skandale: Im Jahr 2000 trat die extrem rechte Formation »Von Thronstahl« auf der Parkbühne im Clara-Zetkin-Park auf, ohne ihren Frontmann Josef Klumb, das hatte die Stadt Leipzig verboten. Die Band präsentierte sich auf der Bühne in martialischer Pose und Fahnen mit dem Emblem der »Schwarzen Sonne«. Diese sorgte 2009 erneut für Wirbel, als der Veranstalter diese auf der Zeltplatzkarte (»Obsorgekarte«) abdruckte. Kritisiert wird seit Jahren auch, dass dieses Symbol an vielen Ständen auf dem Gelände erhältlich ist, dass Bands vom rechten Rand der Szene alljährlich ein Podium bekommen auf dem WGT, und dass der extrem rechte »Verlag und Agentur Werner Symanek« (VAWS) seit Jahren mit einem Verkaufsstand präsent ist.

Nur Reine im Reinen

Bereits im Vorfeld zum Jubiläums-WGT »provozierte« der Veranstalter, die »Treffen & Festspielgesellschaft für Mitteldeutschland mbH« mit Sitz in Chemnitz, erneut. Auf der offiziellen Internetseite wurde mit einem Zitat des französischen Nationalisten Ernest Renan geworben: »Vernunft und Wissenschaft sind Erzeugnisse der Menschheit, aber die Vernunft unmittelbar dem Volke beizulegen und sie inmitten dieses Volkes zu realisieren – das ist eine Chimäre.« Nachdem dies von einigen WGT-Anhängern kritisiert wurde, ergänzten die Veranstalter das Zitat mit folgenden Sätzen: »Es gehört nicht zum Wesen der Ironie, von allen verstanden zu werden. Ein Narr sieht nicht denselben Baum, den ein Weiser sieht. Denn nur dem Reinen offenbart sich das Reine.« Damit erteilten sie zum wiederholten Mal allen Kritikern ihrer subtilen Kulturpolitik eine Absage.

Rechte und verbotene Symbole

In einem auf den Veranstaltungen überall aushängenden »Auszug aus den Allgemeinen Geschäftsbedingungen« ist unter Punkt 3 zu lesen: »Das Tragen und Zeigen von verfassungsfeindlichen Symbolen ist untersagt. Bei Zuwiderhandlung erfolgt der sofortige Ausschluss aus der Veranstaltung.« Als ernstgemeinte Absage an derartige Zeichen oder gar an die dahinter stehende Ideologie ist das jedoch nicht zu verstehen. Beispielsweise ist die »Sigrune« als Organisationskennzeichen der Hitlerjugend bzw. in doppelter Form als Organisationskennzeichen der »Schutzstaffel« (SS) verboten. An mehreren Verkaufsständen wurde sie jedoch scheinbar willkürlich mal als Zeichen für »Gesundheit und Vitalität«, mal als »Erfolg und Wille« und mal als »Individualität und Wege zum Glück« angeboten. Auch Besucher in SS-Uniformen beziehungsweise von der SS inspirierte Aufmachung waren keine Einzelfälle, teilweise wurde nicht einmal der SS-Totenkopf entfernt.



Auch in diesem Jahr war der VAWS in der großen Markthalle zu finden. Symanek achtet an seinem WGT-Stand darauf, keine sichtbaren politischen Angebote zu machen und beschränkt sich auf »Von-Thronstahl«-Merchandising und Esoterik. Währenddessen bot der Augsburger »Skullline«-Versand zumindest Aufnäher der »Schwarzen Sonne« als sichtbares Zeichen einer politischen Positionierung. Ein Blick auf seine Internetseite zeigt, dass der Versand sämtliche politisch einschlägigen Szenekünstler im Angebot hat. Das Symbol der »Schwarzen Sonne«, welches ebenfalls für die SS kreiert wurde, wurde wie bereits in den vergangenen Jahren an mehreren Verkaufsständen neben Thorshämmern, Triskelen, »Eisernen Kreuzen« und Pentagrammen offeriert.

Neofolk und Dark Ambient

Auch musikalisch standen in diesem Jahr wieder zahlreiche Bands und Projekte auf dem Programm, die sich aus mehr oder weniger gutem Grund auch in (extrem) rechten Kreisen großer Beliebtheit erfreuen, wie Tony Wakeford und Andrew King, das schwedische Darkwave-Projekt »Sophia« oder die ungarischen Neofolk-Bands »Cawatana« und »Larrnakh«. Aber auch der Dark-Ambient-Bereich mit Projekten wie »Inade« zieht überproportional viel rechtes Publikum an. Oft verwischen die Grenzen zwischen provokativer Kunst und Politik, wie das auch bei dem bayerischen Künstler Rudolf Ratzinger alias »Wumpscut« der Fall ist, der im »Darkflower« zu Autogrammen und Plauderstunde einlud. Ratzinger nutzt in seinen Stücken unter anderem Samples aus Hitler- und Goebbels-Reden und arbeitete in der Vergangenheit mit der österreichischen Band »Der Blutharsch« zusammen. Es entspricht dem elitären Dünkel der Szene, sich weder zu erklären noch politische Verantwortung zu übernehmen.

Beliebt

Beliebt heißt, dass Aktivisten aus dem neonazistischen Spektrum mittlerweile zu den regelmäßigen Besuchern des Festivals zählen. »Größen« wie die sächsischen NPD-Landtagsabgeordneten Arne Schimmer und Jürgen Gansel sind bekennende WGT-Fans, ebenso wie der extrem rechte Publizist und Rechtsanwalt Björn Clemens. Erneut genossen sie dieses Jahr, inmitten von Grufties, Heiden-Metallern und Burschenschaftern, das Programm im »Heidnischen Dorf«. Schimmer gab sich keine Mühe, seine politische Einstellung zu verbergen. Er trug T-Shirts der extrem rechten Darkwave Band »Forthcoming Fire« und der NS-Hardcore-Band »Brainwash« (Foto: mit Zylinder Clemens, daneben Schimmer). Auch der sächsische JN-Landesvorsitzende Tommy Naumann und weitere aktive Neonazis waren als Besucher auf verschiedenen Veranstaltungen des diesjährigen WGT. Die romantisierenden Darstellungen von Mittelalter und Heidentum finden als Gegensatz zur modernen Gesellschaft in neonazistischen Kreisen großen Anklang. ■

Politik-Beratung

Ein Porträt des »Jahrbuch Extremismus & Demokratie«

Seit 1989 erscheint das »Jahrbuch Extremismus & Demokratie«. Die staatlich subventionierte Publikation um die Wissenschaftler Uwe Backes und Eckhard Jesse hat sich über die Jahre zum einflussreichen »Think tank« der Extremismus-Theorie gemausert.

Von Ernst Kovahl

»Bei aller angestrebten wissenschaftlichen Fundiertheit will das Jahrbuch auch umfassende Informationen und Impulse für den Praktiker (Politiker, Ministerialbeamte, Sicherheitskräfte, Pädagogen usw.) anbieten«, machten Uwe Backes und Eckhard Jesse im Editorial der ersten Ausgabe (1/1989) ihres »Jahrbuches Extremismus & Demokratie« klar, worum es ihnen geht. Praktische Politik, das war und ist das Ziel der beiden Herausgeber und der publizistische Auftrag von Anfang an. Bis 1994 erschienen die Hefte im Bonner »Bouvier Verlag«, heute hat der renommierte Wissenschaftsverlag »Nomos« die »Jahrbücher« im Programm.

Politische Karriere

Bei der Gründung 1989 waren die beiden prägenden Köpfe des »Jahrbuches« im Betrieb der Politikwissenschaft noch unbekannt. Backes war Akademischer Rat an der Universität Bayreuth, Jesse Hochschulassistent an der Universität Trier. In den folgenden Jahren bauten sie ihre wissenschaftliche und publizistische Karriere mit dem Thema »Politischer Extremismus« auf. Den Antrieb zur Gründung beschrieben sie in der ersten Ausgabe wie folgt: »Obgleich der Problematik des politischen Extremismus existentielle Bedeutung zukommt, ist die politik- und humanwissenschaftliche Forschung ihr vielfach ausgewichen. Das Jahrbuch Extremismus & Demokratie will die wissenschaftliche Beschäftigung mit diesem Themenkreis fördern. Dabei sollen extremistische Phänomene umfassend und keineswegs nur im Hinblick auf den Gefahrenaspekt erforscht werden« (1/1989). Den Stand der Forschung zum Thema hatten Backes / Jesse zwei Jahre zuvor in einem Aufsatz zusammengetragen (»Extremismusforschung – ein Stiefkind der Politikwissenschaft«, in: Wolfgang Michalka (Hg.), Extremismus und streitbare Demokratie, Stuttgart 1987). Sie beklagten das Fehlen einer vergleichenden »Extremismusforschung«. Dennoch legten sie in ihrer neuen Publikation den Schwerpunkt auf »politischen Extremismus in der Bundesrepublik«. Internationale Aspekte – eine mögliche Grundlage für vergleichende Analysen – nehmen in den »Jahrbüchern« nur wenig Platz ein. »Im Zentrum« stehen »extremistische Parteien […] - die Vielfalt nicht parteilich organisierter und verfestigter Extremismen wird (mit Ausnahme des Terrorismus) weitgehend ausgeblendet«, erklären Backes / Jesse.

Auffällig ist der breite Raum, den Rezensionen von Büchern und Zeitschriftenaufsätzen einnehmen. War dies anfänglich offenbar eine Notlösung, um über die eigenen Defizite in Forschung und Theorie hinweg zu helfen und sich das Feld der thematischen Literatur erst einmal zu erschließen, hat sich die kontinuierliche Kommentierung der Literatur – und somit der AutorInnen und ihrer Thesen – durch die Brille der Extremismustheorie als taugliches Mittel erwiesen, um wissenschaftliche Noten zu verteilen und Texte für das eigene Zitier-Kartell zu empfehlen.

Vernebelnde Begriffe

Eine theoretische Bestimmung des Begriffs des »politischen Extremismus« suchte man in dem »Jahrbuch« zu Anfang vergeblich. Stattdessen wurden »extremistische« Organisationen, Strömungen und Parteien rein deskriptiv behandelt und mit dem Etikett des »Extremismus« versehen. Erst in der vierten Ausgabe (4/1992) wurde das Thema dann erstmals theoretisch behandelt. Backes und Jesse schrieben zu »Totalitarismus und Totalitarismusforschung. Zur Renaissance einer lange tabuisierten Konzeption« und Armin Pfahl-Traughber, der wenig später beim Verfassungsschutz anheuerte, befasste sich mit dem »Extremismusbegriff in der politikwissenschaftlichen Diskussion«. Dabei war der Text von Backes / Jesse nur ein langatmiges Plädoyer für den Begriff des »Totalitarismus« und das Abgrasen wissenschaftlicher Literatur nach Referenzen. Pfahl-Traughber wird konkreter und bemüht sich sogar um eine vorsichtige Abgrenzung zu Backes / Jesse. Bei ihm wird schon damals jene »moderne« Strömung von Extremismus-Theoretikern und Verfassungsschützern deutlich, die in den letzten Jahren vermehrt erkennbar wird. Sie, die »diskursiven Spitzel«, setzen auf Methoden und Erkenntnisse der modernen Sozialwissenschaften, auf Diskurs statt offensichtlicher Repression und bemühen sich um Wissenschaftlichkeit (s. DRR Nr. 127). Pfahl-Traughber kritisierte im »Jahrbuch« eine »Begriffs- oder Sprachverwirrung«, die »den Extremismusbegriff in dieser Form nicht als politikwissenschaftlich brauchbaren Terminus erscheinen lässt«. Er setzt sich sogar mit dem Vorwurf der »Gleichsetzung« von Links und Rechts durch die Begriffe des »Extremismus« und des »Radikalismus« auseinander. Dennoch setzt er auf »Extremismus«. Um aber dafür Akzeptanz zu gewinnen, seien klare Definitionen nötig, müssten vergleichende Untersuchungen »gemeinsame Strukturmerkmale extremistischer Doktrinen« herausarbeiten und »Instrumentalisierung« sei im tagespolitischen Geschäft zu vermeiden. Doch auch in den Folgejahren waren theoretische Texte in den »Jahrbüchern« Mangelware. Das einmal ausgearbeitete Konzept der »Extremismus-Theorie« von Backes / Jesse ist bis heute das unhinterfragbare Erklärungsmuster und Analyseraster. 1997 erschien dann wieder einmal ein theoretischer Aufsatz (»Die Rechts-Links-Unterscheidung. Betrachtungen zu ihrer Geschichte, Logik, Leistungsfähigkeit und Problematik«). Darin gestehen Backes / Jesse ein, es gebe »gewisse Unterschiede zwischen rechts und links«, das seien jedoch »nur noch Nuancen«. Statt genau zu unterscheiden, wollen sie sagen, »was wir nicht wollen«. Die Begriffe »Links« und »Rechts« seien »mehr vernebelnde als erhellende Begriffe«. Und so wird die extrem rechte Zeitschrift »Wir selbst« im »Jahrbuch« später als zugleich »links« und »rechts« beschrieben (11/1999).

Nähe zur Rechten

Seit Beginn ihrer Karriere fällt die Nähe von Backes und Jesse zur Rechten auf. 1990 gaben sie mit dem »neu rechten« Publizisten Rainer Zitelmann das Buch »Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus« im »Ullstein Verlag« – damals im Fahrwasser der »Neuen Rechten« – heraus. Als »Standardwerk des gemäßigten Geschichtsrevisionismus« charakterisierte es die »Süddeutsche Zeitung«. Auch in den »Jahrbüchern« konnten extrem rechte Autoren publizieren. Schon im zweiten Band (1990) verteidigte dort Harald Neubauer, damals bayerischer Landesvorsitzender der Partei »Die Republikaner« (REP) und Mitglied des Europäischen Parlaments, seine Partei gegen Kritik. Der langjährige Funktionär der extremen Rechten konnte im »Jahrbuch« die REP als »verfassungstreu« darstellen und schwadronierte von »Überfremdung«.Sein Text war jedoch kein Einzelfall. 2003 steuer-

te der Bundesvorsitzende der REP, Rolf Schlierer, einen Text zum Forum »Herausforderungen und Zukunft der streitbaren Demokratie« (15/2003) bei. Als offenbar gleichberechtigte Diskussionspartner wurden der damalige Präsident des Bundesverfassungsschutzes Peter Frisch, der Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke, die damalige Vorsitzende der PDS Gabi Zimmer und Schlierer präsentiert. Der REP-Chef behauptet dort, der Kampf gegen rechts diene lediglich dazu, »eine Herrschaft weniger Parteien (zu) zementieren« und forderte ein Ende der Beobachtung seiner Partei durch den Verfassungsschutz. Backes und Jesse werteten seine Aussagen auf, indem sie hervorhoben, er halte »die Konzeption der streitbaren Demokratie keineswegs für verfehlt«. Weitere Autoren in den »Jahrbüchern« mit einem Hang zur extremen Rechten waren unter anderem der »Anti-Antifa-Professor« Hans-Helmuth Knütter, der »neu rechte« Rainer Zitelmann sowie die beiden Freunde der »Jungen Freiheit« (JF) Konrad Löw und Jürgen Liminski.

Verharmlosung

Es ist vor allem die beständige Verharmlosung der extremen Rechten bei gleichzeitiger Warnung vor der politischen Linken, durch die Backes / Jesse auf Debatten Einfluss nehmen. Die »Freiheitliche Partei Österreichs« ist für Jesse nicht »rechtsextrem«, und die deutschen REPs seien lediglich »nationalkonservativ«, wie er 1989 im »Jahrbuch« schrieb. In der Vergangenheit fiel Jesse auch dadurch auf, dass er Kritik an Antisemitismus als »hysterische Reaktion« beiseite schob, in den »Verhaltensweisen von Repräsentanten des Judentums« gar einen Grund für das Erstarken von Antisemitismus sah. Vehement wandte er sich gegen ein Verbot der NPD und warnte vor »Alarmismus« in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten. Zugleich werden im »Jahrbuch« die politische Linke und AntifaschistInnen diffamiert. Über die »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen« wusste die Mitarbeiterin des Verfassungsschutzes Baden-Württemberg Bettina Blank im »Jahrbuch« (12/2000) mitzuteilen, sie sei »orthodox-kommunistisch«, »unverändert linksextremistisch« mit »Hinwendung auch zum (grundsätzlich gewaltbereiten) autonomen Spektrum«. Und in der jüngsten Ausgabe (22/2010) legte sie nach und sah in der antifaschistischen Interpretation des Grundgesetzes durch den Verband einen Beleg für dessen »Linksextremismus«. Zur Generalabrechnung mit dem Antifaschismus als »Mittel politischer Manipulation« holten Backes / Jesse frühzeitig den »Anti-Antifa-Professor« Hans-Helmuth Knütter ins Blatt (4/1992, »Antifaschismus und Intellektuelle«): »Intellektuellen und Künstlern in Ost und West diente der Antifaschismus als Mittel, die Eigenart der DDR zu erhalten und die Wiedervereinigung zu verhindern. Diese antinationale Zielsetzung war zugleich faktisch eine prosozialistische.«

Besonders im Fokus steht die PDS beziehungsweise »Die Linke«. Dieser Partei wird immer wieder ein »extremistischer Charakter« attestiert, beispielsweise von Axel Brückom, der im »Jahrbuch« die SPD vor Koalitionen mit der PDS warnte (11/1999). »Linksextremismus« werde so »hoffähig gemacht«. Damit sei auch »unter Umständen eine Aufwertung der rechten Variante verbunden«. Wurden anfänglich die REPs für die Vergleiche mit der PDS bemüht, behauptet Jesse heute, »Die Linke« sei durch einen gesellschaftlich anschlussfähigen »weichen Extremismus« gefährlicher als die neonazistische NPD mit ihrem »harten« – und daher in den Augen von Jesse wirkungslosen – »Extremismus« (21/2009).

Staatlich finanziert

Die drei heutigen Herausgeber des »Jahrbuches« verrichten ihre Arbeit staatlich finanziert. Backes ist stellvertretender Leiter des durch die Sächsische Landesregierung auskömmlich subventionierten »Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung« und Professor an der Universität Dresden. Jesse ist Professor an der Universität Chemnitz und Alexander Gallus – Mitherausgeber seit 2009 – ist Juniorprofessor an der Universität Rostock. Als Autoren im »Jahrbuch« taucht auch immer wieder der wissenschaftliche Nachwuchs von Jesse auf, dessen Arbeit gern über sein Promotionskolleg »Politischer Extremismus und Parteien« von der CSU-nahen »Hanns-Seidel-Stiftung« finanziert wird. Aber auch der Verfassungsschutz, mit dem Jesse und Backes seit Jahren eng zusammenarbeiten, dürfte ihnen unter die Arme greifen. Dies deutete zumindest 1999 der damalige Präsident des Amtes an. Und um die Finanzierung zu sichern, hilft auch die Bundesregierung mit. Auf Anfrage teilte das Innenministerium 2010 mit, 2009 und 2010 insgesamt 1.400 Exemplare des »Jahrbuches« für knapp 35.000 Euro gekauft und an WissenschaftlerInnen, Forschungseinrichtungen, Bibliotheken, Medien, Einrichtungen der politischen Bildung sowie Ministerien und Verfassungsschutzbehörden verteilt zu haben. Auch Vorgängerregierungen hätten die »Jahrbücher« so unterstützt.

Erfolgreich

Das »Jahrbuch Extremismus & Demokratie« gilt heute in weiten Teilen der Wissenschaft, der Politik, bei Medien und in Behörden als Standardwerk. Jesse und Backes tingeln als Experten durchs Land und referieren vor Verfassungsschützern, Politikern, Verwaltungen, Polizei und Multiplikatoren der politischen Bildung. Mit ihrer Massenproduktion von Büchern, Aufsätzen und Referaten sind sie derzeit die einflussreichsten Vertreter der Extremismus-Theorie. Doch auf die zunehmende Kritik reagieren sie nervös. So betonen die Herausgeber daher im aktuellen Heft die »Alternativlosigkeit des Extremismusbegriffs« (22/2010). ■

DS PRESSEFEST

Am 1./2. Juli 2011 veranstaltete die NPD ihr jährliches »Deutsche Stimme«-Pressefest. Ungefähr 1.400 Neonazis trafen sich hierzu in Ostsachsen. Bereits zum dritten Mal fand das Pressefest im »Niederschlesischen Feriendorf« am Quitzdorfer Stausee bei Niesky statt. Der Betreiber der Ferienanlage ist das neonazistische Ehepaar Helge und Änne Redeker. Erstmals verlief das Pressefest an zwei Tagen.

SARRAZIN BEI APOTHEKERN

Auf dem Fortbildungskongress »Pharmacon« der »Werbe- und Vertriebsgesellschaft Deutscher Apotheker« (WuV), der am 29. Mai 2011 im italienischen Meran stattfand, sprach als Eröffnungsredner Thilo Sarrazin zum Thema »Deutschland, quo vadis – Wege und Auswege«. Im Programm der Veranstaltung hieß es dazu: »Mit seinem Buch ›Deutschland schafft sich ab‹ sorgt er für ein erhebliches Echo in den Medien und der Politik – und rückt damit das Integrationsthema wieder in den Mittelpunkt gesellschaftspolitischer Diskussionen.« Gegen die Einladung Sarrazins protestierte der »Verein Demokratischer Pharmazeutinnen und Pharmazeuten« (VDPP) und forderte, Sarrazin wieder auszuladen. Die WuV ist ein Tochterunternehmen der Spitzenorganisation aller ApothekerInnen »Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände« (ABDA). Der Geschäftsführer der WuV, Gregor Ulrich, rechtfertigte die Einladung Sarrazins.

»KATEGORIE C« AUF TOUR

Die extrem rechte Hooliganband »Kategorie C – Hungrige Wölfe« ist in diesem Jahr mit ihrem neuen Album »Deutsche Jungs« auf Tour.

Am 12. Juni 2011 trat die Band in Bremen-Oslebshausen auf. Im Saal des »Sportverein Grambke-Oslebshausen« konnten die rund 300 Gäste zwei Stunden lang ungestört feiern. Polizei und Pächter nutzten ihre Möglichkeiten nicht, die als »Privatfeier« getarnte Veranstaltung aufzulösen. Stattdessen trafen sie mit dem Veranstalter die Absprache, das Konzert zeitlich zu begrenzen. Viele der BesucherInnen trugen offizielle Fan-Shirts, etwa mit dem Aufdruck: »So sind wir – Antifa halt`s Maul«. Während des Konzerts wurden im Saal Hitlergrüße gezeigt, die Fahne des deutschen Reichskolonialamts gehisst und das Publikum grölte: »hasta la vista antifascista«. Ebenso waren bekannte Neonazis wie André Sagemann und die Brüder des Sängers, Henrik und Marten Ostendorf an diesem Abend vor Ort. Auch wenn ihr Sänger, Hannes Ostendorf, immer wieder betont, sie seien eine unpolitische Band, lässt sich die Band ganz weit rechts verorten.

Das Ende eines Strafverfahrens

Fünf Jahre Haft für John Demjanjuk

Die Medien sprachen von einem der letzten großen Kriegsverbrecherprozesse: Im Mai 2011 verurteilte das Münchner Landgericht den 91-jährigen Ukrainer John Demjanjuk wegen Beihilfe zum Mord an über 28.000 Menschen im Vernichtungslager Sobibor zu fünf Jahren Haft. Nach dem Urteil kam Demjanjuk allerdings frei, denn die Richter hoben den Haftbefehl auf. Fast unbemerkt ging zeitgleich ein Kriegsverbrecherprozess gegen neun ehemalige Wehrmachtssoldaten im italienischen Verona zu Ende.

Von Barbara Manthe

Das vom Landgericht München am 12. Mai 2011 nach fast hundert Verhandlungstagen gegen Ivan beziehungsweise John Demjanjuk ausgesprochene Urteil markierte den Endpunkt einer jahrzehntelangen juristischen Auseinandersetzung um die Taten des Ukrainers während des Zweiten Weltkriegs. Das Gericht hielt es für bewiesen, dass Demjanjuk ehemaliger KZ-Wächter in Sobibor gewesen sei und als sogenannter »Hilfswilliger« – »Trawniki« – die Deutschen bei der Durchführung des Holocausts unterstützt habe.

Strafverfolgung seit den 1970ern

1952 in die USA emigriert und kurze Zeit später dort eingebürgert, stand Demjanjuks Name bereits Mitte der 1970er Jahre auf einer Liste mutmaßlicher Helfer der Nazis, die in den USA lebten. Nach Ermittlungen von US-Behörden verlor er die amerikanische Staatsbürgerschaft und wurde 1986 an Israel ausgeliefert, wo er ein Jahr später vor Gericht gestellt wurde. Demjanjuk sollte der berüchtigte »Ivan der Schreckliche« gewesen sein, ein KZ-Wächter im Vernichtungslager Treblinka. Einem Todesurteil folgte sechs Jahre später der Freispruch durch den Obersten Gerichtshof: Es handelte sich um eine Verwechslung. Demjanjuk war nicht der besagte Wachmann in Treblinka gewesen.



^ Demjanjuk nach dem Urteil

Das Medienecho auf den Fall Demjanjuk

Der Verdacht, Demjanjuk sei in Sobibor an NS-Verbrechen beteiligt gewesen, blieb jedoch, und schließlich lieferten ihn die USA 2009 nach Deutschland aus. Das Auslieferungsverfahren war ebenso wie der Prozess von einem großen internationalen Medieninteresse begleitet. Dies hatte mehrere Gründe: Durch die Verhandlung in Israel in den 1980er Jahren hatte Demjanjuk bereits große Bekanntheit erlangt. Der Prozess hatte aber auch eine besondere juristische und historische Dimension: Das Gerichtsverfahren knüpfte zum einen an frühere NS-Prozesse an, bei denen es niemals nur um die individuelle Schuld der Angeklagten ging, sondern auch um eine historische Auseinandersetzung mit den Vorgängen in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern. Zum anderen war noch nie ein nicht-deutscher NS-Verbrecher, dessen Taten nicht konkret nachweisbar waren, vor einem deutschen Gericht gestanden. Dem Gericht reichte der Nachweis aus, dass Demjanjuk in Sobibor gewesen sei. Allein diese Tatsache erfülle den Tatbestand der Beihilfe zum Mord, befanden die Richter, da alle, die in einem Vernichtungslager tätig waren, automatisch auch den Massenmord unterstützten.

Kontroversen um den Prozess

Dass mit Demjanjuk ein Ukrainer und kein Deutscher vor Gericht stand, löste aber auch eine Kontroverse darüber aus, wieso gerade bei einem nicht-deutschen Täter solch juristisches Neuland betreten wurde. Demjanjuk sei ein »kleiner Fisch«, so der niederländische Strafrechtsprofessor Christiaan Rüter, andere – deutsche – NS-Verbrecher seien trotz weitaus umfangreicherer Verbrechen freigesprochen worden, wenn ihnen nicht konkrete Taten nachgewiesen werden konnten. »Wo sind die tausend deutschen KZ-Bewacher?«, fragte Rüter. Darüber hinaus ist die Rolle nicht-deutscher NS-Täter bisher nicht ausreichend untersucht und wirft die Frage auf, ob deutsche Gerichte dafür zuständig sein können. Gerade bei ehemaligen osteuropäischen Kriegsgefangenen, die nicht selten unter Anwendung von Zwang zu Helfern der Deutschen wurden, verschwimmt die Grenze zwischen Opfern und Tätern. Andere Stimmen begrüßten den Prozessausgang. Nur weil die bisherige juristische Strafverfolgung von NS-Tätern ungenügend gewesen sei, dürfe man nicht mit dieser Praxis fortfahren. Charlotte Knobloch, ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, nannte den Urteilsspruch ein wichtiges Signal und ein »Zeichen für den funktionierenden deutschen Rechtsstaat«.

Völlig unbemerkt: Prozess gegen ehemalige Wehrmachtsangehörige

Von der Öffentlichkeit hingegen fast unbemerkt fand zeitgleich ein anderer NS-Kriegsverbrecherprozess statt: Ein italienisches Militärgericht in Verona verhandelt seit November 2009 die Taten von neun ehemaligen deutschen Wehrmachtssoldaten. Ihnen wird vorgeworfen, während des Zweiten Weltkriegs Massaker an der italienischen Zivilbevölkerung verübt zu haben. Das Urteil wird für Anfang Juli erwartet, die Staatsanwaltschaft hat lebenslange Haftstrafen für alle Angeklagten beantragt. Dieser Prozess findet unter anderem so wenig Niederschlag in der Öffentlichkeit, weil die ehemaligen Wehrmachtssoldaten auch bei einer Verurteilung kaum Konsequenzen zu befürchten haben: Deutschland muss seine Staatsbürger ohne deren Zustimmung nicht ins Ausland ausliefern, auch wenn sie dort wegen NS-Taten verurteilt wurden. Darüber hinaus stoßen Prozesse gegen NS-Verbrecher im Ausland generell auf weniger Interesse, insbesondere wenn sie in Abwesenheit der Angeklagten verhandelt werden. Dieser Prozess hat dadurch mehr eine Funktion öffentlicher Auseinandersetzung mit den Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs als tatsächliche Strafverfolgung. Das Kapitel der juristischen Aufarbeitung des Holocausts ist dadurch viel stärker betroffen als die – außergewöhnliche – Verhandlung gegen Demjanjuk. ■

»Wahre Finnen«

Mit Wahlerfolg in die Opposition

Die »Wahren Finnen« (»Perussuomalaiset«) sind bei der Wahl am 17. Februar dieses Jahres mit einem Rekordergebnis von 19,1 Prozent in das finnische Parlament eingezogen. Die nationalistische Partei, die Stimmung gegen die Europäische Union und Zuwanderung macht, errang 39 Sitze. Ihr Parteivorsitzender Timo Soini erhielt landesweit die meisten Personenstimmen.

Von Jean-Yves Camus

Die »Wahren Finnen« werden in Finnland allgemein als rechtsradikale, nicht aber als extrem rechte Partei aufgefasst. Sie sind die Nachfolgepartei der 1995 aufgelösten »Finnischen Agrarpartei«, die als populistisch und erzkonservativ galt und mit nur einem Abgeordneten im Parlament vertreten war. Bei den Wahlen 2003 übersprangen die »Wahren Finnen« noch knapp die Ein-Prozent-Hürde. Im Jahr 2007 bekamen sie schon vier Prozent und bei den Europawahlen 2009 überraschend 9,8 Prozent der Stimmen. Für sie zogen Timo Soini und Sempo Terho ins Brüsseler Parlament ein und bildeten – unter anderem zusammen mit der »United Kingdom Independence Party«, der »Lega Nord« sowie der »Dänischen Volkspartei« – die Fraktion »Europa der Freiheit und der Demokratie«.

Die »Wahren Finnen« liegen seit den Wahlen 2011 mit nur 0,3 Prozent hinter den Sozialdemokraten und 0,8 Prozent hinter den Konservativen. Sie sind damit die drittstärkste Kraft im Parlament. Die noch radikalere und faschistische Partei »Vapauspuolue« schaffte es auf lediglich 0,15 Prozent der Stimmen. Angeführt wird sie von Olavi Mäenpää, der Mitglied des Gemeinderats in Turku ist, der fünftgrößten Stadt des Landes.

Keine Regierungsbeteiligung

Nach ihrem fulminanten Siegeszug bei der aktuellen Wahl begannen die »Wahren Finnen« Koalitionsverhandlungen mit der konservativen »Nationalen Sammlungspartei« sowie der »Sozialdemokratischen Partei Finnlands«. Beide Verhandlungen scheiterten, da die »Wahren Finnen« den Euro, das europäische Bankensystem als auch die derzeitigen Finanzhilfen der EU ablehnen.

Charismatischer Führer

Der Erfolg der »Wahren Finnen« ist zum größten Teil auf ihren charismatischen Vorsitzenden Soini zurückzuführen. Dem 48-Jährigen gelingt es den Teil der frustrierten WählerInnen anzusprechen, die meinen, ihr Land hätte durch den EU-Beitritt 1995 nur verloren. Das Wahlprogramm der Partei soll bei der sozialen Frage sowie Wirtschaftsthemen die Arbeiterklasse und Mittelschicht ansprechen und verlangt mehr staatlichen Schutz vor den Auswirkungen der Globalisierung. Gegenüber Rassismusvorwürfen verwahren sich die »Wahren Finnen«. Sie behaupten, ihre Ablehnung gegenüber Immigranten aus nicht EU-Ländern sei einzig wirtschaftlich begründet: Es sei kein Platz für sie mehr auf dem Arbeitsmarkt. Nichtsdestoweniger ist ihre Politik gegen eine multikulturelle Gesellschaft gerichtet, dies legt allein schon der Parteiname nahe. In ihrem Programm verlangen sie, den verpflichtenden Schwedischunterricht in öffentlichen Schulen abzuschaffen und stattdessen im Osten des Landes Russisch zu unterrichten. Zudem solle der Staat Initiativen stärker unterstützen, die die »wahre finnische« Kultur fördern.



ʌ Timo Soini

Rechtsaußen

Nicht nur, dass vier Abgeordnete der »Wahren Finnen« dem völkischen Think-Tank »Suomen Sisu« angehören, einige der jüngst gewählten Abgeordneten der Partei machen nun auch Schlagzeilen mit entsprechenden Äußerungen. Teuvo Hakkarainen wurde öffentlich vom Parteivorsitzenden Soini gemaßregelt, weil dieser nach Recherchen der führenden finnischen Tageszeitung »Helsingin Sanomat« »einen Ausdruck verwendet hatte, der gemeinhin als beleidigende, rassistische Verleumdung angesehen wird und in verspottender Weise einen muslimischen Betenden nachgeahmt« hatte. Peinlich für Hakkarainen ist aber vor allem die Enthüllung, dass er, der ausgesprochene Gegner der EU, für sein Sägewerk 400.000 Euro Subventionen von der von ihm verhassten Staatengemeinschaft erhielt. Bereits 2009 wurde Jussi Hallo-Aho, Abgeordneter der »Wahren Finnen« im Stadtrat von Helsinki und bekanntester Blogger des Landes, wegen »Störung des Religionsfriedens« zu einer geringen Geldstrafe verurteilt. Er hatte den Propheten Mohammed als Pädophilen bezeichnet und somalischen Einwanderern pauschal unterstellt, eine »kulturelle und möglicherweise genetische Neigung« zu Taschendiebstahl und Steuerschmarotzertum zu haben. An seinen Äußerungen hält er auch nach der Wahl fest.

Aus Deutschland bekommt die Partei von der hiesigen extremen Rechten Applaus, vor allem von der NPD. Kersten Radzimanowski, Bundestagskandidat der Partei im Wahlkreis Märkisch Oderland 2009, schreibt, dass »vieles von dem, wofür die NPD – die ‹wahren Deutschen› – eintritt, […] auch die nordischen Kameraden« fordern. Und Jürgen Gansel, MdL der NPD in Sachsen, interpretiert den »Erfolg der finnischen Rechten« als »ein weiteres Anzeichen für eine Zeitenwende in Europa«. Und phantasiert, dass auch in Deutschland die Zeit reif sei für eine »nationale Wende«. Nichtsdestotrotz versuchen die »Wahren Finnen« derweil die Regierungsarbeit der großen Koalition aus vier Parteien zu torpedieren – vor dem Hintergrund der Schuldenkrise verschiedener europäischer Staaten können sie da wohl leider auf weitere Sympathien aus der Bevölkerung hoffen. ■

Graue Wölfe heulen noch

Nationalismus hat in der Türkei viele Gesichter



Bei den Parlamentswahlen am 12. Juni 2011 in der Türkei konnten die faschistischen »Grauen Wölfe« der »Partei der Nationalen Bewegung« (MHP) mit 13 Prozent gegenüber 14,2 Prozent im Jahr 2007 nur leicht geschwächt erneut ins Parlament einziehen.

Von Nick Brauns

Die islamisch-konservative »Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung« (AKP) von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan errang mit rund 50 Prozent der Stimmen einen historischen Sieg. Dennoch verfehlte Erdogan sein selbst gestecktes Ziel einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit. Mit dieser hätte er, wenn die MHP nicht den Sprung über die 10 Prozent Hürde geschafft hätte, die Verfassung im Alleingang ändern können. Somit ist die AKP bei der Erstellung einer neuen Verfassung, welche die noch von der Militärjunta im Jahre 1982 eingesetzte Verfassung ablösen soll, auf die Zustimmung anderer Parteien angewiesen.

Da bei dieser Wahl Stimmengewinne für die AKP weder unter den von Erdogan enttäuschten Kurden noch im laizistischen Lager zu erwarten waren, umwarb die Partei im Wahlkampf vor allem das rechtsnationalistische Wählerspektrum. Erdogans Ziel war es, die MHP unter die 10-Prozent-Hürde zu drücken und so aus dem Parlament zu werfen. Seine Behauptung, es gebe kein kurdisches Problem mehr, zielte ebenso auf diese nationalistischen Kreise, wie hetzerische Wahlkampfreden gegen religiöse Minderheiten wie die Aleviten und Eziden und eine Verschärfung der Repression gegen die kurdische Demokratiebewegung.



^ MHP Zentrale in Igdir

»Sexskandal« bei der MHP

Schließlich tauchten wenige Wochen vor der Wahl im Internet Filmaufnahmen auf, die führende »Graue Wölfe« im Schlafzimmer mit jungen Frauen zeigten. MHP-Führer Devlet Bahceli beschuldigte die Bewegung des hinter der AKP stehenden Predigers Fethullah Gülen, für die mit Geheimdiensttechnik gefertigten Videos verantwortlich zu sein. Der im US-Exil lebende Gülen konterte im Gleichklang mit Erdogan, Ehebruch sei in einem islamischen Land keine Privatangelegenheit. 10 MHP-Führungsfunktionäre traten aufgrund des sogenannten Sexskandals von ihren Posten zurück. Dass die MHP dennoch im Parlament blieb, ist wohl enttäuschten ehemaligen Anhängern der kemalistischen »Republikanischen Volkspartei« (CHP) zu verdanken, denen der unter ihrem neuen Parteichef Kemal Kilicdaroglu eingeschlagene Kurs mit der Übernahme einiger kurdischer und alevitischer Forderungen zu weit ging. Tatsächlich sind die Grenzen zwischen CHP, MHP und AKP fließend. Die türkische Staatsideologie ist seit Gründung der Republik ein einseitig das Türkentum betonender Nationalismus, der auf der Negierung bis hin zur physischen Vernichtung der anderen ethnischen und religiösen Gruppen basiert. Seit dem Putsch 1980 wandelte sich diese Staatsideologie vom kemalistischen Laizismus zur türkisch-islamischen Synthese. Je nach politischer Konjunktur wird das nationalistische oder islamische Element stärker betont. Die laizistische CHP und die zum religiösen Lager offene MHP bilden gemeinsam den linken und rechten Flügel des nationalistischen Lagers.

Polizeistaat statt Militärdiktatur

Die »Grauen Wölfe« dienten in den 70er Jahren als Stoßtrupp gegen linke und gewerkschaftliche Aktivisten und spielten im Rahmen einer »Strategie der Spannung« eine zentrale Rolle bei der Vorbereitung des NATO-Putsches vom 12. September 1980. In den 1980er und 1990er Jahren bildeten »Graue Wölfe« Todesschwadronen in Kampf gegen die PKK in Kurdistan. Unter der AKP-Regierung fand seit 2002 ein Wandel von der Militärdiktatur zum Polizeistaat statt, in dem islamische Bewegungen wie die Gülen-Gemeinde Polizei, Geheimdienst und Justiz unterwanderten. Statt einer Fortsetzung des schmutzigen Krieges mit Dorfzerstörungen und Morden »unbekannter Täter«, der de facto zu einer Stärkung der PKK geführt hatte, setzt die AKP-Regierung bei der Bekämpfung der kurdischen Befreiungsbewegung auf eine flexiblere Taktik aus Zuckerbrot und Peitsche. Verbale Zugeständnisse an die kurdische Seite und die Anbindung konservativer Kurden an den türkischen Staat im Namen des Islam wurden ergänzt durch Massenverhaftungen ziviler Politiker und Militäroperationen gegen die Guerilla. Gleichzeitig öffnete sich die AKP für ehemalige MHP-Mitglieder und Wähler, die den rechten Flügel der sich sonst gerne als demokratische Reformkraft präsentierenden Partei bilden. Während das anatolische Unternehmertum und das internationale Großkapital in der neoliberal ausgerichteten AKP ihre Interessenvertretung sehen, bleibt die MHP als rechtsnationalistische Pressuregroup auf die Regierung und Straßenkampfreserve gegen Linke und Gewerkschafter bestehen. Dass die MHP, deren Führer Devlet Bahceli ihr ein stärker national-konservatives Image zu verpassen sucht, weiterhin eine tödliche Gefahr bleibt, zeigen pogromähnliche Übergriffe und Lynchversuche gegen kurdische Arbeitsmigranten und Studierende sowie Roma und Sozialisten in der Westtürkei, an denen »Graue Wölfe« führend beteiligt sind.

Antifa in Kurdistan

Als explizit antifaschistische Kraft außerhalb des aus nationalistischen und nationalreligiösen Parteien gebildeten Staatslagers präsentierte sich zur Wahl ein drittes Lager aus sozialistischen und prokurdischen Parteien. Dieser »Block für Arbeit, Demokratie und Freiheit« unterstützte zur Umgehung der Zehnprozenthürde formell unabhängige Kandidaten. Obwohl der Wahlkampf dieses Blocks in den kurdischen Landesteilen in einer latenten Bürgerkriegsatmosphäre mit Tausenden Festnahmen und massiven Polizeiangriffen auf Wahlkundgebungen stattfand, konnten 36 kurdische und sozialistische Direktkandidaten ins Parlament entsendet werden. In kurdischen Großstädten wie Diyarbakir und Van gewann der Block alle Mandate. »Kurdistan wird das Grab des Faschismus werden«, skandierten begeisterte Menschen am Wahlabend in den kurdischen Städten. ■

»Unsere Opfer zählen nicht«

Von Margarete Schlueter

In der hiesigen Geschichtsschreibung, wie in den gängigen Schulbüchern über das 20. Jahrhundert, ist der Zweite Weltkrieg fast ausschließlich aus europäischer Sicht dargestellt. Das möchte das Rheinische Journalistenbüro anhand des 2005 veröffentlichten Buches »Unsere Opfer zählen nicht. Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« aufbrechen und auf die unzähligen, nicht erwähnten Opfer des Zweiten Weltkriegs hinweisen. Der Beginn des Krieges wird auf den 1. September 1939 datiert, den Tag, an dem die deutsche Wehrmacht in Polen einfiel. In der Regel fehlt der Hinweis darauf, dass dieses Datum zwar den Kriegsbeginn in Europa markierte, Krieg auf anderen Kontinenten jedoch bereits geführt wurde, ausgelöst und durchgesetzt von Italien und Japan, mit denen das sogenannte Dritte Reich im September 1940 den Dreimächte-Pakt schloss. Der Zweite Weltkrieg war ein globales Ereignis, dessen Verlauf und seine Folgen auch nur aus einer globalen Perspektive angemessen dargestellt und bewertet werden können, was die Motivation des Buches darstellt. Dazu gehört die Auseinandersetzung mit der zentralen Rolle, die den Ländern der »so genannten Dritten Welt« in diesem Krieg zukam. Obwohl mehr Angehörige der sogenannten Dritten Welt im Zweiten Weltkrieg ihr Leben ließen als Menschen aus Europa, kommen sie in Statistiken über die Opfer dieses Kriegs in der Regel nicht vor. Tote Soldaten und ZivilistInnen aus den Kolonien wurden nicht gezählt oder den Verlusten ihrer jeweiligen Kolonialmächte zugerechnet. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs befanden sich große Teile Afrikas, Asiens und Ozeaniens unter Kolonialherrschaft. Die führenden Kolonialmächte (Frankreich, Großbritannien, Japan, USA und die Niederlande) nutzten ihre Kolonien für militärische Unternehmungen. Doch die Kolonialherrscher bezogen nicht nur Rohstoffe für die Rüstungsindustrien und Lebensmittel für die Armeen der am Krieg beteiligten Staaten, sondern sie rekrutierten auch Millionen Soldaten aus den Kolonien. Weite Teile der so genannten Dritten Welt dienten während dieses Krieges auch als Schlachtfelder und blieben nach Kriegsende verwüstet zurück.

Zur Befreiung vom deutschen und italienischen Faschismus und dem Weltmachtstreben Japans trugen damit im Wesentlichen – die Autoren liefern hier konkrete Zahlen – ungefähr eine Million Kolonialsoldaten aus Afrika, 14 Millionen Chinesen, 2,5 Millionen Inder, eine Million Widerstandskämpfer in den Philippinen, hunderttausende Partisanen aus Vietnam, Malaya, Burma und Indonesien, zehntausende Aborigines und neuseeländische Maoris, tausende jüdische und arabische Soldaten aus Palästina sowie Freiwillige und Zwangsrekrutierte von verschiedenen pazifischen Inseln bei.

Die Rekruten aus den Kolonien wurden jedoch nicht wie Truppenangehörige aus den Kolonialmächten behandelt. Stattdessen bekamen sie einen viel geringeren Lohn, einfachere Quartiere und nicht ausreichend gutes Essen. Zudem waren sie den diskriminierenden Anfeindungen durch die Truppenbefehlshaber ausgesetzt. Trotz ungenügender militärischer Ausbildung und unzureichender Bewaffnung wurden sie meist an die vorderste Front geschickt. Kaum einer der Überlebenden erhielt eine Rente.

Rheinisches Journalistenbüro: »Unsere Opfer zählen nicht«. Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg, 2. Auflage. Assoziation A: Berlin/Hamburg, 2009, 444 Seiten, 29,50 Euro

Rheinisches Journalistenbüro: Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg. Unterrichtsmaterialien zu einem vergessenen Kapitel der Geschichte. Selbstverlag: Köln, 2008, 224 Seiten, 12 Euro.

Braunes Erbe

Von Ernst Kovahl

Mindestens 75 Abgeordnete, die in den Jahren zwischen 1946 und 1987 Mitglied des Hessischen Landtages waren, waren während des deutschen Faschismus Mitglied der NSDAP. Das ist das Ergebnis einer neuen Studie von Hans-Peter Klausch, der erstmals systematisch die hessischen Abgeordneten mit der Mitgliederkartei der NSDAP und weiteren Archivalien abgeglichen hat. Eine eigentlich längst überfällige Studie. Doch in den offiziellen Publikationen des Landtages ist von diesem Teil der Geschichte, den braunen Kontinuitäten, wenig oder nichts zu lesen. Nur drei ehemalige NSDAP-Mitglieder führt beispielsweise ein biographisches Handbuch auf, das zum vierzigjährigen Bestehen des Parlamentes erschienen war. Die nun veröffentlichte, gut lesbare Broschüre »Braunes Erbe. NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter« präsentiert kurz und knapp die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung: Ehemalige NSDAP-Mitglieder gab es nach 1945 in allen Landtagsfraktionen, außer in der KPD. Drei waren in der NPD-Fraktion (1966-1970), zwölf in den Fraktionen der rechtsaußen Vertriebenen-Partei »Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten« (GB/BHE), einer bei den Grünen, 15 in der SPD, 22 in der CDU und 23 in der FDP. Neben den absoluten Zahlen ist vor allem die prozentuale Häufung bei FDP und CDU aussagekräftig, betont die Studie. Die Stärke der Studie liegt darin, neben den reinen Zahlen, Namen und biographischen Angaben auch qualitative Aussagen zu treffen. So zeigt der Autor, dass die ehemaligen NSDAP-Mitglieder in der SPD vor allem »indoktrinierte Jugendliche, Opportunisten und Karrieristen« waren, die überzeugten und frühzeitig NSDAP-Mitglied gewordenen Politiker später eher in FDP, CDU und natürlich NPD und GB/BHE zu finden waren. Vor allem aus den Reihen von CDU und FDP rekrutierten sich viele Staatssekretäre, Minister und wichtige Parteifunktionäre, die ihre politischen Wurzeln in der NSDAP hatten. Für die hessische FDP resümiert Klausch, sie habe »tief im braunen Sumpf« gesteckt. Vergleichbare Studien, die zu ähnlichen Ergebnissen kommen, liegen bisher für die Abgeordneten der Landtage von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen vor.

Hans-Peter Klausch: Braunes Erbe. NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter der 1. – 11. Wahlperiode (1946 – 1987). Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag: Wiesbaden, 2011 (Kostenloser Download unter: www.linksfraktion-hessen.de).

Rechte Kommunalpolitik

Von Arne Basten

Die Bedeutung der Auseinandersetzung mit Akteuren der extremen Rechten in kommunalen Parlamenten ist in den vergangenen Jahren zunehmend größer geworden. Die NPD versucht, das kommunale Engagement für eine strategische Verankerung in der Fläche zu nutzen. An welchen strategischen Überlegungen sie sich hierbei orientiert und wie das bisherige Engagement der drei Parteien NPD, DVU und »Bündnis Zukunft Hildburghausen« in Thüringen zu bewerten ist, diesen Fragen geht die Projektgruppe »Nazis in den Parlamenten« in einer nun veröffentlichten Broschüre nach.

Eingebettet in eine informative Skizze der Entwicklung der thüringischen Naziszene seit 1989/90 und einer etwas langatmigen Darstellung der Wahlergebnisse extrem rechter Parteien, bildet die Analyse der parlamentarischen Arbeit anhand von Fallbeispielen das Zentrum der Broschüre. Neben inak-

tiven Kommunalpolitikern stellen vergleichsweise »bürgernahe« Akteure der NPD ein Problem dar. Über die Verknüpfung von allgemeinen kommunalpolitischen Themen und rechter Ideologie wird langfristig versucht, anschlussfähig an rechte Einstellungen in der Bevölkerung zu werden. Die kostenlose Broschüre bietet eine gute Übersicht in die Thematik und ist, vor allem mit den Hinweisen zum Umgang mit Nazis in kommunalen Parlamenten, auch als Einstieg in das Thema zu empfehlen. Problematisch erscheint jedoch der Umgang mit dem Begriff des »Rechtsextremismus«. Zwar wird sich in einer Fußnote von der Extremismustheorie abgegrenzt, was sich auch in den Texten niederschlägt. Dennoch ist immer wieder von »Rechtsextremismus« und an einer Stelle gar dem Kern »extremistischer Parteien« die Rede. Dies wäre vermeidbar gewesen.

Redaktionskollektiv Nazis in Parlamenten / Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen (Hg.): Nazis in Parlamenten. Eine Bestandsaufnahme und kritische Analyse aus Thüringen. Erfurt, 2011, 68 Seiten. Download unter: www.nip-thueringen.de



»Mädelsache!«

Von Jens Breuer

Ursula Haverbeck, Ursula Müller, Edda Schmidt, Heidrun Walde, Ricarda Riefling, Stella Hähnel, Mareike Bielefeld – Namen bekannter Aktivistinnen aus der extremen Rechten. Sie eint nicht das Alter, sie eint nicht die organisatorische Anbindung, sondern der Glaube an eine Weltanschauung und ihr Geschlecht: Sie sind aktiv im neonazistischen Spektrum und weiblich.

Ihnen widmen sich Andrea Röpke und Andreas Speit in ihrem Buch »Mädelsache!«. Doch die beiden renommierten JournalistInnen und AutorInnen des DERRECHTERAND beschränken sich nicht nur auf Porträts der genannten, sondern liefern eine dichte Beschreibung der Aktivitäten von Frauen in der Szene. Sie skizzieren deren eigene organisatorische Zusammenhänge wie den »Ring nationaler Frauen« oder die »Gemeinschaft deutscher Frauen«, beschreiben das Selbstverständnis, mit dem sie Politik im nationalen Sinne zu betreiben suchen, und zeigen, wo und auf welche Grenzen sie stoßen in diesen streng patriarchalisch-sexistischen Zusammenhängen. Durch die gekonnten Beschreibungen und Porträts werden die Personen fassbar und ihre Motivationen geradezu greifbar. Wer sich mit der Thematik schon länger befasst, merkt schnell, dass sich hier zwei AutorInnen über Jahre mit der Materie befasst haben. Das unterscheidet das Buch von anderen Veröffentlichungen. Es basiert nicht auf Internetrecherchen vom heimischen Computer oder zwei, drei Besuchen neonazistischer Veranstaltungen. Systematisch haben die beiden verfügbare Quellen ausgewertet, können auf nicht-öffentliches Material aus der Szene zurückgreifen, besuchten über Jahre Veranstaltungen der extremen Rechten, führten Gespräche mit den Aktivistinnen und interviewten Aussteigerinnen, deren offene Abrechnungen die Selbststilisierungen aktiver Neonazistinnen desavouiert. Und das Buch ist topaktuell und impliziert in zweiter Auflage Entwicklungen aus 2011.

Sicherlich, manche mögen einwenden, es wäre zu wenig klassisch wissenschaftlich. Andere wiederum mögen kritisieren, dass zu wenig Namen genannt würden. Doch ist das nicht Anspruch der Veröffentlichung. »Mädelsache!« will den Blick auf die Frauen in der Szene lenken. Und eingeflochten in den Text werden die Fragen, wie es die Frauen beispielsweise mit Feminismus und Emanzipation halten, beantwortet – in gut lesbarer Form.

Anzeige



Quintessenz von »Mädelsache!« ist, dass im neonazistischen Spektrum ein Kern junger, intelligenter Frauen versucht Machtpositionen zu erobern. Obwohl sie ein ultra-konservatives Geschlechterbild verinnerlicht haben, versuchen sie Familie und Politik zu vereinbaren. Dabei stoßen sie an Grenzen. Nicht nur in Bezug auf die dabei entstehenden Widersprüche, sondern auch an jene, die ihnen von den männlichen Kameraden gesetzt werden. Wer sie in Frage stellt, wird in ihre Schranken verwiesen – oft wiederum von Kameradinnen, die streng über die verinnerlichten Geschlechterrollen wachen.

Andrea Röpke, Andreas Speit: Mädelsache! Frauen in der Neonazi-Szene. 2. Auflage. Ch. Links Verlag: Berlin, 2011, 240 Seiten, 16,90 Euro.

DERRECHTERANDABO

DERRECHTERAND ist ein periodischer Informationsdienst von und für AntifaschistInnen.
Er erscheint alle zwei Monate und kommt im Abo nach Hause.
6 Ausgaben pro Jahr: 15,- Euro (Inland) 19,- Euro (Ausland) 25,-/50,- Euro (Soli)

Aboverwaltung DERRECHTERAND, Postfach 304180, 20324 Hamburg
Postgiro Hannover, BLZ 250 100 30, Konto 44 55 86 - 301

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift DERRECHTERAND bis auf Widerruf.
Ich habe
[ ] 15,- Euro (Inland) [ ] 19,- Euro (Ausland) [ ] 25,- Euro (Soli) [ ] 50,- Euro (Supersoli)
[ ] überwiesen [ ] als Scheck beigelegt.
Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Name ....

Anschrift ....

....

Unterschrift ....

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich augehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

IMPRESSUM

Verlag Der Rechte Rand GbR,
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
Postanschrift und Aboverwaltung:
Der Rechte Rand, Postfach 304180,
20324 Hamburg
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de
Druck: Interdruck Berger und Herrmann GmbH, Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Richardt
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.